

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jens Reuter

Die politische Entwicklung in Jugoslawien

Hans-Christian Iversen

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Jugoslawien

Die Krise in der Ära nach Tito

Wolf Oschlies

Albanien: Bonns neuer Partner
in Europas „Wetterecke“

Klaus Lange

Innenpolitische Aspekte
der albanischen Sicherheitspolitik

B 6/88

5. Februar 1988

Jens Reuter, geb. 1942; Studium der Slavistik, Osteuropäischen Geschichte und Politischen Wissenschaften in Hamburg und Belgrad; Jugoslawien-Referent im Südost-Institut München.

Veröffentlichungen u. a.: Die Albaner in Jugoslawien, München 1982; Politische Gefangene in Jugoslawien, in: Südosteuropa, (1987) 6; Innenpolitische Lage Jugoslawiens, in: Walter Althammer (Hrsg.), Südosteuropa in der Ära Gorbatschow, München 1987; Die Reform des politischen Systems in Jugoslawien, in: East European Quarterly, (1987) 4.

Hans-Christian Iversen, Dr. rer. pol., geb. 1949; Dipl.-Volkswirt; Forschungstätigkeit am Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche; von 1982 bis 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Osteuropa-Institut an der FU Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit P. Dobias, Th. Eger und G. Juretzka) Jugoslawien: Eigentumsverhältnisse und Arbeiterselbstverwaltung, Köln 1978; Makroökonomische Instabilitäten und Stabilitätspolitik in Jugoslawien, Paderborn 1983; Die jugoslawische Wirtschaftskrise: Merkmale, Ursachen und wirtschaftspolitische Reaktionen, Berichte des BIOst, Nr. 19/1984, Köln 1984.

Wolf Oschlies, Dr. phil., geb. 1941; Privatdozent; Studium der Slavistik, Philosophie und Pädagogik in Hamburg; seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln; seit 1977 Lehrbeauftragter für Vergleichende Erziehungswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität in Gießen.

Veröffentlichungen u. a.: Jugend in Osteuropa, Köln 1980; Lenins Enkeln aufs Maul geschaut — Jugendjargon in Osteuropa, Köln 1981; Polens Jugend — Kinder der „Solidarność“?, Köln 1982; Rumäniens Jugend — Rumäniens Hoffnung, Köln 1983; Jugend in der Tschechoslowakei — Kurzer Frühling, lange Winter, Köln 1985; Bulgariens Kurs in den achtziger Jahren. Die „Preußen des Balkans“: pragmatisch, selbstbewußt, effizient, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/85; „DDRsch“ als Muttersprache?, in: CIVIS, 3 (1985) 3; (mit Vera Bojić) Lehrbuch der mazedonischen Sprache, München 1986².

Klaus Lange, Dr. phil., geb. 1946; Studium der Politikwissenschaft, Philosophie, Balkanologie und Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Universität München; Mitglied des Albanien-Instituts an der Universität München; Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik in München; Gastprofessor am Institute for Soviet Studies der Universität Stellenbosch in Südafrika.

Veröffentlichungen u. a.: Grundzüge der albanischen Politik, München 1973; Versuch über südosteuropäische Politik, München 1979; Die Agrarfrage in der Politik der Partei der Arbeit Albaniens, München 1981; Albanian Marxism's Notion of Revisionism, in: Studies of Soviet Thought, 20 (1979).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die politische Entwicklung in Jugoslawien

I.

Zu Beginn des Jahres 1987 faßte das jugoslawische Staatspräsidium den Beschluß, das förmliche Verfahren zur Änderung einiger Bestimmungen der Verfassung von 1974 einzuleiten. Vorausgegangen war eine mehrmonatige Debatte unter den Vertretern der sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen (s. Karte, S. 12), bis die widerstreitenden Meinungen aufeinander abgestimmt waren und ein Konsens erzielt wurde. Geändert werden sollten die Beziehungen zwischen der Republik Serbien und ihren Provinzen (Vojvodina und Kosovo), die Verhältnisse in der jugoslawischen Föderation, insbesondere die Zuständigkeit einzelner Organe der Föderation, sowie Verfassungsfragen ökonomischer Natur (gesellschaftliches Eigentum, Markt, Banken).

Nach Ablauf eines Jahres zeigt sich, daß der vermeintlich erzielte Kompromiß nicht trägt. Die Republiken und Provinzen haben ihre ursprünglichen Zweifel und Vorbehalte erneut artikuliert, die Meinungsunterschiede sind unüberbrückbar. Nun kann ein Streit über Verfassungsfragen sehr fruchtbar sein, selbst wenn er sich über längere Zeit hinzieht. Wenn die Partner jedoch nach anderthalb Jahren auf ihrem um kein Jota modifizierten Anfangspositionen beharren, muß der politische Entscheidungsprozeß zumindest als langwierig, wenn nicht als schwerfällig bezeichnet werden. Verantwortlich dafür ist die Vorherrschaft der Teilrepubliken über die Föderation, die in Jugoslawien mit dem Schlagwort „polyzentrischer Etatismus“ umschrieben wird.

Die übermächtige Stellung der Republiken und Provinzen, die besonders nach Titos Tod zum Ausdruck kam, beruht auf Art. 286 der jugoslawischen Verfassung. Er bestimmt, daß der Rat der Republiken und Provinzen durch einstimmige Entscheidung den Gesamtplan der SFRJ sowie jene Bundesgesetze verabschiedet, durch die die Verhältnisse auf folgenden Gebieten geregelt werden: dem monetären System und der Geldemission, dem Devisensystem, den Geld- und Devisenreserven, den Schutzzöllen, der gesellschaftlichen Preiskontrolle sowie der innerjugoslawischen Entwicklungshilfe. Das Prinzip der Einstimmigkeit wurde in der politischen Praxis, entgegen der Verfassung, auf nahezu alle anderen Sachgebiete ausgedehnt.

Durch ihr faktisches Vetorecht hat jede einzelne Republik oder Provinz eine starke Position bei allen politischen Entscheidungen. Sie kann gesamtjugoslawische Lösungen bremsen und in der Zwischenzeit die ihren Interessen entsprechende Lösung vortreiben. Das Ergebnis ist oftmals eine Lähmung des politischen Entscheidungsprozesses. Jüngstes

Beispiel für eine derartige Blockade durch einander ausschließende Bedingungen der Republiken und Provinzen ist das Plandokument für 1988. Jugoslawien ging 1988 zum ersten Mal in seiner Geschichte ohne Plan und damit ohne Budget und Leistungsbilanzprojektionen ins laufende Haushaltsjahr. Die beiden hochentwickelten Republiken Slowenien und Kroatien lehnten die Verabschiedung des Plans für 1988 ab und brachten so ihren Unwillen darüber zum Ausdruck, daß ein längst überfälliges neues Devisengesetz noch immer nicht beschlossen wurde¹⁾.

In den letzten Jahren hat sich die Tendenz verstärkt, daß auf den Ratssitzungen lediglich die einander zumeist widersprechenden Standpunkte der einzelnen Republiken vorgetragen werden. Diskutiert wird in der Regel nicht, da niemand die Hoffnung hegt, den anderen zu überzeugen. Die Repräsentanten der Republiken kommen mit strikten Anweisungen in den Rat. Ihnen ist vorgeschrieben, wie lange sie an bestimmten Standpunkten festhalten sollen, wie und wann sie nachzugeben haben, damit der schließlich erreichte Konsens das durch sie vertretene Partialinteresse befriedigt. Jede Delegation verfügt über einen sogenannten Koordinator, der in Kontakt mit der Heimatrepublik steht und von dort weitere Instruktionen erhält. Die Möglichkeit, aus den unterschiedlichen Standpunkten eine Synthese zu bilden, ist gewöhnlich nicht gegeben.

Schon vor zwei Jahren übte der Belgrader Politologe Radoš Smiljković scharfe Kritik am Konsensprinzip: „Wenn eine Minderheit eine Beschlußfassung auf Mehrheitsbasis blockieren kann, so führt das zur Tyrannei der Minderheit. Wir sind Zeugen der Einführung des Prinzips der mehrheitlichen Entscheidung in den Organen der Europäischen Gemeinschaft. Dabei weiß man, wie sehr die einzelnen Mitgliedsstaaten auf ihre Selbständigkeit bedacht sind. Sie sind einfach früher als wir zur Überzeugung gelangt, daß die weitere Existenz der Gemeinschaft unmöglich wird, wenn die Anwendung des Konsensprinzips nicht eingeschränkt wird. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß der Konsens unter unseren Verhältnissen den Bürokratien in den Republiken und Provinzen am meisten zusagt Notwendig jedoch ist die Einführung des Mehrheitsprinzips.“²⁾

Wie die jüngste Entwicklung gezeigt hat, ist an die Einführung des Mehrheitsprinzips nicht zu denken.

¹⁾ Vjesnik vom 4. Januar 1988.

²⁾ Borba vom 8. u. 9. Februar 1986.

Inzwischen ist sogar ein qualitativ neues Stadium erreicht, da die Spaltung zwischen den entwickelten westlichen Republiken und den unterentwickelten Teilgebieten der Föderation noch nie derart kraß zum Ausdruck kam. Positiv ist zu vermerken, daß man diesmal nicht zu der bereits aus ähnlichen Fällen satzhaft bekannten Lösung griff, ein Dokument zu verabschieden, das so weit von allen Sachgehalten gereinigt ist, daß es von allen Teilrepubliken bedenkenlos unterzeichnet werden kann.

Der Konflikt wurde bloßgelegt. Slowenien und Kroatien haben unmißverständlich klargestellt, daß sie eine Wirtschaftspolitik, die primär an den Interessen der armen und unterentwickelten Republiken orientiert ist, nicht länger hinnehmen wollen. Die Desintegrationstendenzen auf staatlicher Ebene kommentiert die Belgrader *Politika* mit folgenden Worten: „Kann eine Gemeinschaft überhaupt existieren, in der ihre Mitglieder nur dem zustimmen, was ihnen zusagt, ihre Zustimmung aber allem verweigern, was nicht ganz und gar in ihrem Interesse, jedoch Grundbedingung des gemeinsamen Lebens ist?“³⁾

Die völlige Blockade oder Teillähmung des politischen Entscheidungsprozesses, die seit Beginn der achtziger Jahre zum politischen System der SFRJ gehört – wengleich die rechtlichen Grundlagen

schon 1974 gelegt wurden – hat wesentlich zur Vertiefung und Verschärfung der wirtschaftlichen Dauerkrise Jugoslawiens beigetragen. Wegen der äußerst langwierigen parlamentarischen Prozedur konnten viele Entscheidungen auf Bundesebene erst getroffen werden, nachdem der Zug längst abgefahren war. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen waren dementsprechend.

Trotz offenkundig schwerer Nachteile wird auch in Zukunft am Konsensprinzip nicht gerüttelt werden. Es ist die feste Überzeugung der meisten Spitzenpolitiker auf regionaler Ebene, daß starke Republiken und Provinzen nur in einem schwachen Jugoslawien möglich sind. Das erlaubt dann den Umkehrschluß, daß ein starkes Jugoslawien nur auf schwachen Republiken und Provinzen errichtet werden kann⁴⁾. Gerade in den kleineren Republiken und in den autonomen Provinzen herrscht eine geradezu pathologische Angst vor „Zentralismus und Unitarismus“, die ihre Wurzel in bitteren Erfahrungen der Vorkriegszeit, aber auch in den stalinistisch geprägten Nachkriegsjahren hat. Die separatistische Zergliederung Jugoslawiens in acht konkurrierende Staats- und Wirtschaftsverbände scheint diesen Kräften weitaus eher erträglich als eine Rückkehr zum zentralistischen System der Vergangenheit.

II.

Auch der Bund der Kommunisten Jugoslawiens blieb von Desintegrationsentscheidungen keinesfalls verschont. Er soll laut Verfassung der „grundlegende Initiator und Träger der politischen Aktivität“ sowie die „organisierte und führende Kraft der Arbeiterklasse“ sein. Es ist jedoch unverkennbar, daß er dieser Aufgabe seit dem Ende der Tito-Ära nicht mehr gerecht werden kann. Auch die Partei ist föderalisiert, das heißt, in ralisierende Führungen der einzelnen Republiken und Provinzen gespalten. Die Führungsgremien – Präsidium und Zentralkomitee des BdKJ – sind ein getreues Spiegelbild der inneren Zerrissenheit und Aufspaltung in regionale Interessen. Selbst Spitzenfunktionäre räumen ein, daß in der Bundespartei von effizienter Arbeit nicht mehr die Rede sein kann. Auf dem 11. ZK-Plenum Anfang Dezember 1987 stellte Ivan Brigić, Mitglied im Parteipräsidium, fest: „In der Periode seit dem XIII. Kongreß (Sommer 1986) haben sich ideologische Schwankungen, mangelnde Aktionseinheit und ungenügende Bereitschaft zur Konkretisierung und effizienten Verwirklichung der beschlossenen Politik gezeigt. Der Einfluß des BdKJ als der führenden ideologisch-politischen Kraft in der Gesellschaft sinkt, was zur Erosion des Vertrauens in den BdKJ, besonders in seine Spitzengremien, führt. Seit dem XII. Kongreß sind zu vielen wichtigen Fragen ZK-Beschlüsse ergangen, sie haben die

Lage jedoch nicht wesentlich beeinflußt, da sie nicht durchgeführt wurden.“⁵⁾

Die hier formulierten Erkenntnisse sind keineswegs neu. Bereits vor zwei Jahren hieß es im theoretischen Organ des BdKJ, *Komunist*, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens handle nach wie vor wie eine klassische Partei; er treffe Entscheidungen und verabschiede Resolutionen, leite sie an die unteren Parteiorganisationen weiter und mache die Öffentlichkeit mit ihnen bekannt. Die wichtigste Aufgabe, nämlich die Durchsetzung einmal getroffener Beschlüsse, werde nicht mehr wahrgenommen. Apathie, Desinteresse und Passivität bei der Parteimitgliedschaft seien die Folge. Die Führungsgremien trügen selbst dazu bei, die eigene Autorität zu untergraben⁶⁾.

In der Nach-Tito-Ära hat es keinesfalls an verbalen Versuchen gefehlt, den zunehmenden Autoritätsverfall des BdKJ zu stoppen. Der jüngste Schritt in diese Richtung ist der Anfang Dezember vergangenen Jahres gefaßte Beschluß, im März 1988 eine Parteikonferenz abzuhalten. Grundlegendes Thema dieser Konferenz, die das höchste Beschlußgremium zwischen zwei Kongressen ist, wird die „führende Rolle und die Einheit des BdKJ“ sein, aber auch die Verantwortung der Partei für die soziale und wirtschaftliche Krise. Auf je 5 000 Mit-

³⁾ *Politika* vom 5. Januar 1987.

⁴⁾ *Politika* vom 26. Dezember 1987.

⁵⁾ *Politika* vom 9. Dezember 1987.

⁶⁾ *Komunist* vom 13. Dezember 1985.

glieder des BdkJ wird ein Delegierter für die Parteikonferenz gewählt werden. Die Wahl soll erstmals geheim sein. Wie es heißt, sollen sich im Prinzip (!) mehrere Kandidaten um einen Delegiertenplatz bewerben⁷⁾. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, daß die mit großem Aufwand angekündigte Parteikonferenz nur ein paradeähnlicher Aufmarsch wird, der sich in bloßer Rhetorik und einem rituellen Umgang mit den Problemen erschöpft. Wer die politische Entwicklung in Jugoslawien seit Beginn der achtziger Jahre verfolgt hat, erinnert sich an zahllose Ankündigungen „radikaler Änderungen“, an „historische Wendepunkte“, „Umbrüche und grundlegende Reformen“, die in Konfrontation, Konfusion und letztlich Perspektivlosigkeit endeten. Allein die Tatsache, daß man sich zu einer Parteikonferenz entschieden hat, deren Kompetenzen ungleich geringer sind als die eines außerordentlichen Parteitag, läßt befürchten, daß es zu einer erneuten Manifestation der „Ohnmacht auf Bundesebene“ kommen wird.

Das dem Buchstaben nach noch immer gültige Prinzip des demokratischen Zentralismus — das die „breiteste Demokratie beim Auffinden der politischen Linie, aber auch die festeste Einheit bei ihrer Durchführung“ vorsieht — ist völlig ausgehöhlt. Die Pflicht der Minderheit, die Entscheidungen der Mehrheit zu respektieren, steht ebenso nur noch auf dem Papier wie die Pflicht der untergeordneten Organe, die Entscheidungen der übergeordneten Organe durchzuführen. Gültigkeit besitzt der demokratische Zentralismus nur noch innerhalb einer Republik- oder Provinzorganisation des BdkJ. Die Bundespartei selbst ist zu einer labilen Koalition der Republik- und Provinzorganisationen geworden. Auch hier scheinen die Spitzenpolitiker auf der regionalen Ebene der Überzeugung zu sein, daß es starke Republikparteien nur geben kann, wenn die Bundespartei möglichst schwach ist.

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus wird vom amtierenden Parteichef des BdkJ, Boško Krunić, auf eigenwillige Weise interpretiert: „Im Zusammenhang mit dem demokratischen Zentralismus erhofft man sich viel zu oft eine Einheit, die

monolithisch und ideal konzipiert sein sollte . . . Ich glaube, daß der Weg zur Einheit über die Unterschiede führt. Das ist ein wesentliches Charakteristikum unseres politischen Lebens und der Verhältnisse in der Gesellschaft, und erst recht in der Föderation, und auch der BdkJ muß das respektieren . . . Man muß den demokratischen Zentralismus einfach in der Richtung entwickeln, daß man die Denkweise der Minderheit vor Disqualifikationen schützt, um demokratische Verhältnisse im Bdk und in der Gesellschaft zu wahren . . . Der Bund der Kommunisten hat nicht die Rolle des obersten Schiedsrichters, das gehört nicht zum System der sozialistischen Selbstverwaltung. Der Bdk ist weder der Advokat des allgemeinen, föderativen, aber auch nicht des besonderen, partikularen Interesses einer Republik oder Provinz.“⁸⁾

Aus diesen Äußerungen wird ersichtlich, daß das auf der staatlichen Ebene herrschende Konsensprinzip längst auf die Bundespartei übertragen worden ist. Auch im BdkJ hat sich die Macht eindeutig auf die Republik- und Provinzorganisationen verlagert. Boško Krunić, ein Serbe aus der Vojvodina, macht keinen Hehl daraus, daß er als Chef der Bundespartei mit einjähriger Amtszeit keineswegs die Stärkung des BdkJ gegenüber den Republikparteien anstrebt. Er hat dieses Amt als Repräsentant des Bdk Vojvodina erhalten und sieht die eigene Rolle nicht zuletzt darin, darüber zu wachen, daß der Einfluß der Regionalparteien nicht geschmälert wird.

Die Desintegrationserscheinungen sind auf staatlicher Ebene und auf der Ebene der Partei so weit fortgeschritten, daß die bundesstaatlichen Organe ebenso wie der BdkJ nur noch begrenzt als Träger eines gesamtstaatlichen Willens angesehen werden können. Wengleich hierüber auf Parteiveranstaltungen und in der Presse zahlreiche Klagen geführt werden, kann die Tatsache nicht übersehen werden, daß diese Entwicklung von den Republikführungen bewußt gesteuert wurde. Der Preis für den Ausbau ihrer Selbständigkeit liegt in der erheblichen Reduzierung gesamtstaatlicher Handlungsfähigkeit.

III.

Spricht man von der inneren Entwicklung in den Teilgebieten der Föderation, so ist die zu Serbien gehörende autonome Provinz Kosovo an erster Stelle zu nennen. Nach Angaben der Informationskommission des BdkJ hat die jugoslawische Presse zwischen April und September 1987 nicht weniger als 5 397 Artikel über Kosovo veröffentlicht⁹⁾. Besonders die Belgrader Zeitungen wurden nicht müde zu betonen, Kosovo stelle das wichtigste Problem des heutigen Jugoslawiens dar; an dieser

Frage werde sich die Zukunft Jugoslawiens entscheiden. Die zu achtzig Prozent von muslimischen Albanern bewohnte Provinz, die im Frühjahr 1981 Schauplatz blutiger nationalistischer Unruhen war, ist bis heute nicht zur Ruhe gekommen. Im Gegenteil, der Graben zwischen den anderthalb Millionen Albanern und ihren knapp 200 000 slavischen Mitbürgern hat sich vertieft.

Trotz zahlreicher Resolutionen und einer Reihe praktischer Maßnahmen gelang es der politischen Führung in Belgrad nicht, das ihrer Meinung nach zentrale Problem — die Abwanderung der Serben und Montenegriner — zu stoppen. Zwischen 1981

⁷⁾ Politika vom 9. Dezember 1987.

⁸⁾ Politika vom 28. Dezember 1987.

⁹⁾ Rilindja vom 3. November 1987.

und 1987 verließen mehr als 22 000 Serben und Montenegriener Kosovo, der slawische Bevölkerungsanteil sank in diesem Zeitraum von 14,9 auf 13,5 Prozent. Von insgesamt 1 445 Ortschaften und dörflichen Siedlungen in Kosovo sind jetzt 650 „ethnisch rein“, das heißt, die Bevölkerung besteht zu 100 Prozent aus Albanern¹⁰⁾.

Mit besonderer Verbitterung wird in Belgrad registriert, daß die serbischen Abwanderer aus Kosovo nicht nur aus jungen Fachleuten bestehen, die anderswo bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gefunden haben, sondern daß darunter auch Staats- und Parteifunktionäre sind, die ihre Berufung in Bundesorgane dazu nutzen, ihre ganze Familie in die Hauptstadt auszusiedeln. Angesichts der fortschreitenden Albanisierung Kosovos fühlt sich die slawische Minderheit in ihrem Bestand bedroht und neigt daher mehr und mehr zu emotionalen, zum Teil aggressiven Reaktionen. Aufgeputscht durch Agitatoren, die nicht immer aus Kosovo selbst stammten, begaben sich in den vergangenen beiden Jahren immer wieder mehrere hundert Mann starke Züge von Serben und Montenegriener nach Belgrad, um dort gegen Diskriminierung und gewaltsame Übergriffe der albanischen Mehrheit zu protestieren. Radikale Gruppen unter ihnen forderten die Auflösung der Provinz Kosovo und ihre Umwandlung in serbisches Territorium. Nur so sei ein wirklicher Schutz der hier lebenden Serben möglich.

Auch in Städten und Dörfern Kosovos selbst kam es immer häufiger zu „spontanen“, auffällig gut organisierten Protestveranstaltungen serbischer Bürger, die damit drohten, kollektiv aus der Provinz auszusiedeln oder sogar Waffengewalt anzuwenden. Angesichts einer drohenden Konfrontation zwischen serbischen Extremisten und albanischen Separatisten faßte die jugoslawische Bundesregierung „mit Rücksicht auf die gespannte Sicherheitslage“ Ende Oktober 1987 den Beschluß, eine 400 Mann starke Eliteeinheit der Polizei, die direkt dem Innenministerium untersteht, in die unruhige Provinz zu entsenden. Mit ausschlaggebend für diese aufsehenerregende Aktion war die Erinnerung an die Vorgänge in Kosovo Polje im Frühjahr 1987. Damals kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. Die Polizei ging mit Schlagstöcken gegen 15 000 demonstrierende Serben und Montenegriener vor, die Menge wehrte sich mit Steinwürfen. Es gab mehrere Dutzend Verletzte. Die gewaltsame Demonstration, die am frühen Abend begonnen hatte, dauerte bis zum Morgen an. Mindestens 20 Personen wurden festgenommen¹¹⁾. Die vom jugoslawischen Fernsehen gezeigten Bilder einer hilflosen Polizei, die vor der wütenden Menge zurückweichen mußte, dürften ihre Wirkung auf die verantwortlichen Politiker nicht verfehlt haben¹²⁾.

Doch auch die albanischen Nationalisten gaben der Zentrale in Belgrad genügend Anlaß zu Besorgnis.

Seit 1981 wurden 89 illegale Gruppen und neun separatistische Organisationen entdeckt. Strafrechtlich verfolgt wurden 1 200 Personen, während sich 4 000 wegen nationalistischer Vergehen verantworten mußten. Nach Verbüßung ihrer Gefängnisstrafen wurden 70 Prozent der Täter rückfällig. Nach Angaben der Sicherheitsbehörden zeigen die unentdeckten Reste zerschlagener illegaler Gruppen eine ausgeprägte Neigung zu terroristischen Aktivitäten. Auch die Ordnungskräfte in Kosovo selbst sind unterwandert. Von 1981 bis 1987 mußten 240 Polizisten wegen „feindlicher Tätigkeit“ oder „inakzeptabler Standpunkte“ aus dem Dienst entlassen werden. Ein Strafverfahren wurde gegen 49 Polizisten eröffnet¹³⁾. Der jugoslawische Verteidigungsminister Branko Mamula erklärte im September vergangenen Jahres, in der Volksarmee seien seit 1981 nicht weniger als 216 illegale albanische Gruppen mit 1 435 Angehörigen entdeckt worden¹⁴⁾.

Wegen der Nationalitätenpolitik in Kosovo war es im vergangenen Jahr zu einem parteiinternen Machtkampf in Serbien gekommen. Die orthodoxe Fraktion, die nachdrücklich für eine Politik der harten Hand in Kosovo plädierte, wurde von Parteichef Slobodan Milošević angeführt. Sein Gegenspieler und Führer der gemäßigten Fraktion war der serbische Staatspräsident Ivan Stambolić. Erstes Opfer im Zweikampf der beiden „starken Männer“ wurde der Parteichef von Belgrad, Dragiša Pavlović. Der Politiker hatte der Parteiführung der Republik vorgeworfen, mit zweierlei Maß zu messen. Während sie gegenüber serbischen Nationalisten in Kosovo eine kaum zu überbietende Milde und Nachsicht an den Tag lege, beantworte sie jede Regung des albanischen Nationalismus mit massivem Druck. Nach einer Marathonsitzung wurde Pavlović mit großer Mehrheit aus der Parteiführung der Republik ausgeschlossen; seinen Posten als Belgrader Parteichef mußte er ebenfalls aufgeben. Die Begründung lautete, Pavlović habe die Parteilinie verlassen und den demokratischen Zentralismus mißachtet¹⁵⁾.

Slobodan Milošević, früher einmal Sekretär seines Gegenspielers Ivan Stambolić, ist seit anderthalb Jahren Parteichef von Serbien. Er gilt als orthodoxer Kommunist, der keinesfalls davor zurückschreckt, alle nationalistischen Emotionen zu mobilisieren, die mit der Kosovo-Frage verbunden sind. Zu diesem Zweck sicherte er sich als Sprachrohr zunächst die angesehene Belgrader Zeitung „Politika“, die bis dahin liberal geprägt und für ihre ausgewogene Berichterstattung bekannt war. Durch Umbesetzung auf den vier wichtigsten Posten wurde die innenpolitische Berichterstattung der Zeitung auf Milošević-Kurs getrimmt. Auch das Nachrichtenmagazin NIN erhielt eine neue Redaktionsleitung. Inoffiziell verlautet, daß beinahe 100 Belgrader Journalisten der Gleichschaltungs-

¹⁰⁾ NIN vom 28. Juni 1987.

¹¹⁾ Danas vom 3. November 1987.

¹²⁾ Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 28. April 1987.

¹³⁾ NIN vom 28. Juni 1987.

¹⁴⁾ NIN vom 27. September 1987.

¹⁵⁾ NZZ vom 3. Oktober 1987.

kampagne zum Opfer gefallen sind. Sie wurden zwar nur in seltenen Fällen entlassen, jedoch durch Abschiebung auf weniger wichtige Posten „neutralisiert“.

Mit Hilfe der Presse gelingt es Milošević nun, die nationalen Emotionen in Serbien aufzuputschen. Berichte über Plünderungen, Brandstiftungen und Vergewaltigungen in Kosovo dienen als Argument, ein rücksichtsloses und hartes Vorgehen der jugoslawischen Föderation zu fordern. Anfang Dezember 1987 wurde Serbiens Staatspräsident Ivan Stambolić, der in der Kosovo-Frage immer einen gemäßigten Kurs vertreten hatte, zum Rücktritt gezwungen. An seine Stelle trat der Hardliner Petar Gračanin. Die nach Machterweiterung strebende Führung Serbiens versuchte, ihren Einfluß in den autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina entscheidend zu verstärken. Vehikel hierzu sollte eine Reform der serbischen Verfassung sein, die die Autonomie der Provinzen praktisch beseitigt hätte. Serbien wollte sich die Gewalt über die Volksverteidigung, Staatssicherheit, internationale Zusammenarbeit und das Gerichtswesen in den Provinzen sichern. Aus dem Parlament der Vojvodina war ein schroffes Nein zu hören, dem sich die anfänglich eingeschüchterte Führung Kosovos schließlich anschloß. Nach diesem Veto sind die legalen Möglichkeiten zur Machtübernahme Serbiens in den Provinzen erschöpft¹⁶⁾.

Es ist bemerkenswert, daß es in der Vojvodina gerade die Serben sind, die die Autonomie gegenüber Belgrad verfechten. Auch die Serben aus Bosnien und Kroatien sind nicht auf Milošević-Kurs. Montenegro wurde von der Belgrader Führung wegen seiner angeblich laxen Haltung in der Kosovo-Frage kritisiert. In Mazedonien, das selbst erhebliche Probleme mit seiner albanischen Minderheit hat, stößt Serbiens neuer Kurs nicht auf Zustimmung. Mit Abstand härtester Kritiker Serbiens ist jedoch die Republik Slowenien mit Parteichef Milan Kučan an der Spitze.

Im Oktober vergangenen Jahres betonte Kučan bei einer Pressekonferenz mit ausländischen Journalisten nachdrücklich, Serbien könne nicht allein den Kurs gegenüber Kosovo bestimmen, dies sei Sache der ganzen Föderation. Mit einem „energischen Vorgehen“ gegen die Albaner könne man Jugoslawien in den Libanon Europas verwandeln. Die kritische Lage in Kosovo könne weder durch ein Diktat noch durch das Eingreifen der Armee bereinigt werden. Eine für alle Seiten akzeptable Lösung müsse durch demokratisches Vorgehen gefunden werden. Kučan bemerkte zudem, die Gerichte in Kosovo, vor denen sich albanische Nationalisten zu verantworten hätten, seien nicht in jedem Falle unabhängig und hätten sich als manipulierbar erwiesen. Um die kritische Distanz zu seinem serbischen Amtskollegen Milošević deutlich zu machen, betonte Kučan, ihm sei es nicht gleichgültig, wenn ihn jemand als Stalinisten bezeichnete. Milošević hatte

im Frühjahr 1987 erklärt, er empfinde eine derartige Charakterisierung seiner Person nicht als beleidigend¹⁷⁾. Seitdem ist eine slowenisch-serbische Pressefehde in Gang gekommen, die wohl noch eine Weile anhalten dürfte¹⁸⁾.

Bereits im Frühjahr 1987 war Slowenien in offenen Gegensatz zu den übrigen Landesteilen geraten, die der nördlichen Republik ihre allzu liberale Politik vorhielten. Damals hatte Milan Kučan die Ansicht vertreten, im jugoslawischen Gesamtstaat existiere offenbar eine Art von „Slowenensyndrom“. Den Hintergrund für diese Äußerung bildete die heftige Kontroverse um die „Beiträge zu einem slowenischen Nationalprogramm“, die in der Zeitschrift „Nova Revija“ (Ljubljana) veröffentlicht worden waren. Hier beklagten namhafte slowenische Wissenschaftler, ihre Heimatrepublik werde innerhalb der jugoslawischen Föderation politisch benachteiligt, obwohl sie mit Abstand das höchste wirtschaftliche Entwicklungsniveau aufweise. Einer der Beiträge forderte die „Republikanisierung“ der serbisch dominierten Volksarmee, das heißt, daß in jeder Republik nur Soldaten der dort lebenden Nationen stationiert werden sollten. Unter den gegenwärtigen Umständen gleiche Slowenien einem „von einer national fremden Armee okkupierten Land“. Slowenische Soldaten müßten wie zur Zeit der österreichisch-ungarischen Herrschaft „in einer fremden Umgebung und unter fremdem Kommando“ Dienst leisten. Ein anderer Beitrag stellte die führende Rolle der kommunistischen Partei ebenso in Frage wie ihre historische Legitimität. Ein dritter Aufsatz forderte die Bildung einer formal-rechtlich sanktionierten intellektuellen und politischen Opposition¹⁹⁾.

Die heftige Kritik, die in allen Landesteilen, besonders jedoch in Serbien, am „Slowenischen Nationalprogramm“ geübt wurde, veranlaßte Milan Kučan zu der Äußerung, in Jugoslawien sei es ohnehin schwer, Slowene zu sein, noch schwerer habe man es jedoch als slowenischer Kommunist. Die Forderung nach Einführung einer legalen Opposition, also eines Mehrparteiensystems, wurde im vergangenen Jahr mehrfach erhoben. Die stereotype Begründung der Ablehnung einer solchen Idee wurde von führenden Funktionären wie folgt gegeben: Derartige Parteien würden sich ausschließlich auf regionaler und nationaler Basis organisieren und die ohnehin gegebenen Spaltungen und Gegensätze im Lande auf unerträgliche Weise vertiefen. Auf den ersten Blick scheint dieses Argument plausibel. Ebenso gut könnte man allerdings sagen, daß sich die Einführung eines Mehrparteiensystems mittlerweile erübrigt, da der Bund der Kommunisten Jugoslawiens eine allerdings sehr labile Koalition aus acht Parteien darstellt. In Jugoslawien selbst ist zu hören, die Unterschiede zwischen den einzelnen „nationalen“ Parteien seien größer als zwischen den Demokraten und Republikanern in den Vereinigten Staaten.

¹⁶⁾ NIN vom 15. November 1987.

¹⁷⁾ NZZ vom 11./12. Oktober 1987.

¹⁸⁾ NZZ vom 18. April 1987.

¹⁹⁾ NZZ vom 16. April 1987.

IV.

Angesichts der seit Jahren schwelenden Wirtschaftskrise, des drastischen Rückgangs des Lebensstandards und der galoppierenden Inflation ist es nicht erstaunlich, daß der Bund der Kommunisten Jugoslawiens erheblich an Ansehen verloren hat. Jüngste Umfragen haben ergeben, daß die Parteimitglieder in dem Ruf stehen, sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten und um ihre persönliche Karriere zu kümmern²⁰). Seit drei Jahren nimmt die Anzahl der Bdk-Mitglieder stetig ab, vor allem Arbeiter und junge Leute kehren der Partei den Rücken. Das Durchschnittsalter der Parteimitglieder ist erheblich höher als das der Gesamtbevölkerung. Im Laufe des Jahres 1986 nahmen 71 Prozent der Grundorganisationen des Bdk kein einziges neues Mitglied mehr auf. Wie eine in Novi Sad durchgeführte Untersuchung ergab, dominiert die Gruppe der 28–35jährigen bei den Mitgliedern, die aus der Partei austreten. Von der Mitgliederliste gestrichen werden in der Hauptsache (28,7 Prozent aller Fälle) Studenten und Schüler im Alter bis zu 27 Jahren²¹).

Selbstkritische Funktionäre äußern sich besorgt darüber, daß der Bdk in erster Linie die gutsituierten Bevölkerungsschichten anspricht. Wissenschaftler, Techniker, Ärzte, Rechtsanwälte und selbständige Gewerbetreibende sind in der Partei überproportional vertreten. Eine umfassende Untersuchung in ganz Jugoslawien hat ergeben, daß die Bdk-Mitgliedschaft in drei Gruppen zerfällt: Ein Drittel sind politisch völlig inaktive „Kartekomunisten“, ein weiteres Drittel nimmt an den Versammlungen teil, verhält sich dort aber passiv; erst das letzte Drittel bildet den aktiven Kern, der die Versammlungen nicht nur besucht, sondern dort eine aktive Rolle spielt. Als besonders unbefriedigend wird die Tatsache angesehen, daß nur 5 Prozent aller Diskutanten jünger sind als 27 Jahre, wenngleich der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtmitgliedschaft bei 16 Prozent liegt²²).

Die junge Generation stellt — vornehmlich in den nordwestlichen Landesteilen — das Selbstverständnis des sozialistischen Jugoslawiens offen in Frage. An den Universitäten und in den Jugendverbänden distanzieren sich die jungen Leute von Partisanenmythos und Titoverehrung. Sie orientieren sich immer weniger an den von der Partei vorgegebenen Idealen, sondern an politischen Ideen, die ihren Ursprung im Demokratieverständnis westlicher Gesellschaften haben. Aktionen von Umweltschützern und Gruppen der Friedensbewegung geraten in die Schlagzeilen. In Slowenien hat sich die ökologische und pazifistische Richtung fest im sozialistischen Jugendverband etabliert. Dieser hat seinen 12. Kongreß (1986) zum Zeichen des Protests gegen den Bau von Kernkraftwerken in Krško, dem

Standort des ersten jugoslawischen Atommeilers, abgehalten²³). Die Friedensbewegung ist außerhalb Sloweniens vor allem in Zagreb, Belgrad und Novi Sad aktiv.

Die Forderung, in Jugoslawien das Recht auf Kriegsdienstverweigerung einzuführen, offenbart, daß die junge Generation auch vor Tabu-Themen nicht zurückschreckt. Orthodoxe Kräfte sind dadurch sichtlich verunsichert und legen harsche oder auch bizarre Reaktionen an den Tag. So wurden Umweltschützer verdächtigt, eine neue Partei gründen zu wollen; und die Forderung, den Zivildienst anstelle des Dienstes mit der Waffe zuzulassen, wurde als „antikommunistisch“ und „konterrevolutionär“ gebrandmarkt. Verbale Ausfälle einzelner Funktionäre gegen die Jugend sind sicher nicht das geeignete Mittel, junge Menschen für die Partei zurückzugewinnen. Wie gering der Rückhalt des BdkJ bei der jüngeren Generation ist, läßt sich daran ablesen, daß der Anteil der Mitglieder bis 27 Jahre zwischen 1976 und 1986 um mehr als ein Drittel zurückgegangen ist²⁴).

Doch gerade bei dieser Altersgruppe registrieren die Religionsgemeinschaften einen erheblichen Zulauf. Zwischen 1968 und 1985 ist der Anteil junger Menschen — zumeist Studenten —, die sich selbst als religiös einstufen, von 33 auf 52 Prozent gestiegen²⁵). Im Februar 1986 erklärte Radovan Samardžić, früherer Regierungsbeauftragter für Religionsfragen, Schwäche und Uneinigkeit der Partei hätten nicht wenig dazu beigetragen, daß die Kirchen wieder erstarbt seien und gerade unter der Jugend großen Anklang fänden. Eine Umfrage im traditionell katholischen Zagreb ergab, daß 43 Prozent der Befragten erklärten, sie schickten ihre Kinder zum Religionsunterricht²⁶).

Die etwa 4,5 Millionen Kroaten und die 1,8 Millionen Slowenen sind überwiegend römisch-katholisch, ebenso wie die mehr als 400 000 Ungarn in Jugoslawien. Mehr als 8 Millionen Serben, 1,4 Millionen Mazedonier und 600 000 Montenegriner stehen zumindest in der Tradition des orthodoxen Glaubens. Die ca. vier Millionen Muslime in der SFRJ machen in jüngster Zeit nicht nur durch den Bau prunkvoller Moscheen von sich reden. Die Behörden führen darüber Klage, daß Bosnien sich zu einer „Bastion des Islam“ entwickelt habe und daß gerade junge Leute zu fanatischen Anhängern dieser Religion geworden seien. In der montenegrinischen Stadt Ivangrad klagen lokale Parteifunktionäre darüber, daß der islamische Religionsunterricht in voller Blüte stehe, während der Marxismusunterricht kein Interesse fände²⁷).

²³) Borba vom 6. Februar 1987.

²⁴) TANJUG vom 21. Januar 1987.

²⁵) Politika vom 29. März 1985.

²⁶) Borba vom 19. August 1986.

²⁷) Politika vom 19. August 1986.

²⁰) NIN vom 30. August 1987.

²¹) Komunist vom 30. Oktober 1987.

²²) Komunist, vom 13. November 1987.

Im August vergangenen Jahres brachte die kroatische Zeitung *Vjesnik* einen Artikel mit der Überschrift „Schüler studieren Marx, denken aber an Gott“. Eine Umfrage unter 14 000 Schülern in der mazedonischen Hauptstadt Skopje hatte ergeben, daß mehr als 75 Prozent der Befragten angaben, ihre Familien begingen regelmäßig religiöse Feiertage. Genannt wurden der islamische Festtag Bairam, sowie Weihnachten und Ostern, die von Katholiken und orthodoxen Christen gefeiert werden²⁸⁾. Am Heiligen Abend 1986 durfte der Erzbischof von Ljubljana sich erstmals über das Radio an die Gläubigen wenden und ihnen seine Weihnachtsbotschaft verlesen. Obwohl dieses Zugeständnis der slowenischen Kommunisten außerhalb ihrer Republik auf wenig Verständnis stieß, wurde auch im vergangenen Jahr so verfahren. Bisher gelang es nicht, Weihnachten zu einem Feiertag wie Neujahr zu machen. Auch in Slowenien müssen die Gläubigen für das Weihnachtsfest einen Urlaubstag opfern. Zur Weihnachtsbotschaft des Erzbischofs im Rundfunk von Ljubljana erklärte der slowenische Spitzenpolitiker Franc Šetinc: „Wir alle sind viel zu sehr politisiert. Die Kirche ist bei uns tatsächlich vom Staat getrennt, jedoch nicht von der Gesellschaft isoliert. Einige sind dennoch der Meinung, das sei alles zu schnell gegangen. Gestern hatten wir nicht den Willen oder den Mut, das Wort Weihnachten auszusprechen, heute aber überträgt das Radio die Grußbotschaft des Erzbischofs. Doch ich frage mich, was sein wird, wenn der Papst seinen eigenen Satelliten hat und die Messen und Predigten in jedes Haus Eingang finden, wo immer dies gewünscht wird . . . Es muß unsere grundlegende Haltung sein, daß wir eine Spaltung der Menschen in religiöse und nichtreligiöse gar nicht erst zulassen.“²⁹⁾

Besonders negativ wurde in Jugoslawien vermerkt, daß in einigen slowenischen Orten während der Weihnachtszeit der sechszackige Stern, Symbol der Vaterländischen Front, durch das Kreuz ersetzt worden war. Dieser „Mißbrauch des Weihnachtsfestes als Symbol des Antikommunismus“ dürfe, wie es hieß, nicht toleriert werden. Der Parteichef Kroatiens, Ivica Račan, stellte mit Bedauern fest, die religiösen Kräfte seien, besonders unter den jungen Menschen, in die Offensive gegangen. Er erklärte, die Partei müsse derartige Tendenzen in ganz Jugoslawien effektiver kontrollieren³⁰⁾. Nicht übersehen werden darf, daß nicht immer tiefe Religiosität dahintersteckt, wenn jugoslawische Jugendliche regelmäßig die Kirche oder die Moschee besuchen. Zuweilen ist dies Ausdruck einer Protesthaltung gegenüber Staat und Partei, wie sie von Jugendlichen in Polen bekannt ist.

Eine spektakuläre Protestaktion gegen das Establishment im Bund der Kommunisten und im jugoslawischen Gewerkschaftsbund soll Ende November vergangenen Jahres in der bosnischen Stadt

Zenica stattgefunden haben. Die Weltpresse meldete, bosnische Stahlwerker hätten hier eine unabhängige Gewerkschaft und die Zelle einer neuen kommunistischen Partei Jugoslawiens gegründet. In Wirklichkeit handelte es sich um einen sehr geschickt inszenierten Coup einer wahrscheinlich winzigen Gruppe, die auf die Verwicklung bestimmter Politiker der bosnischen Staats- und Parteiführung in den Agrokomerc-Skandal aufmerksam machen wollte. Dieser bosnische Konzern, der 13 500 Mitarbeiter beschäftigte, hatte ungedeckte Wechsel in der Höhe von mehreren hundert Millionen US-Dollar ausgestellt und war in Konkurs gegangen. Der aus Bosnien stammende frühere Vizepräsident und designierte Präsident der SFRJ, Hamdija Pozderac, mußte ebenso zurücktreten wie sein Bruder Hakija und weitere Funktionäre und Wirtschaftsführer, die in den Skandal verwickelt waren. Die Meldung über die Gründung einer neuen Gewerkschaft und Partei stammte zunächst aus der Belgrader Zeitung „Večernje Novosti“, die sich jedoch auf die slowenische Jugendzeitschrift „Mladina“ berief. Hier verlief sich die Spur im Sande, und es stellte sich heraus, daß nicht mehr als eine kunstvoll eingefädelte Protestaktion im Spiel war. Eine unabhängige Gewerkschaft wie die *Solidarność* in Polen gibt es in Jugoslawien nur auf dem Papier von Abend- oder Jugendzeitungen.

Der drastische Rückgang des Lebensstandards in Jugoslawien, der soziologischen Untersuchungen zufolge den Stand von 1967 erreicht hat, gäbe genügend Anlaß zu spektakulären Protestaktionen. Das Durchschnittseinkommen liegt gegenwärtig bei ca. 250 DM, die Inflationsrate beträgt 170 Prozent. Nach einer im vergangenen Sommer durchgeführten Untersuchung des Zagreber Zentrums für Marketing können vier von insgesamt 6,7 Millionen jugoslawischen Haushalten ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr aus den regulären Einkünften decken. Sie müssen auf Schwarzarbeit, Überweisungen aus dem Ausland oder andere Quellen zurückgreifen. Nebenerwerbslandwirtschaft oder zumindest verwandtschaftliche Beziehungen zum Dorf sind nicht selten die einzige Möglichkeit, sich über Wasser zu halten. 95 Prozent der Jugoslawen gaben bei der Umfrage an, sie könnten von den regulären Einkünften nicht normal leben, und 50 Prozent erklärten, ihr Lebensstandard sei unter das Existenzminimum gefallen³¹⁾.

Zu Beginn des vergangenen Jahres wurde im jugoslawischen Bundesministerium für Arbeit eine Tabelle der minimalen Lebensbedürfnisse für eine vierköpfige Familie erstellt. Danach benötigte die Familie im März 1987 154 085 Dinar pro Monat, um das Existenzminimum zu erreichen. Der Durchschnittslohn betrug damals 116 738 Dinar, die Zahl der Beschäftigten pro Haushalt lag bei 1,04, woraus sich ergab, daß statistisch die gesamte jugoslawische Bevölkerung unterhalb der Armutsschwelle lebte. Die bittere Ironie bestand darin, daß die Tabelle nach dem in entwickelten Ländern üblichen

²⁸⁾ *Vjesnik* vom 23. August 1987.

²⁹⁾ *Vjesnik* vom 31. Dezember 1987 bis 1988.

³⁰⁾ *Sozialistische Theorie und Praxis*, 8–10/1987.

³¹⁾ *Danas* vom 11. August 1987.

Schema zur Berechnung der Höhe der Sozialhilfe erstellt worden war³²⁾.

Natürlich gibt es, was den Lebensstandard angeht, erhebliche regionale Unterschiede in Jugoslawien. Zur Aufrechterhaltung des Existenzminimums genügten im letzten Jahr in Slowenien 86 Prozent des Durchschnittslohns, im unterentwickelten Kosovo hingegen lag die entsprechende Zahl bei 134 Prozent. Doch nicht nur regional betrachtet, sondern auch abhängig von der sozialen Schichtung sind die Einkommensunterschiede in Jugoslawien erheblich. Die Inhaber von Führungspositionen im Staats- und Parteiapparat geben an, daß ihre Einkünfte zum Leben voll ausreichen, nur 8,9 Prozent dieser Gruppe verweisen auf zusätzliche Einkünfte. Von der Arbeiterschaft geben nur 16 Prozent an, sie hätten genug zum Leben, mehr als die Hälfte aller Arbeiter fühlt sich in ihrem Lebensstandard bedroht³³⁾. Diejenigen, die unter der Krise leiden, haben also keine Macht und diejenigen, die Macht haben, leiden nicht unter der Krise. Hier liegt ein Schlüssel zum Verständnis der Tatsache, daß die vor fünf Jahren feierlich beschlossene Wirtschaftsreform ebensowenig durchgeführt wurde wie die vor zwei Jahren vereinbarte Reform des politischen Systems.

Innerhalb der Arbeiterklasse geben die ungelerten und angelernten Arbeiter als zahlenmäßig stärkste Gruppe den Ton an, die ihre Unzufriedenheit häufig mit Hilfe einer „negativen Demonstration“ zum Ausdruck bringt. Hierzu gehören passiver Widerstand, Fernbleiben von der Arbeit, aber auch spontane Streiks. Im letzten Jahr blieben im Durchschnitt täglich 600 000 Arbeitnehmer, das sind 10 Prozent aller Beschäftigten, der Arbeit fern³⁴⁾. Ein Berufstätiger ist trotz einer minimalen Anzahl von Feiertagen durchschnittlich fünf Monate im Jahr wegen Krankheit, Nebentätigkeiten, Nachbarschafts- und Familienhilfe oder fehlender Arbeitsmotivation nicht an seinem Arbeitsplatz³⁵⁾.

Nach offiziellen Angaben kam es im vergangenen Jahr in Jugoslawien zu fast 1 500 Streiks, an denen 250 000 Arbeiter beteiligt waren. Das 1976 verabschiedete Gesetz über die assoziierte Arbeit sieht

wie die übrigen Rechtsnormen kein Streikrecht vor, Arbeitsniederlegungen werden aber auch nirgends ausdrücklich verboten. Wenngleich zahlreiche jugoslawische Theoretiker den Streik inzwischen befürworten und betonen, das Recht dazu habe sich die Arbeiterklasse bereits im Kapitalismus erkämpft, ist die Praxis nicht ganz so fortschrittlich. Streiks werden in manchen Landesteilen noch immer als „feindlicher Akt“ betrachtet, der mit Kündigung sanktioniert wird. Am häufigsten gestreikt wird im hochentwickelten Slowenien, allerdings herrscht hier auch das liberalste Klima. Der Exekutivsekretär des slowenischen Parteipräsidiums, Zivko Pregl, erklärte anlässlich des Massenstreiks im Betrieb „Litostroj“ (Ljubljana), realistisch betrachtet müsse man mit einer Zunahme derartiger Streiks rechnen. Weder die Partei noch die Gewerkschaft dürfe sich von einem berechtigten Streik distanzieren, bestimmte Streiks müßten sogar von der Partei initiiert werden³⁶⁾.

Einige Streiks des vergangenen Jahres gerieten zu Protestveranstaltungen und politischen Demonstrationen. Am 17. und 18. November 1987 zogen 9 000 Arbeiter und Einwohner durch die mazedonische Hauptstadt Skopje und protestierten gegen das gerade verabschiedete Austerity-Programm der Regierung. Bergleute im kroatischen Labin streikten im Frühjahr 1987 33 Tage lang und drohten damit, das Bergwerk zu besetzen. Proteste gab es auch gegen den jugoslawischen Gewerkschaftsbund, dem 93 Prozent aller Beschäftigten des gesellschaftlichen Sektors als Zwangsmitglieder angehören. In den letzten drei Jahren sind 8 503 Mitglieder aus der Gewerkschaft ausgetreten. Daß die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft nicht stärker um sich greift, liegt auch an der zersplitterten und atomisierten Wirtschaftsstruktur Jugoslawiens.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Dissens zwischen Partei und Bevölkerung größer geworden ist. Daß die Geduld der jugoslawischen Arbeiter nicht unerschöpflich ist, zeigt die Tatsache, daß sich die Anzahl der Streiks zwischen 1982 und 1987 um das 22fache gesteigert hat.

V.

Die mit Beginn der achtziger Jahre einsetzende Wirtschaftskrise und die zunehmenden Desintegrationstendenzen in Staat und Partei waren wichtige Gründe für eine weitgehende außenpolitische Abstinenz der Nachfolger Titos. Die Probleme im Innern absorbierten die politische Energie in hohem Maße, für Kontroversen um die Außenpolitik blieb wenig Zeit. Eine grundsätzliche Frage stellte sich

jedoch in den vergangenen Jahren immer wieder und ist auch heute von höchster Aktualität: Sollte Jugoslawien in vollem Umfang an seiner außenpolitischen Doktrin der Blockfreiheit festhalten? Die hierdurch gebotene enge politische und wirtschaftliche Kooperation mit der Dritten Welt stieß mehr und mehr auf Hindernisse.

In der Blockfreienbewegung fand Jugoslawien keine verlässlichen Partner mehr, um den Kampf gegen den radikalen Flügel mit Kuba an der Spitze zu führen. Zudem gibt es innerhalb der Blockfreien wichtige Gruppierungen, denen Jugoslawien aus objektiven Gründen nicht angehören kann. Hier

³²⁾ Ebd.

³³⁾ NIN vom 9. August 1987.

³⁴⁾ Privredni Pregled vom 8.—10. August 1987.

³⁵⁾ Politika vom 15. Januar 1987.

³⁶⁾ Danas vom 15. Dezember 1987.

sind die ASEAN-Länder ebenso zu nennen wie die islamischen Staaten oder die Länder der Organisation für afrikanische Einheit (OAU). Als europäisches Land gelang es Jugoslawien nicht, eine Gruppe um sich herum zur Durchsetzung seiner politischen Vorstellungen zu schaffen. Die geographische Isolierung von den meisten blockfreien Ländern erwies sich als kaum zu überwindendes Handicap. Auch der immer wieder geforderte Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt scheiterte, weil er die tatsächlichen wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der SFRJ als europäisches Schwellenland bei weitem überschritt. Mit einem Wort, es erwies sich, daß der von Tito geschneiderte außenpolitische Anzug dem kleinen Balkanland einige Nummern zu groß war.

Die postulierte Solidarität Jugoslawiens mit den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens ließ sich aufgrund objektiver Gegebenheiten nicht immer aufrechterhalten. Wenn Belgrad gemeinsam mit den Ländern der Dritten Welt höhere Preise für Kaffee, Kautschuk und Baumwolle forderte, verstieß es damit gegen die eigenen wirtschaftlichen Interessen. Mit Blick auf die weltweiten Aktivitäten Titos läßt sich heute konstatieren, daß sich die jugoslawische Außenpolitik „re-europäisiert“ hat. Der schwindende Einfluß in der Blockfreienbewegung ist der Preis, den Belgrad für die Rückbesinnung auf Europa zu zahlen hat.

Auch bei diesem notwendigen Prozeß des Umdenkens spielt Slowenien die Rolle des Vorreiters. In Ljubljana wird offen der Wunsch nach der Aufnahme Jugoslawiens in den Europarat geäußert. Diesem Vorhaben steht zunächst das Fehlen eines Mehrparteiensystems in der SFRJ entgegen. Ein Beitritt zur EFTA wird in den jugoslawischen Medien ebenfalls offen erörtert. Dieser Schritt gilt als vielleicht letzte Möglichkeit, doch noch auf Umwegen zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zu kommen. Für orthodoxe Anhänger der Doktrin der Blockfreiheit sind dies ungeheuerliche Gedankengänge, denn die bis jetzt gültige außenpolitische Doktrin verbietet die Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftsblock ebenso wie die Einreihung in eine politische Gemeinschaft. Der Journalist Aleksandar Prlja setzte sich in der Belgrader Politika über derartige Bedenken einfach hinweg. Er schrieb: „Vielleicht könnten wir schon jetzt dem Europarat in Straßburg beitreten. Dann würde vor dem Angesicht Europas und der ganzen Welt deutlich sichtbar, wo wir als Land unsere Zukunft sehen. Die polemische Auseinandersetzung über diese Fragen hat die Führungsgremien in Jugoslawien schon längst erfaßt, ganz zu schweigen von der öffentlichen Meinung. Hier hört man schon lange, daß wir weder anderen noch uns selbst helfen können, wenn wir nicht auf den letzten Zug nach Europa aufspringen. Wenn uns auch dieser Zug davonfährt, dann wird uns Europa an den provinziellen Rand verbannen, und von dort wird es viel-

leicht keinen Eingang nach Europa mehr geben.“³⁷⁾

Die hier artikulierten Befürchtungen einer Isolierung in Europa erscheinen nicht unberechtigt. Schließlich könnte Jugoslawien bei Fortsetzung seines traditionellen außenpolitischen Kurses zwischen alle Stühle geraten. Im Dezember vergangenen Jahres tagte in Brüssel zum sechsten Mal der Kooperationsrat EG-Jugoslawien. Derartige Tagungen sind eigentlich Routinetreffen, bei denen bilaterale Beziehungen und Probleme erörtert werden. Auf Drängen Jugoslawiens wurde diesmal eine „Erklärung über die zukünftigen Beziehungen“ verabschiedet, in der der gegenseitige Wille zur erweiterten und vertieften Kooperation festgehalten wird³⁸⁾.

Vor allem slowenische Politiker stellen sich die Frage, ob man die mit einer Annäherung an Westeuropa verbundenen ökonomischen Vorteile aufgrund ideologischer Vorurteile einfach ausschlagen sollte. Jože Smole, Vorsitzender der Sozialistischen Allianz von Slowenien, erklärte im Oktober vergangenen Jahres: „Jugoslawiens Außenpolitik ist zu wenig nach Europa ausgerichtet und befähigt sich mehr damit, ob Jugoslawien einen Beobachterstatus auf der Konferenz Islamischer Länder bekommen kann als mit den Beziehungen zu den europäischen Ländern.“³⁹⁾ Diese Äußerung impliziert eine kaum verhüllte Kritik am jugoslawischen Außenminister Raif Dizdarević, der als bosnischer Muslim besonderen Wert auf die Pflege der Beziehungen zur islamischen Welt legt und zudem ein eifriger Verfechter der jugoslawischen Blockfreiheit ist. Dizdarević vertritt den Standpunkt, eine eventuelle Bindung Jugoslawiens an die EG würde die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der SFRJ in Frage stellen und das Land in ein „ökonomisches und politisches Anhängsel der EG“ verwandeln⁴⁰⁾. Allerdings sind die Tage von Dizdarević als Außenminister gezählt, da er im Mai 1988 jugoslawischer Staatspräsident werden wird.

Selten wird in der Presse die Frage erwogen, ob die EG an einem Mitgliedsland Jugoslawien überhaupt interessiert wäre, und welche demokratischen Transformationen die SFRJ durchlaufen müßte, damit sie von den übrigen Staaten der EG akzeptiert würde. Die hohen Hindernisse auf einem derartigen Weg sind wohl nur wenigen jugoslawischen Politikern bewußt. Bemerkenswert ist, daß Regierungschef Branko Mikulić die Meinung äußerte, eine EG-Mitgliedschaft komme für Jugoslawien schon deshalb nicht in Frage, weil das Land dann der NATO beitreten müßte⁴¹⁾.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch offen, ob es den slowenischen Politikern im Verein mit einigen ihrer Kollegen aus Kroatien gelingt, die immer wieder

³⁷⁾ Politika vom 13. Dezember 1987.

³⁸⁾ NZZ vom 17. Dezember 1987.

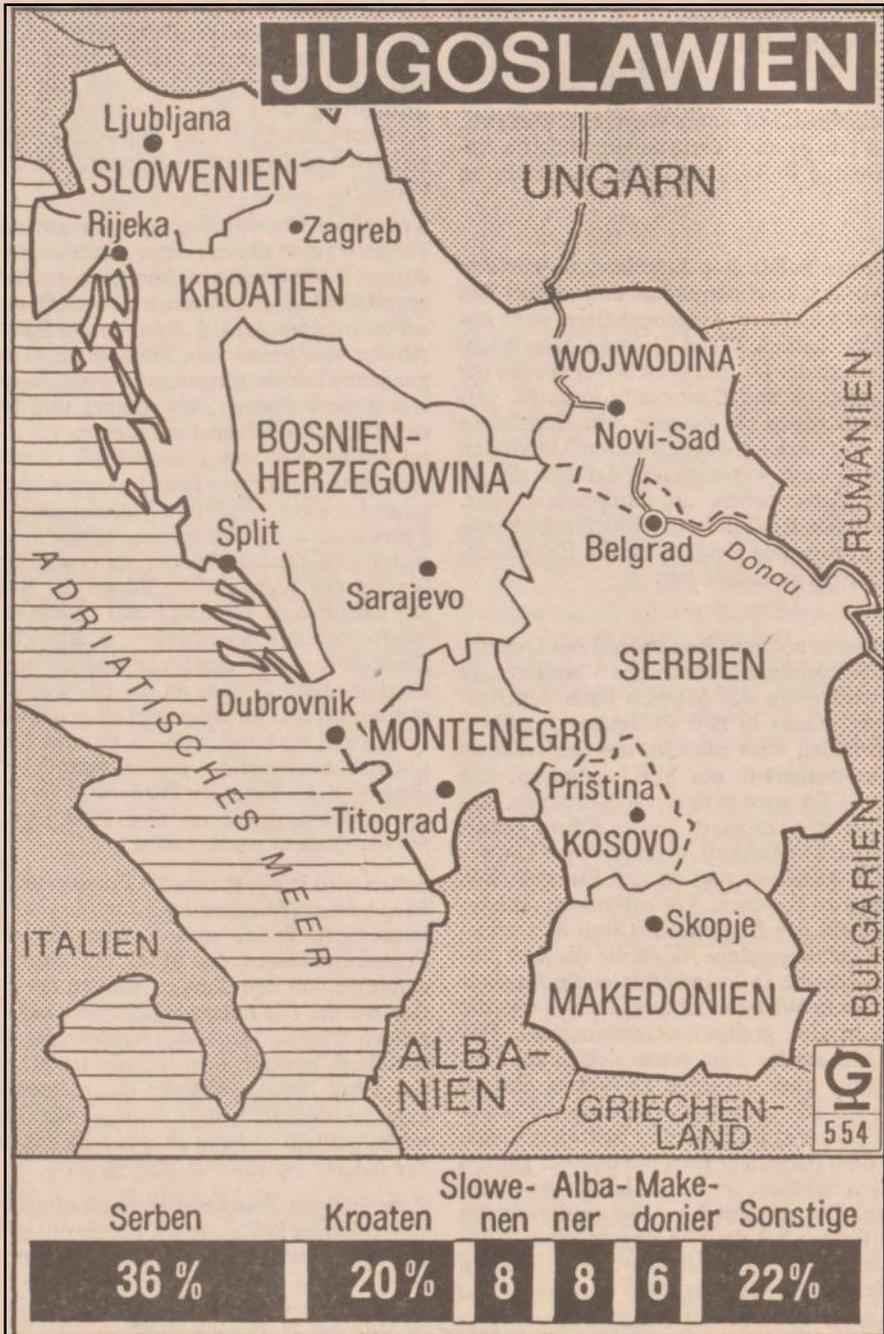
³⁹⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Oktober 1987.

⁴⁰⁾ Danas vom 22. Dezember 1987.

⁴¹⁾ Danas vom 29. Dezember 1987.

geforderte Annäherung an Westeuropa tatsächlich durchzusetzen. Bei diesen Bemühungen dürfte ihnen entgegenkommen, daß die Blockfreienbewegung nicht mehr — wie zu Titos Zeiten — die große

Bühne jugoslawischer Außenpolitik ist. Belgrad muß sich damit abfinden, daß seine Meinung bei den Ländern Asiens und Afrikas längst nicht mehr so gefragt ist wie einst.



Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Jugoslawien

Die Krise in der Ära nach Tito

Mitte der achtziger Jahre betrug das jugoslawische Gesellschaftsprodukt rund 61 Mrd. US-Dollar. Dies sind bei fast 23,2 Mio. Einwohnern ca. 2,6 Tsd. US-Dollar pro Kopf, die Arbeitslosenquote als das Verhältnis der registrierten Arbeitslosen zu den im Inland insgesamt Beschäftigten erreichte 16 Prozent, der entsprechende Anteil der im Ausland beschäftigten Jugoslawen betrug mit 650 Tausend fast 10 Prozent, die Rentabilität der Wirtschaft (Akkumulationsrate als das Verhältnis der Akkumulation zum eingesetzten Kapital) belief sich zwar auf 5 Prozent, reduzierte sich aber nach Abzug aller Verluste und Rückzahlungen auf unter ein Prozent. Die Bedienung der Auslandsschuld beanspruchte über 8 Prozent des Gesellschafts- oder Nationalprodukts bzw. mit 5 bis 6 Mrd. US-Dollar ca. 46 Prozent der Deviseneinnahmen in harter Währung. Diese Liste alarmierender Wirtschaftsdaten¹⁾ wurde auf der 18. Tagung der jugoslawischen Ökonomenvereinigung vom November 1986 zur Wirtschaftslage und zur aktuellen Wirtschaftspolitik von R. Vukčević erstellt und läßt sich noch weiter verlängern. Die jährliche Inflationsrate betrug 1985 75 Prozent und 1987 bereits rund 120 Prozent, die Verschlechterung des Austauschverhältnisses im Außenhandel erreichte fast 4 Prozent jährlich (1983 bis 1985) und die der Reallöhne rund 5 Prozent (1979 bis 1985).

Ein längerfristiger Überblick über eine Reihe von Wirtschaftsindikatoren zeigt, daß seit 1979 die

Jahre raschen Wirtschaftswachstums und lebhaft expandierender Binnennachfrage auslaufen. Mit dem Ableben Titos 1980 und des Chefideologen Kardelj 1981 haben sowohl innenpolitisch verstärkt Unruhen als auch wirtschaftspolitisch Jahre der Stagflation, verbunden mit blockierten und verzögerten Entscheidungen der Bundesregierung eingesetzt. Diese Koinzidenz sollte aber keineswegs nur so gedeutet werden, daß sich die Krise erst durch den Tod Titos und dadurch bedingte „Führungslosigkeit“ ergeben hätte. Vielmehr resultiert die Wirtschaftsmisere aus mangelhaften ökonomischen Anreizstrukturen, die durch das spezifische Wirtschaftssystem der „sozialistischen Verhandlungswirtschaft“ geschaffen worden sind. Dieses System ist aus zahlreichen Teilreformen seit Anfang der siebziger Jahre hervorgegangen.

Im folgenden sollen kurz Merkmale und Auswirkungen dieses Systems dargestellt und ausführlicher auf die Wirtschaftspolitik in der Übergangsperiode zwischen 1980 und 1987 eingegangen werden, mit Schwerpunkten bei der Außenwirtschaft, den Kleinbetrieben, der Landwirtschaft und dem Lebensstandard. Schließlich ist die Frage zu klären, warum sich bisher keine grundlegende Abkehr von der Verhandlungswirtschaft abzeichnet, und es werden Vorschläge zu einer konsequent markt- und außenorientierten Wirtschaft vorgestellt.

I. Merkmale und Folgen der Verhandlungswirtschaft

Die sozialistische, regional-administrativ zersplitterte Vereinbarungswirtschaft basiert auf den Verfassungsänderungen von 1971, der neuen Verfassung von 1974, der Betriebsverfassung von 1976 (das Gesetz über die vereinte Arbeit) sowie auf weiteren Gesetzen zur Wirtschaftsplanung, zur Außen-

wirtschaft, zum Bankensystem, zur Preis- und Einkommenspolitik usw. Besser als das Schlagwort vom „Markt“- oder „Selbstverwaltungssozialismus“ trifft der Begriff Vereinbarungswirtschaft die Hauptmerkmale der Wirtschaft dieses Landes: so gut wie fehlende Arbeits- und Kapitalmärkte und die Zersplitterung der Volkswirtschaft in regionale und lokale Teilmärkte, die politisch und administrativ geprägt sind. Der Zagreber Ökonom Branko Horvat hat sie eine Wirtschaft genannt, die „sich weder am Markt orientiert noch auf eine administrative [Volkswirtschafts-]Planung stützt“²⁾, also einen Hybriden darstellt. Andere Ökonomen haben sie eine unverbindliche Wirtschaftsform genannt, in der die Verträge und Selbstverwaltungsabkommen als Mechanismen des kooperativen In-

¹⁾ Wiedergegeben in: *Ökonomist*, (1986) 4, S. 358. Das Gesellschafts- oder Nationalprodukt entspricht ungefähr dem westlichen Bruttoinlandsprodukt ohne bestimmte Dienstleistungen, hier umgerechnet zu einem historischen Kurs von 185,70 Dinar pro US-Dollar. Verwendet man das westliche Standardkonzept der Sozialproduktsberechnung und einen damaligen Durchschnittskurs von 250 Dinar für 1985, so gelangt man zu einem Nationalprodukt von 48,4 Mrd. US-Dollar oder 2 100 US-Dollar pro Kopf. Die Rückzahlungen von 6 Mrd. US-Dollar führten allerdings in den letzten Jahren (1985–87) nur zu einer Netto-Rückzahlung von über 1,4 Mrd. oder 500 Mio. US-Dollar jährlich, vgl. OECD (Economic Surveys), Yugoslavia, Paris 1987, Statistical Annex und *Ekonomika Politika*, (1987) 1858, S. 20.

²⁾ Interview mit B. Horvat, in: *Danas* vom 13. Oktober 1987, S. 10–13, hier S. 12.

teressenausgleichs für die gesamtwirtschaftliche Koordination zu wenig detailliert und bindend sind und die Beteiligten kaum zur Durchsetzung, noch weniger zu Sanktionen bei Vertragsbruch veranlassen.

Insgesamt richtet sich die Allokation knapper Ressourcen nur zu einem geringen Teil nach Knappheitspreisen, überwiegend aber nach Nicht-Preis-Kriterien. So etwa ist die Zugehörigkeit eines Nachfragers nach knappen Ressourcen zu einer bestimmten Gemeinde oder Republik ein sehr wichtiges Kriterium für die Rationierung oder Zuteilung von Gütern, Krediten, Devisen und damit auch Importen. Daneben werden Fehlentscheidungen der Akteure nicht wirksam sanktioniert. Die Entscheidungskompetenzen der Akteure und deren Verantwortlichkeiten fallen meist weit auseinander, und die Risiken von Fehlinvestitionen lassen sich auf andere Träger, wie zum Beispiel die Banken oder die Gebietskörperschaften, abwälzen. Schließlich bieten gerade die Formen des kooperativen Interessenausgleichs den Beteiligten die Möglichkeit, für bestimmte Ressourcen Mindestpreise zu vereinbaren oder künstliche Angebotsbeschränkungen durchzusetzen. In beiden Fällen setzt der Akteur knappe Ressourcen ein, um sich Sondervorteile zu Lasten der gesamtwirtschaftlichen Effizienz zu verschaffen³⁾.

Zu dieser mehr verteilungs- als effizienzorientierten Anreizstruktur tritt eine „gemäßigte“ Binnenorientierung des Landes im Außenhandel und eine Abschließung der Teilmärkte zwischen den Regionen innerhalb des Landes. Dieser Umstand führt zu schwachen Exportanreizen und ausgeprägter Im-

portorientierung. Der Anteil der Importe am Gesellschaftsprodukt lag zwischen 1970 und 1980 bei durchschnittlich 24 Prozent, die Exportquote betrug dagegen nur 14 Prozent, wobei sich bis heute die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte deutlich verschlechtert hat. Das ökonomische Übergewicht der entwickelten Regionen (Slowenien, Kroatien, Vojvodina und das engere Serbien) schlägt sich auch in deren Anteil am Gesamtexport bzw. Gesamtimport nieder: 1981 — 77,5 Prozent (Import: 75,5 Prozent), 1985 — 77,0 Prozent (Import: 76,0 Prozent)⁴⁾.

Mit dem hohen Grad an Autarkie der regionalen Wirtschaften verbunden ist der verbreitete Aufbau paralleler Kapazitäten vor allem in der Energieverarbeitung, eine geringere „Tiefe“ der Arbeitsteilung und Spezialisierung und eine niedrigere Kapazitätsauslastung als in westlichen Industrieländern: im Zeitraum 1973—79 durchschnittlich 78 Prozent gegenüber 91 Prozent in den westlichen Industrieländern. Dieser Umstand trägt zu erhöhtem Verwaltungsaufwand und höheren Stückkosten bei. Der Anteil der Lagerhaltung am nominalen Gesellschaftsprodukt betrug in den letzten Jahren mehr als 20 Prozent. Ähnlich weitreichende Verzerrungen wie auf den Gütermärkten lassen sich für die Allokation von Geld und Devisen, Kapital und Arbeitskräften feststellen. Die Fixierung der Wechselkurse und der Zinsen trug erst seit 1980 bzw. 1982 der inflationären Entwicklung Rechnung. Die Anpassungen erfolgten aber verzögert oder in größeren Zeitabständen, so daß die Überbewertung des Dinar und die zeitweise stark negativen Realzinsen fortbestehen konnten.

³⁾ Th. Eger, Ökonomische Anreizstrukturen und Wirtschaftskrise in Jugoslawien, in: Osteuropa Wirtschaft, (1987) 3, S. 213—228, hier S. 216 f.

⁴⁾ Angaben nach: Ekonomist, (1986) 4, S. 465 und 471, obige Werte nach den nationalen Statistiken des Statistischen Bundesamtes, Belgrad.

**Tabelle 1: Preise, Beschäftigung und Außenwirtschaft
(durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Prozent)**

	1971—75	1976—80	1981—85	1986	1987
Einzelhandelspreise	20,0	20,2	52,4	88,7	119,5
Nationalprodukt ¹⁾	6,0	5,6	0,8	3,6	0,6
Beschäftigung	4,3	3,6	2,4	3,1	2,5
Arbeitslose (Quote)	9,4	13,5	14,6	16,2	15,8
Warenexport ²⁾	19,9	17,5	4,5	-0,5	3,8
Warenimport ²⁾	24,3	15,6	-3,5	7,0	-4,9
Bruttoauslandsverschuldung in Mrd. US-Dollar ³⁾					
— Stand zum Periodenende	6,6	18,9	20,6	19,2	18,4
— durchschnittl. jährliche Wachstumsrate	22,9	23,5	1,7	-6,8	-9,6

¹⁾ Real, zu Preisen von 1972, nach der jugoslawischen Definition des Nationalprodukts.

²⁾ Nominal nach US-Dollar-Werten.

³⁾ Nach Ausweis der jugoslawischen Nationalbank und der OECD, Yugoslavia, Paris 1987, Table 6. Für 1987 vorläufige Daten.

Quelle: Ekonomika Politika, (1986) 772, S. 30, und nationale Statistiken.

Die beschleunigte Industrialisierung und die Aufholbestrebungen der unterentwickelten Regionen im Südosten erzeugten einen Druck in Richtung auf eine expansive Wirtschaftspolitik. Die durch eine rege, unkoordinierte Investitionstätigkeit und hohe Staatsausgaben angeheizte Binnennachfrage trug zur Inflation, Auslandsverschuldung, kumulativen Preisdiskrepanzen und Strukturverzerrungen bei (vgl. dazu Tab. 1). Diese Schwächen äußerten sich

in einem raschen Anstieg des Kapitalkoeffizienten und in einer zeitweise sogar negativen Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Diese extensive Industrialisierungs- und Beschäftigungspolitik hat im System der „Verhandlungswirtschaft“ den vergesellschafteten Sektor und hierin die Industrie und etablierte Großunternehmen begünstigt und ist auch in der Übergangsphase 1980 bis 1987 nicht grundsätzlich revidiert worden.

II. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftssystem im Übergang

Die Zeit seit 1980 ist durch eine Austerity-Politik globaler Nachfrage- und Ausgabendrosselung geprägt, die von der Zentralregierung, dem Bundesexekutivrat, eingeleitet und durchgesetzt wurde. Diese war darum bemüht, die für eine straffe, einheitliche Wirtschaftspolitik erforderlichen Kompetenzen in stärkerem Maße an sich zu ziehen und das bestehende wirtschaftspolitische Instrumentarium zeitweise sehr rigide administrativ einzusetzen. Einerseits stand die Regierung unter dem Druck einiger Republiken, regionale „Härten“ der Restriktionspolitik durch Sonderregelungen auszugleichen, andererseits mußte sie versuchen, mit den Wirtschaftsplänen, Resolutionen und Programmen zur Stabilitätspolitik den Forderungen der internationalen Kapitalgeber – wenigstens formal – entgegenzukommen. Dies sind vor allem die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF), nationale Regierungen und Privatbanken.

In der gegenwärtigen Übergangsperiode ist es zu keiner grundsätzlichen Abkehr von der wenig erfolgreichen „Verhandlungswirtschaft“ gekommen. Die Veränderungen sind vielmehr punktuell, admini-

nistrativ-interventionistisch, inkonsistent, also wenig dauerhaft und konsequent geblieben. Die Wirtschaftspolitik hat in diesem Zeitraum 1980 bis 1987 kaum zur Strukturanpassung, zum Wirtschaftswachstum oder zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Exporte beitragen können. Vielmehr sind einige Grundschwächen der „Verhandlungswirtschaft“ in der Zwischenzeit verstärkt worden, wie zum Beispiel die Inflationsrate (im November 1987 fast 200 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat), stagnierende Westexporte oder drastische Abwertungen des Dinar (vgl. Tab. 2). Zwar erreichte man mit der Austerity-Politik eine erhebliche Drosselung der Reallöhne und der Anlageinvestitionen, die Nachfragedämpfung mußte aber mit einem spürbaren Verfall des Lebensstandards, mit zunehmender Veraltung des Kapitalstocks, Erlahmen des Technologietransfers und fehlender Arbeitsmotivation erkauft werden.

Daher wird in den Medien zum Teil offen die Frage diskutiert, inwieweit diese „Lasten“ das Ergebnis einer falschen Wirtschaftspolitik und vergangener Fehlentscheidungen sind und ob sie hinreichend gerecht verteilt sind. Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene trugen schon vor der Wirtschaftskrise mehrere Faktoren dazu bei, daß die Bundesregierung in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt wurde. Die Konsenspflicht zwischen den Teilrepubliken in wichtigen Fragen förderte Patt-Situationen, die in der Presse als „Vetokratie“ und Paralyse kritisiert wurden. Sie begünstigte zudem ein Abstimmungsverhalten, das auf die Erhaltung des Status quo hinauslief, unverbindliche Kompromisse erlaubte und verzögerte wirtschaftspolitische Entscheidungen vorprogrammierte. Da sich in den letzten Jahren der Lebensstandard und einige andere Wirtschaftsindikatoren für die Vojvodina und vor allem das engere Serbien relativ zum Landesdurchschnitt verschlechtert haben, könnten sich beide Regionen dazu veranlaßt sehen, eher zusammen mit den unterentwickelten Gebieten zu votieren⁵⁾.

Schließlich gibt es Hinweise darauf, daß wichtige gesellschaftliche Gruppen ein Interesse an der Auf-

Tabelle 2: Entwicklung des offiziellen Devisenkurses (Dinar pro 1 US-Dollar, Mittelkurs, Stand zum Periodenende)

Jahr	Kurs
1979	29,16
1981	41,82
1983	125,67
1985	312,81
1986	457,18
1987.1	451,16
1987.3	507,28
1987.6	657,77
1987.9	872,61
1987.12	1 259,49

Der Kurs gegenüber der DM lag im Dezember 1987 bei 774,72 Dinar und im Januar 1987 bei 251,64 Dinar.

Quelle: UN, Monthly Bulletin of Statistics, September 1987, S. 205 und nationale Statistiken.

⁵⁾ Befürchtungen des „Nordens“, in wichtigen Fragen nicht einmal Stimmgleichheit (4 : 4) zu erzielen, erörtert der Kroatie Dj. Zagorac, I mućak je jaje, in: Danas vom 17. November 1987, S. 12–13.

rechterhaltung des Status quo bzw. dem Fortbestehen der Vereinbarungswirtschaft haben könnten:

- a) Spitzenpolitiker in der Partei und Verwaltung, insbesondere aus den unterentwickelten Gebieten.
- b) die ältere Generation, sofern sie mit dem Entstehen der Vereinbarungswirtschaft ihre Position festigen konnte.
- c) Vertreter der Streitkräfte, verdiente Kriegsveteranen und ähnliche Gruppen.
- d) Gruppen, die sich aufgrund ihrer materiellen Position weitgehend gegen Inflation und Dinar-Abwertung schützen können.

Zur letzten Gruppe sind die Besitzer größerer Immobilien und Devisenguthaben, die Personen mit mehreren Einkommensquellen (mit Neben- oder Zusatzeinkommen) und die „Spitzenverdiener“ zu rechnen. Hierzu zählen die Beschäftigten in den Zweigen: Erdöl und Gas, Schiffbau, Buntmetallverarbeitung, Außenhandel, (teilweise) Transport und Verkehr, Banken, Versicherungen und andere Dienste wie Projektierung, Forschung und Entwicklung, Unternehmensverbände und Gesellschaftspolitische Organisationen. Weit stärker von der Wirtschaftskrise betroffen sind die Bezieher weitgehend „fester“ Einkommen wie Studenten, Jungarbeiter, Rentner, Arbeitslose und auch diejenigen städtischen Arbeiter, die auf eine einzige reguläre Verdienstquelle im vergesellschafteten Sektor angewiesen sind. In diesen Kreisen sind daher Parteiaustritte weit häufiger anzutreffen als bei etablierten Kaufleuten, Rechtsanwälten, Technikern und auch Wissenschaftlern⁶⁾. Die Konflikte zwischen den Teilrepubliken und die Dilemmata der Bundesregierung hemmen die Entwicklung der Wirtschaft, wie für wichtige Teilbereiche im folgenden zu zeigen ist.

1. Außenwirtschaft

Ein Grundmerkmal der jugoslawischen Wirtschaft ist die „gemäßigte“ Binnenorientierung. Nach Angaben der Weltbank⁷⁾ hat sich daran im Zeitraum 1973 bis 1985 gegenüber 1963 bis 1973 nichts geändert, während Länder wie Tunesien, Chile oder die Türkei sich in diesem Zeitraum auf eine mäßige Außenorientierung haben umstellen können. Diese Binnenorientierung bedeutet, daß der Anteil der Exporte am Gesellschaftsprodukt nur mäßig ausfällt (1982: 14,6 Prozent und 1985: 17,1 Prozent), auch wenn man den Dienstleistungsexport berücksichtigt (für die beiden Jahre 20,5 Prozent und

23,4 Prozent). Hierbei ist die Importorientierung durch die bisher meist bestehende Überbewertung des Dinar gefördert worden. Zwar ist nach 1979 der Dinar zeitweise drastisch abgewertet worden (vgl. Tab. 2), die Inflationsraten sind aber weit höher als die der Handelspartner. Bei anhaltender Überbewertung sind umfangreiche Exportsubventionen seitens der Föderation ebenso verbreitet wie Importrestriktionen aufgrund von Sonderabgaben auf Importe, mengenmäßigen Importkontrollen und komplizierter Devisenbewirtschaftung. Im Zeitraum 1981 bis 1985 ist der Warenexport jährlich um 4,5 Prozent gestiegen, und zwar besonders rasch bis 1981, der Import ist dagegen um jährlich 3,5 Prozent zurückgegangen. Dabei wurde die Dynamik der Importe der Entwicklung des Devisenzuflusses angepaßt. Das 1979 noch sehr hohe Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 3,6 Mrd. US-Dollar konnte in einen geringen Überschuß von 350 Mio. 1985 und 200 Mio. US-Dollar 1986 verwandelt werden.

Der weitaus größte Teil der Importe mußte für die Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen und Vorprodukten bereitgestellt werden (1986: 76 Prozent), so daß für Konsumgüter nur ein geringer Anteil von 7 Prozent verblieb. Dies ist nicht zuletzt auf einen hohen spezifischen Energieverbrauch zurückzuführen, der trotz stagnierenden Wirtschaftswachstums weiter angestiegen ist. Diese passive Importorientierung beeinflußt auch die regionale Aufteilung des jugoslawischen Außenhandels. Da sich Exporterfolge nach wie vor am leichtesten im Handel mit einigen COMECON-Ländern erzielen lassen, ist in Jahren außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten eine Konzentration der Exporte auf diese Ländergruppe festzustellen: der Anteil der sozialistischen Länder an den Gesamtexporten nahm bis 1982 ständig auf knapp 53 Prozent zu und hat sich erst in den folgenden Jahren allmählich auf durchschnittlich 41 Prozent verringert. Eine nachhaltigere Exportorientierung in die westlichen Industrieländer erscheint aber für das Land unverzichtbar, zumal es rund 50 Prozent seiner Importe aus diesen Ländern bezieht und der überwiegende Teil des jugoslawischen „Osthandels“ noch bilateral im Clearing abgewickelt wird (vgl. Tab. 3).

Wegen des Umfangs der Energieimporte aus der Sowjetunion seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist die Westorientierung jedoch verzögert worden; das Land bezog 1982 rund 49 Prozent seiner Erdölimporte allein aus der Sowjetunion. Die gesamten Rohölimporte sind von 9,3 Mio. t 1981 auf 10,8 Mio. t 1986 angestiegen⁸⁾.

Bei den Exporten liegt die Sowjetunion mit 20 Prozent weit an der Spitze der Abnehmerländer, es folgen Italien mit 13,5 Prozent und die Bundesrepublik Deutschland mit 12 Prozent (Anteil am Ge-

⁶⁾ Bei einem Durchschnittslohn (persönliches Nettoeinkommen pro Beschäftigten) von über 200 Tsd. Dinar im Oktober 1987 ergab sich zwischen den drei Zweigen mit den jeweils höchsten und den niedrigsten Löhnen eine Spanne von 140 zu 80 (Gliederung der jugoslawischen Lohnstatistik). Zu den Parteiaustritten vgl. Th. Brey, Jugoslawien nach dem XIII. Parteitag: Zwischen Aufbruch und Stagnation, in: Osteuropa, (1987) 6, S. 444–454, hier: S. 445.

⁷⁾ Vgl. S. Rajapatirana, Der Weltentwicklungsbericht 1987, in: Finanzierung und Entwicklung, September 1987, S. 2–5.

⁸⁾ Für 1990 sind 11,7 Mio. t. und für das Jahr 2000 14,3 Mio. t dieser Importe geplant. Der Anteil der importierten Energie am Gesamtaufkommen betrug 1985 37,7 Prozent und soll bis zum Jahr 2000 auf 32,9 Prozent zurückgeführt werden. 1983/84 sind die Erdölimporte aus der Sowjetunion aber drastisch zurückgegangen.

**Tabelle 3: Regionale Struktur der jugoslawischen Exporte und Importe
(Anteile in Prozent)**

Ländergruppe	Jahr	1979	1981	1983	1985	1987 ¹⁾
		Export				
Sozialistische Länder		40,4	49,7	46,7	49,4	35,4
Westliche Industrieländer		44,0	32,0	33,4	35,9	49,7
davon: EG		30,7	23,2	23,8	25,5	...
Entwicklungsländer		15,6	18,3	19,9	14,7	14,9
Gesamt		100	100	100	100	100
Import						
Sozialistische Länder		25,4	31,4	36,9	31,4	31,0
Westliche Industrieländer		60,8	53,3	46,2	47,7	56,1
davon: EG		41,3	35,5	30,4	30,8	...
Entwicklungsländer		13,7	11,6	16,9	20,9	12,9
Gesamt		100	100	100	100	100

¹⁾ Erste acht Monate.

Quelle: OECD (Anm. 1.), Table L und nationale Statistiken.

samtxport Jugoslawiens im 1. Halbjahr 1987). Die fast bis Mitte der achtziger Jahre anhaltende Ausrichtung der Exporte an den Erdöllieferanten — zuerst die OPEC-Staaten, dann mehr und mehr die Sowjetunion — hat die jugoslawischen Exporteure kaum zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Exporte veranlaßt. Zudem sind die Devisenzuflüsse aus dem Tourismus, den Gastarbeiter-Überweisungen und ähnlichen Positionen immer noch beträchtlich. Die Überweisungen sind aber nach 1981 — bedingt durch rechtliche und politische Unsicherheiten — absolut zurückgegangen; ihr Anteil am gesamten Devisenzufluß ist von 28 Prozent 1978 auf 18,6 Prozent 1985 geschrumpft.

Der schwindende Einfluß in der Dritten Welt ist der Preis, den Belgrad für die Rückbesinnung auf Europa zu zahlen hat. Das Gewicht Westeuropas und vor allem der EG dürfte sich damit für die jugoslawische Außenwirtschaft weiterhin verstärken⁹⁾.

Erschwert wird eine einheitliche Exportförderungs-politik dadurch, daß einige Teilrepubliken des Südostens chronische Nettoimporteure sind und die entwickelten Republiken des Nordwestens eher Überschüsse erzielen. Auch die Auslandsverschuldung ist in den siebziger Jahren vorwiegend dazu benutzt worden, die Wirtschaft der unterentwickelten Republiken zu fördern, wie eine regionale Auf-

schlüsselung der IBRD-Darlehen zeigt (vgl. Tab. 4, Spalte 2).

Die mittel- und langfristige Verschuldung Jugoslawiens betrug Ende 1986 17,8 Mrd., die kurzfristige 1,4 Mrd. und die gesamte Bruttoverschuldung 19,2 Mrd. US-Dollar. Letztere ließ sich zwar 1987 um rund 800 Mio. US-Dollar abbauen, macht aber 37 Prozent des Gesellschaftsprodukts aus. Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 9 Prozent waren in den letzten sechs Jahren Annuitäten in Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar jährlich zu leisten. Der Anteil des Schuldendienstes an den gesamten Deviseneinnahmen in harter Währung lag 1986 bei 46,5 Prozent. Insgesamt zählt das Land zu den 15 am höchsten verschuldeten Ländern der Erde. In Liquiditätsengpässe geriet es 1982 und im Sommer letzten Jahres. Es mußte 1983 und 1984 jeweils Umschuldungsprogramme mit einjährigen Umschuldungsvereinbarungen in Anspruch nehmen. Von 1985 bis 1988 wurden „Vereinbarungen über eine mehrjährige Umschuldung“ mit den Gläubigerregierungen und den Geschäftsbanken eingegangen; von dem Gesamtbetrag dieser Umschuldung in Höhe von 8 590 Mio. US-Dollar entfallen in diesem Zeitraum auf die Regierungen 2 440 Mio. und auf die Banken 6 150 Mio. US-Dollar. Der IWF gewährte 1980 bis 1985 vier Kredite verbunden mit „Stand-by arrangements“. Diese beinhalteten nach dem Grundsatz der Konditionalität eine Reihe mehr oder minder direkter Auflagen in der Preis- und Einkommenspolitik, der Außenwirtschafts-, Geld- und Finanzpolitik. Diese bis zum Frühjahr 1986 geltenden Bereitschaftskreditabkommen wurden von weniger restriktiven „erweiterten Abkom-

⁹⁾ Vgl. I. Reuter-Hendrichs, Strukturprobleme der jugoslawischen Außenpolitik, in: Europäische Rundschau, (1987) 2, S. 55–62, hier S. 59.

Tabelle 4: Zur wirtschaftlichen Lage in den Republiken und Autonomen Provinzen

Republiken bzw. Autonome Provinzen	IBRD- Darlehen ¹⁾ 1971–1986, in %	Leistung ²⁾ der Kleinbetriebe 1984		Löhne ³⁾ (Index)	
		in Tsd. Din.	Index	1979	1986
Unterentwickelte	58				
Bosnien/Herzegowina	20	8.4	57	90	98
Mazedonien	14	11.1	75	82	70
Montenegro	12	6.4	43	86	81
Kosovo	12	—	—	79	73
Entwickelte	40				
Kroatien	14	20.1	136	107	108
eng. Serbien	13	12.0 ⁴⁾	81 ⁴⁾	97	93
Slowenien	6	35.0	238	121	143
Vojvodina	7	—	—	95	92
Unverteilt	2				
Gesamt bzw. Landes- durchschnitt	100	14.7	100	100	100

¹⁾ IBRD – International Bank for Reconstruction and Development, Anteile.

²⁾ Erzeugtes Gesellschaftsprodukt der Kleinbetriebe (Kleinwirtschaft) pro Einwohner.

³⁾ Löhne – persönliche Nettoeinkommen pro Beschäftigten.

⁴⁾ Hier einschließlich der beiden Aut. Provinzen Kosovo und Vojvodina.

Quelle: Cooperation with International Financial Organisations, in: Yugoslav Survey, (1986) 4, S. 73, Ekonomska Politika, (1987), 182 1. S. 21 f., B. Sever, Razvoj male privrede uslov za ekonomsku stabilizaciju, in: Ekonomist, (1986) 4, S. 484 ff.

men“ abgelöst, die es der Regierung ermöglichen, formal gesehen eine autonome Wirtschaftspolitik zu führen und die lediglich eine verschärfte Aufsicht durch den IWF mit sich bringen. In den zur Zeit laufenden Verhandlungen mit dem IWF und dem Pariser Club strebt die jugoslawische Regierung an, die Auslandsverschuldung bis 1995 auf dem jetzigen Niveau zu halten und für 1988 bis 1995 einen Aufschub von Tilgungen in Höhe von 10,3 Mrd. US-Dollar durchsetzen zu können¹⁰⁾. Um neue Kredite oder „fresh money“ zu erhalten und die Schuldendienstquote auf das angestrebte Maß von 25 Prozent der Deviseneinnahmen zu senken, wird die Regierung zu den Stand-by arrangements zurückkehren müssen, die Auflagen in der Zins-, Devisen- und Wechselkurspolitik implizieren und ein glaubhaftes Stabilisierungs- und Reformprogramm der Regierung voraussetzen.

Insgesamt gesehen hat die Stabilisierungspolitik in dieser Übergangsphase 1980 bis 1987 eher dazu bei-

getragen, den (Devisen-)Mangel zu verwalten. Die Abführung der Deviseneinnahmen an die Zentralinstanzen zwecks staatlicher Umverteilung in einer Größenordnung von 5 300 Mrd. Dinar oder 6,8 Mrd. DM 1987 schwächt besonders die Exportwirtschaft Sloweniens und Kroatiens, ohne gleichzeitig nachhaltige Exportanreize in den anderen Republiken zu schaffen. Nach wie vor steht die Rivalität zwischen den Teilrepubliken um Devisenzuteilungen, Importrechte, Subventionen seitens der Föderation oder zinsgünstige Entwicklungskredite wirtschaftspolitisch im Vordergrund.

2. Kleinbetriebe und Landwirtschaft

Sowohl für die Kleinbetriebe in den Zweigen Handel, Gaststätten, Tourismus, Handwerk, Transport und Verkehr als auch für die Landwirtschaft bestehen nach wie vor zahlreiche Beschränkungen, und zwar besonders für Private und im Südosten, auf dem Lande stärker als im Nordwesten und in den Metropolen. Private Landwirte dürfen in der Regel nicht mehr als zehn Hektar Boden besitzen und höchstens zwei Nicht-Familienmitglieder als Lohnarbeiter beschäftigen. Als Kleinbetriebe gelten in den genannten Zweigen Betriebe mit bis zu 100 Beschäftigten, die als „Selbständige persönliche Arbeit mit privaten Produktionsmitteln, in Vertragsorganisationen der vereinten Arbeit und als Vereinigung mit Genossenschaften“ organisiert sein kön-

¹⁰⁾ Zur Konditionalität und den Anpassungsprogrammen des IWF vgl. P. Cornelius, Zur Variation der Konditionalität bei IWF-unterstützten Anpassungsprogrammen, in: Schweizer, Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, (1987) 2, S. 175 ff.; U. Rudberg, Ein komplettes Chaos, in: Die Zeit vom 11. Dezember 1987, S. 37; Nin vom 27. Dezember 1987, S. 8–10; H. Conert, Die sozialistische Marktwirtschaft in der Schuldenkrise, in: E. Altvater u. a. (Hrsg.), Die Armut der Nationen, Berlin 1987, S. 182–192.

nen. Rechtliche Rahmenbedingungen für solche Betriebe¹¹⁾ sind erst im Herbst letzten Jahres durch eine „Gesellschaftsvereinbarung“ zwischen den Republiken geschaffen worden, die zu einer stärkeren regionalen Vereinheitlichung beitragen soll.

Obwohl die zahllosen offiziellen Deklarationen die positiven Beschäftigungs-, Export- und Struktureffekte kleiner und landwirtschaftlicher Betriebe hervorheben, treten direkt oder indirekt Behinderungen auf, etwa durch Preisdisparitäten (zu Lasten der Landwirtschaft), Zersplitterung (die Durchschnittsfläche landwirtschaftlicher Besitzungen liegt bei 3,5 Hektar), die Steuer- (zu Lasten privater Kleinbetriebe), Kredit- oder Investitionspolitik (zu Ungunsten von Kleinbetrieben). Daher ist die landwirtschaftliche Produktion im Zeitraum 1955 bis 1985 mit 2,7 Prozent deutlich hinter dem Wachstum der Industrieproduktion mit 8,1 Prozent jährlich zurückgeblieben. Die Landwirtschaft ist mit einer durchschnittlichen Importdeckungsquote von 46 Prozent zwischen 1980 und 1985 als Sektor ein Netto-Importeur, die entsprechende Quote für alle Wirtschaftsbereiche betrug 77 Prozent. Die landwirtschaftliche Arbeitsproduktivität und die Hektarerträge sind trotz guter natürlicher Bedingungen weit geringer als die Griechenlands oder Österreichs¹²⁾. Zunehmender Nebenerwerb und erhebliche Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte haben zu Überalterung, fehlender Nutzung von ca. 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Umwidmung landwirtschaftlicher Böden und zu weniger Investitionen gegenüber den vergesellschafteten Agroindustriebetrieben geführt. Die höhere Produktivität der letzteren ist im Laufe der Zeit vor allem aufgrund besserer Verfügbarkeit finanzieller und technischer Investitionsmittel entstanden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise hat sich allerdings schon seit 1965 im Rahmen der allgemeinen Preissteigerungen bewegt¹³⁾.

Noch ausgeprägter als gegenüber der privaten Landwirtschaft zeigt sich die ambivalente Haltung der Staats- und Parteiführung gegenüber den anderen (privaten) Kleinbetrieben. Für diese sind die Preise und Preisrelationen weniger bedeutsam als für die Landwirtschaft, dafür ist die Belastung der Löhne und Einkommen mit Steuern und anderen Abgaben sehr hoch und kann von Gemeinde zu Gemeinde erheblich differieren. Diese Belastung kann für Privatbetriebe (privatne radnje) ca. 100 Prozent der Löhne der dort abhängig Beschäftigten ausmachen. Die regionalen Unterschiede im Beitrag der Kleinbetriebe zum Gesellschaftspro-

dukt pro Einwohner verdeutlicht die Tab. 4 (Spalte 3 und 4). Nur Kroatien und vor allem Slowenien befinden sich hiernach über dem Landesdurchschnitt von 100.

Insgesamt trugen die Kleinbetriebe 1985 nur zu 5,4 Prozent des Gesellschaftsprodukts und zu 10,8 Prozent der Beschäftigtenzahl bei. Wachstums-, Beschäftigungs- und Exporteffekte der Kleinbetriebe sind erheblich geringer als sie bei der gegebenen Ressourcenausstattung und veränderten ökonomischen Anreizstrukturen sein könnten. So liegt etwa in Finnland, Italien und vielen ostasiatischen Schwellenländern der Beschäftigungsanteil der Kleinbetriebe bei über 50 Prozent. Nach einigen jugoslawischen Schätzungen könnten die registrierten Arbeitslosen weitgehend in diesen Sektor der „Kleinwirtschaft“ aufgenommen werden. Ein Beispiel hierfür bietet Slowenien, das 1986 eine Arbeitslosenquote von 1,8 Prozent und eine steigende Anzahl von Kooperationen mit Genossenschaften und Organisationen des vergesellschafteten Sektors aufwies — alleine 300 Kooperationen neben den zahlreichen anderen Betriebsformen. Dagegen ist 1986 in Serbien die Zahl der Kleinbetriebe auf 578 Einheiten zurückgegangen, die nur 4,2 Prozent der Beschäftigten ausmachten¹⁴⁾.

3. Lebensstandard und regionales Entwicklungsgefälle

Zwischen 1955 und 1985 lag der durchschnittliche jährliche Anstieg der Reallöhne bei 1,8 Prozent, blieb also ähnlich bescheiden wie die Entwicklung der Arbeitsproduktivität (1,9 Prozent). Die im Verlauf der Wirtschaftsreformen erzielten Lohn- und Einkommensverbesserungen mußten schon bald darauf reduziert werden. Besonders schwierig wurde die Lage in den Jahren der Stagflation, als sich bei weiterhin recht hohem Beschäftigungszuwachs eine negative Entwicklung der Arbeitsproduktivität einstellte (1981 bis 1985: 1,6 Prozent jährlich). Die Reallöhne verschlechterten sich dagegen um jahresdurchschnittlich 4,4 Prozent. Dies zog einen Rückgang des privaten Konsums in diesem Zeitraum um jährlich 0,9 Prozent nach sich — eine Entwicklung, die durch die Politik des Krisenmanagements und der Schuldenbewältigung noch verstärkt wurde.

Die Löhne — offiziell persönliche Nettoeinkommen genannt — haben, bedingt durch hohe Inflationsraten, einen astronomischen Betrag erreicht, im September 1987 195 Tsd. Dinar, denen umgerechnet nur 410 DM monatlich entsprechen. Wegen weiterer Abwertung des Dinar ist der Gegenwert zum Jahresende auf unter 320 DM gefallen. Niedrig erscheint auch das Niveau des privaten Konsums pro Kopf, das für 1984 auf 966 US-Dollar veranschlagt wurde und das von den europäischen OECD-Ländern nur noch durch die Türkei mit 759 Dollar unterschritten wurde. Die amtliche ju-

¹¹⁾ 1985 betrug der Anteil der landwirtschaftlichen an der Gesamtbevölkerung 19,2 Prozent und der Anteil des Privatbesitzes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche rund 85 Prozent. Vgl. *Ekonomika Politika*, (1987) 1858, S. 32f.

¹²⁾ Zur Arbeitsproduktivität vgl. *Labour Productivity*, in: *Yugoslav Survey*, (1986) 4, S. 50 ff.

¹³⁾ I. Lončarević, *Prices and Private Agriculture in Yugoslavia*, in: *Soviet Studies*, (1987) 4, S. 628—650; M. L. Boyd, *The Performance of Private and Cooperative Socialist Organization: Postwar Yugoslav Agriculture*, in: *The Review of Economic and Statistics*, May 1987, S. 205—214.

¹⁴⁾ Für die Definition der „Kleinwirtschaft“ ist die Beschäftigtenzahl, nicht die Eigentumsform entscheidend. Vgl. *Ekonomika Politika*, (1987) 1843, S. 15—17.

goslawische Statistik erfaßt allerdings den privaten Konsum nur unvollständig¹⁵⁾, und das Belgrader Marktforschungsinstitut ZIT schätzt den Anteil der Schattenwirtschaft am privaten Konsum auf 28 Prozent. Breite Haushaltsschichten leben zudem unter dem Existenzminimum, wie es in den Vereinbarungen zur Einkommenspolitik laufend festgelegt wird. Nicht nur die steigenden Inflationsraten, sondern auch die Übertragungen aus dem Ausland, Eigenverbrauch der in der Landwirtschaft Beschäftigten, Kapital- und Devisenerträge und die regionalen Unterschiede bestimmen die Einkommenssituation der privaten Haushalte. So hatten 1986 Löhne und andere Bezüge aus dem Arbeitsverhältnis einen Anteil von 54 Prozent, Sozialleistungen und Versicherungen von 14 Prozent, die Einnahmen aus dem Verkauf von Gütern und Diensten einen Anteil von 11,7 Prozent, Zins- und ähnliche Erträge von 7,7 Prozent und die Überweisungen aus dem Ausland zusammen mit den (unbedeutenden) übrigen Einnahmen einen Anteil von 12,6 Prozent an den gesamten Einnahmen der Bevölkerung. In den Jahren der Wirtschaftskrise dürften damit diese Positionen wesentlich dazu beigetragen haben, den privaten Konsum zu stützen, zumal die Einnahmen aus dem privaten Sektor von der amtlichen Statistik nur unvollständig erfaßt werden.

Die Verschiebung der regionalen Lohnunterschiede, die sich mit der Krise nach 1979 ergeben hat, gibt Tabelle 4 wieder. Nur Slowenien, Bosnien-Herzegowina und auch Kroatien haben ihre Position verbessern können, während sich Mazedonien und Kosovo am unteren Ende der Lohnskala befinden. Die Löhne in Slowenien machen unge-

fähr das Doppelte der Löhne in Mazedonien und Kosovo aus. Obwohl in den letzten beiden Jahrzehnten die Auslandsverschuldung vorwiegend den unterentwickelten Gebieten zugute gekommen ist (Tabelle 4, Spalte 2), besteht das regionale Entwicklungsgefälle unvermindert fort: der Anteil der unterentwickelten Gebiete am Nationalprodukt des vergesellschafteten Sektors ist bis 1986 auf 23,5 Prozent zurückgegangen. Die Kapitalproduktivität und Rentabilität liegen hier deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, und das Nationalprodukt pro Kopf lag 1983 für Kosovo bei 28, für Mazedonien bei 65 gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 100. Die Politik einer beschleunigten Entwicklung der weniger entwickelten Republiken und Kosovos zeitigte bis 1984 trotz finanzieller Hilfen, etwa über den regionalen Entwicklungsfonds der Föderation, keine sichtbaren Wirkungen; seit 1984 hat sich das Zurückbleiben noch beschleunigt¹⁶⁾.

Fehlinvestitionen und finanzielle Verluste haben gegen Ende 1986 Mazedonien, Montenegro und Kosovo in einen „öffentlich verkündeten Bankrott“ geführt, so daß 1987 Maßnahmen zur finanziellen Konsolidierung von Wirtschaft und Banken dieser Landesteile seitens der Föderation erforderlich wurden. Die staatlichen Verwaltungseinheiten übernahmen häufig die „Kaderpolitik“ und Unternehmerfunktionen. „In den kleineren Orten haben der Gemeindevorsitzende und der Sekretär des Komitees die Funktionen der Hauptinvestoren.“¹⁷⁾ Beispiele solcher Fehlinvestitionen auch aus anderen Teilrepubliken sind das mazedonische Kombinat Feni in der Aluminiumindustrie, Obrovac, Medijapan und andere.

III. Programme, Vorschläge und Aussichten

Im Rahmen eines Anti-Inflationsprogramms und einer „Ausgangsbasis für ein langfristiges Stabilisierungsprogramm“ (beide vom April 1982) sollten die kurzfristig ausgerichteten, typisch administrativen Maßnahmen zur Ausgaben- und Finanzierungsbeschränkung durch längerfristig wirksame ökonomische Instrumente und Regulative abgelöst werden. Dazu lassen sich die zahlreichen, in Umfang und Intensität häufig wechselnden Preis- und Lohn- bzw. Einkommenskontrollen, Importbeschränkungen und die direkte Drosselung der Endnachfrage und zahlreicher öffentlicher Ausgaben zählen. Diese Maßnahmen haben am bestehenden Wirtschaftssystem der „Vereinbarungswirtschaft“ wenig geändert, zumal die Regierung häufig nur auf Inter-

ventionsgesetze zurückgreifen konnte, die den Charakter befristeter Notverordnungen haben. Die damit eingeleitete stop-and-go-Politik hat seit etwa 1982 zur Verfestigung der Inflationserwartungen, zu wachsenden Preisverzerrungen und erschwerter Kalkulation geführt. Fehlentscheidungen, die sich großenteils aus dem bis 1979 anhaltenden Investitionsboom ergeben hatten, wurden durchgehalten. Konkurse oder einschneidende Reorganisation blieben auf wenige Ausnahmen beschränkt, da auf Sanierungsaktionen, Preisanpassungen und Verwendung verschiedener Geldsubstitute ausgewichen werden konnte. Die im Herbst 1987 geplatzten ungedeckten Wechsel des Agrokombinats „Agrokomerc“ aus Bosnien/Herzegowina in Höhe von ca. 200 Mrd. Dinar verdeutlichen dieses Dilemma der Geldpolitik. Eine scharf restriktive Geld- und Kreditpolitik, wie sie die Nationalbank zeitweise verfolgt hat, verliert unter diesen Rahmenbedingungen weitgehend an Wirksamkeit. Sie muß aufgegeben werden, sobald Illiquidität, Verluste oder Handelskredite ein politisch nicht mehr tolerierbares Ausmaß erreichen. Ähnliches gilt für die Preiskontrollen und die durch sie hervorgerufenen Disparitäten, Verluste, erhöhte Lagerhaltung bzw. Hortung, Verknappungen und anderes.

¹⁵⁾ Dies betrifft private Dienstleistungen und den Naturalverbrauch; zudem sind wegen der Preiskontrollen auch die Inflationsraten nur bedingt aussagefähig. Die um die Bewertungseffekte bereinigte Sparquote der privaten Haushalte ist von 11,7 Prozent 1980 auf 16,2 Prozent 1985 gestiegen. Vgl. OECD (Anm. 1).

¹⁶⁾ Nach Angaben und Daten von T. Dumezić, in: *Ekonomika Politika*, (1987) 1847, S. 12f., vgl. auch: OECD (Anm. 1), (Table 20).

¹⁷⁾ Zur Diskussion des politischen Systems vgl. *Naša tema*, in: *Ekonomika Politika*, (1986) 1769, S. 18f.

Als Reaktion auf die steigenden Inflationsraten müssen verschiedene Größen wie Anlagevermögen, bestimmte Verbindlichkeiten, Zinsen wertberichtigt bzw. indiziert werden. Diese gesetzlichen Vorschriften haben aber den Kostendruck und die Verschuldung der Betriebe weiter verschärft, so daß eine galoppierende Inflation, begleitet von rasch angepaßten Inflationserwartungen, geradezu vorprogrammiert ist. Da auch Löhnen, Gehältern und sogar der jährlichen staatlichen Finanzplanung „offizielle“ Preiserwartungen zugrunde liegen – ein staatliches Konzept der „programmierten Inflationsraten“¹⁾ – wird die Inflation auch durch das Verhalten der Gebietskörperschaften auf den verschiedenen Ebenen angeheizt. Das gegenwärtige Verrechnungssystem verstärkt für die Betriebe die Anreize, möglichst wenig liquide Mittel zu halten, den Wert der Lagerhaltung zu erhöhen, buchhalterische Verluste auszuweisen und Investitionen möglichst fremdzufinanzieren. Die Eigenarten dieses betrieblichen Rechnungswesens und die nach wie vor meist negativen Realzinsen verbessern einseitig die Position der Schuldner. Eine längerfristig angelegte Wirtschaftspolitik, die relativ einheitliche marktgerechte Bewertungen in Form „realer“ Preise, Zinsen, Löhne, Steuer-, Abschreibungsätze und anderer Eckwerte mit dauerhaften Rahmenbedingungen und einer stetigen Politik verbindet, wurde 1982/83 erarbeitet. Das „Langfristige Programm der wirtschaftlichen Stabilisierung“, dessen Schlußteil Anfang Juli 1983 vom Parlament verabschiedet wurde, ist eindeutig marktwirtschaftlich ausgerichtet. Hierauf weist auch die Terminologie der „realen Ökonomie“, des Marktes und des Gesetzes der Warenproduktion hin. Es ist als Flankierung der kurzfristigen Maßnahmen zur Nachfragedrosselung konzipiert.

Allerdings ist es bei der Realisierung dieses Stabilitätsprogramms 1983–1987 nicht nur zur Hinhaltepolitik, sondern auch zu offenen Widerständen gekommen. Auf den Ebenen unterhalb der Föderationsregierung besteht überwiegend geringes Interesse an einem eigenen Beitrag zur Bekämpfung von Inflation und Überschuldung und zur Förderung des Exports. Bereits 1985 mußte von der Regierung Planinc ein zweites Anti-Inflationsprogramm aufgelegt werden. Eine „Kritische Analyse der Funktionsweise des politischen Systems“ aus dem Jahre 1986 schränkte die im langfristigen Stabilisierungsprogramm getroffene Entscheidung zugunsten marktwirtschaftlicher Orientierung wieder ein, indem sie die hierzu notwendigen grundsätzlichen Änderungen des politischen Systems weitgehend ausschloß. Stärker in Richtung des Stabilitätsprogramms weisen die Beschlüsse des 13. Parteikongresses aus dem Jahre 1987 und die jüngsten „Thesen für Veränderungen im Wirtschaftssystem“ von seiten der Bundesregierung.

Die jetzige Bundesregierung unter Mikulić hat seit Mai/Juni 1986 fünf Maßnahmenbündel beschlossen, davon drei noch im selben Jahr. Im Februar/März folgten Beschlüsse zu Preisen und Löhnen und im November 1987 ein „Programm der Maß-

nahmen und Aktivitäten zur Inflationsbekämpfung und zur Stabilisierung der Wirtschaft“. Diese hektischen gesetzgeberischen Aktivitäten der Bundesregierung demonstrieren, daß es ihr an grundlegenden ordnungspolitischen Kompetenzen und wirtschaftspolitischen Instrumenten mangelt und daß ihr ein konsistentes wirtschaftspolitisches Konzept fehlt. Die Republiken und Gemeinden können viele Maßnahmen konterkarieren, solange die bisherige Verfassung und die Betriebsverfassung fortbestehen.

Von 1972 bis Anfang 1987 hat die Zahl der im Staats- und Parteiapparat Beschäftigten um jährlich 7,2 Prozent zugenommen gegenüber dem Wachstum der Gesamtbeschäftigung von 4,2 Prozent¹⁸⁾. Zugleich ist in den letzten Jahren die Belastung der Betriebe mit Steuern und anderen Abgaben deutlich angestiegen. In diesen Entwicklungstendenzen und der nur zögerlichen Senkung des Staatsausgabenanteils am Nationalprodukt spiegelt sich eine steigende Intensität staatlicher Regulierung wider. Die Vielzahl neuer Gesetze und Verordnungen treibt daher auch die Verwaltungskosten der Betriebe in die Höhe. Diese sind in der Vergangenheit schon durch die Aufteilung der früheren Unternehmen in Grundorganisationen und durch den Personal- und Zeitaufwand entstanden, der mit dem komplizierten Aufbau des Selbstverwaltungs- und Delegiertensystems in den siebziger Jahren angefallen ist¹⁹⁾.

Das Maßnahmenpaket vom 12. November 1987 führt eine progressive Steuer auf das Reineinkommen der Betriebe sowie eine Mehrwertsteuer ein und soll die bisher aufgelaufenen Preisverzerrungen beseitigen. Gleichzeitig will sich die Bundesregierung mit diesem Anti-Inflationsprogramm eine Atempause für die in der Diskussion befindlichen Verfassungsänderungen verschaffen. Der Widerstand der entwickelten Gebiete und zunehmende Streikwellen weisen darauf hin, daß auch diesem Programm ein ähnliches Schicksal widerfahren dürfte wie früheren Maßnahmenpaketen, zumal der zeitliche und finanzielle Handlungsspielraum weitgehend aufgezehrt ist.

Da das Anti-Inflationsprogramm also schon bei seiner Verabschiedung sehr umstritten war, haben zwei Zagreber Ökonomen ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt. Nach Ansicht der beiden Verfasser, Marijan Korošić und Slavko Goldstein, müsse die sehr restriktive Wirtschaftspolitik aufgegeben und gleichzeitig die Wirtschaft umfassend und dauerhaft dereguliert werden, wolle man die Fehler der bisherigen Pläne und Programme vermeiden. Die „radikale Wende zur Öffnung der Wirtschaft und

¹⁸⁾ Hierzu zählen auch die Beschäftigten in den selbstverwalteten Interessengemeinschaften und in den gesellschaftspolitischen Organisationen. Vgl. Nin vom 23. November 1986, S. 15–18 und *Ekonomika Politika*, (1986) 1861/62, S. 32.

¹⁹⁾ Zu Tendenzen der Stärkung der Unternehmen (Arbeitsorganisationen), vgl. H.-C. Iversen, *Die Arbeiterselbstverwaltung, Transformation in der Wirtschaftskrise?*, in: A. Heise u. a. (Hrsg.), *Arbeiterselbstverwaltung*, Hamburg 1988.

zur „Marktwirtschaft“ soll durch die folgenden Punkte herbeigeführt werden²⁰⁾:

1. Das jugoslawische Parlament (Skupština SFRJ) beschließt den Übergang zur offenen Wirtschaft und sichert gesetzlich

a) die Gewerbefreiheit, die nur durch allgemeine steuer-, sicherheits-, umweltrechtliche und ähnliche Regelungen eingeschränkt werden darf;

b) die Selbständigkeit der (selbstverwalteten) Wirtschaftssubjekte, indem ein neues „Gesetz über die Unternehmen“ die bestehende Unternehmensverfassung — also das Gesetz über die vereinte Arbeit — ablöst;

c) Pluralismus und Gleichberechtigung der verschiedenen Eigentumsformen, also gesetzliche Gleichbehandlung des genossenschaftlichen, Aktien- und Privateigentums einerseits und staatlichen und gesellschaftlichen Eigentums andererseits;

d) den Abbau der Zölle und die Verringerung der nichttarifären Handelshemmnisse (Importabgaben und die zahlreichen Exportsubventionen) sowie einen Devisenmarkt, durch den der Devisenkurs bestimmt wird;

e) die Abschaffung der umfangreichen Vorschriften und Gesellschaftsvereinbarungen zur Kontrolle der Löhne und der Fonds, wobei die Republiken nur Mindest- und Höchstlöhne (verbunden mit progressiver Besteuerung) festlegen;

f) eine „normale Unternehmensrechnung“ auf der Basis von Erlös, Kosten und Gewinn statt des bisher geltenden Einkommensprinzips;

g) die Beseitigung der Preiskontrollen direkter oder indirekter Art bis auf die von Energie oder öffentlichen Verkehrsmitteln;

h) die Förderung der Privatinitiative durch deutliche Reduzierung der Gemeindesteuern und die Beseitigung unnötiger Restriktionen beim privaten Erwerb von Wohnraum, privaten Beteiligungen an Unternehmen oder bei der Höchstzahl privat Beschäftigter (derzeit zwei Nicht-Familienmitglieder) oder landwirtschaftlichen Bodenbesitzes (derzeit im allgemeinen 10 Hektar) und

i) Förderung von Unternehmensneugründungen, besonders von Arbeitslosen, statt Erhaltung unrentabler Unternehmen durch Kredite anderer Betriebe, der Banken oder des Staates.

2. Die bisherige Arbeit zur Änderung einzelner Verfassungsartikel ist ungenügend und ist in die Hände eines von der Skupština zu ernennenden Rats für Verfassungs- und Systemreformen zu legen. Durch das Verfahren müssen ein Ideenpluralismus, das Gesamtinteresse statt partikularistischer Interessenvertretung und schließlich eine Volksabstimmung über diese Reformen gewährleistet sein.

3. Da die bestehende Rechtsordnung solche weitreichenden Änderungen nicht zuläßt, soll die Skupština ein auf ein bis zwei Jahre befristetes Ausnahmegesetz erlassen, das Voraussetzungen für geheime Abstimmungen im Parlament und eine Regierungsneubildung schafft.

4. Weder dürfen die unterentwickelten Landesteile eine Systemreform bremsen, die die entwickelten Gebiete brauchen, noch dürfen die entwickelten Gebiete ihr Modell den weniger entwickelten Regionen aufzwingen. Die offene Anerkennung dieses regionalen Pluralismus sowie ein freier gemeinsamer Markt und eine freie „Zirkulation von Ideen, Initiativen, Arbeit und Kapital“ sollen die wesentlichen Integrationsfaktoren sein. Diese können nur durch die „klassischen“ Staatsfunktionen eingeschränkt werden, die die Föderationsregierung landeseinheitlich ausübt.

5. Der Fonds für die Entwicklung der unterentwickelten Gebiete und der Autonomen Provinz Kosovo ist abzuschaffen und durch eine zu gründende Entwicklungsbank zu ersetzen, damit die Verwendung der Finanzmittel stärker an einheitliche Wirtschaftlichkeitskriterien gebunden werden kann.

6. Die Unabhängigkeit der Nationalbank (NBK) ist zu stärken. Sie soll eine streng restriktive Geldpolitik verfolgen und sich auf die Notenbankfunktionen beschränken; die Kreditfunktionen sind an die selbständigen Geschäftsbanken und andere Finanzinstitutionen abzutreten.

7. Der öffentliche Konsum durch Bund, Republiken und Gemeinden ist im ersten Jahr real um 10 Prozent zu senken, damit sein Anteil am Nationalprodukt sich um 5 Prozentpunkte verringert und die Ausgaben der Verwaltung, Repräsentation, Verteidigung usw. erheblich eingeschränkt werden.

8. Die „Inflation“ an Rechtsvorschriften entwertet die Rechtsordnung für die Wirtschaft, da Gesetze und Vorschriften einander öfter widersprechen, unmöglich durchzuführen sind und zum Wirtschaften am Rande der Legalität zwingen.

9. Außenpolitisch ist eine stärkere Hinwendung zu den entwickelten Industrieländern, insbesondere zur Europäischen Gemeinschaft, notwendig. Das Land könnte eine Pionier- und Vermittlerrolle zwischen der EG und dem Comecon spielen, zum Beispiel als Mitglied dieser und anderer Zusammenschlüsse.

10. Die Kommunistische Partei (KPJ) muß sich an ihrem Programm von Ljubljana aus dem Jahre 1958 orientieren und Förderer einer pluralistischen sozialistischen Demokratie mit mehreren Programmen werden, d. h. sich von ihrem Machtmonopol lösen.

Mit diesen Thesen werden diejenigen Aufgaben angesprochen, die zur Zeit am dringlichsten sind und von deren Lösung das Land besonders weit entfernt ist. Vor drei bis vier Jahren, so bemerken die beiden Autoren, hätte man mit einer kleineren Reform vieles retten können. Jetzt aber könne bei

²⁰⁾ S. Goldstein/M. Korošić, *Vrijeme radikalnih poteza*, in: *Danas* vom 1. Dezember 1987, S. 10f. und auch *Danas* vom 10. November 1987 mit einem Beitrag von M. Korošić, S. 12f.; zusammengefaßte und verkürzte deutsche Übersetzung.

dieser radikalen Reform auf keinen der 10 Punkte verzichtet werden.

Ein solches Programm wird allerdings auf den unterschiedlichen Widerstand nicht nur der Spitzenpolitiker der weniger entwickelten Republiken stoßen. Denn diese könnten ein solches Programm weit schwerer verwirklichen und müßten zudem auf eine Reihe finanzieller Ansprüche verzichten. Außerdem besteht das Dilemma, das System der Arbeiterselbstverwaltung beizubehalten und gleichzeitig Einrichtungen einführen zu müssen, die die Rechte bestehender Selbstverwaltungskollektive einschränken können, um ausreichende Wirtschaftlichkeit zu sichern. Solche Institutionen sind vor allem der Kapitalmarkt, (konkurrierende) Privatbetriebe oder Konkurse, verbunden mit Entlassungen. Insgesamt werden hiermit die Schwierigkeiten deutlich, die angesichts der vielfältigen Interessenlagen bei der Durchsetzung dieser radikal-marktwirtschaftlichen Reformvorschläge auftreten würden. Die ideologischen Barrieren gegenüber den grundlegenden ökonomischen Freiheiten scheinen im sozialistischen Jugoslawien kaum geringer zu sein als in anderen sozialistischen Ländern Osteuropas.

In dem Zehn-Punkte-Programm sind die wesentlichen Freiheiten deutlich angesprochen, vor allem die Gewerbe-, Niederlassungs- oder Berufsfreiheit – also offene Märkte –, die Vertragsfreiheit sowie differenzierte und motivierende Formen der Eigentumsrechte. Diese Forderungen widersprechen großenteils der gegenwärtigen Verfassung, noch mehr der Unternehmensverfassung sowie den

Grundsätzen der Arbeiterselbstverwaltung und schließlich den Interessen der politischen Führung in den meisten Teilrepubliken. Einerseits bleiben für die Beteiligten die Anreize stark, die Verfassung durch Zusätze (Amendments) und die Unternehmensverfassung durch zahlreiche Ergänzungen und Veränderungen zu modifizieren. Andererseits sind die Möglichkeiten des bisherigen Interessenausgleichs und finanzieller Kompensationen zwischen den Teilrepubliken so gut wie erschöpft. Da die beiden Provinzen Vojvodina und Kosovo um ihren politischen Status fürchten und die Republiken Slowenien und Kroatien mit wirtschaftlichen Nachteilen aus den vorgesehenen Gesetzesänderungen rechnen, ist die Regierung unter Mikulić auf die Zustimmung des Parlaments von Fall zu Fall angewiesen. Der Staatshaushalt und die wirtschaftspolitische Resolution²¹⁾ konnten nicht – wie sonst üblich – zum Jahresende verabschiedet werden, sondern sind auf den Jahresbeginn 1988 verschoben worden. Allerdings kann eine solche Entwicklung den Vorteil erbringen, daß eine von den Slowenen befürchtete „Gleichschaltung der jugoslawischen Wirtschaft“ zum Vorteil der weniger entwickelten Teilrepubliken vermieden und die stärkere Effizienz- und Exportorientierung Sloweniens und Kroatiens stärker zum Zuge kommen können.

21) Zu den Konflikten bei der Verabschiedung der Resolution für 1988, also der Grundsätze der Wirtschaftspolitik der Regierung, vgl. Handelsblatt vom 5. Januar 1988, S. 7 und Nin vom 3. Januar 1988, S. 7f.

Albanien: Bonns neuer Partner in Europas „Wetterecke“

I. Einführung

Spät kamen sie, doch sie kamen — bundesdeutsche Diplomaten nach Albanien: Am 15. September 1987 wurde in der albanischen Hauptstadt eine Vereinbarung über die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Albanien unterzeichnet¹⁾. Knapp fünfzehn Jahre nach der vorletzten wird jetzt die letzte deutsche Botschaft in Osteuropa eröffnet, eben „Diplogerma Tirana“. Warum so spät? Warum wurde Albanien „ausgespart“, als Bonn in den frühen siebziger Jahren mit allen anderen osteuropäischen Ländern ins reine kam?

Von den deutschen Medien wurde das Ereignis praktisch übersehen — eine kurze Meldung in den Nachrichten, wenige Zeilen in der Presse. Albanien scheint den Deutschen mittlerweile völlig fremd und gleichgültig zu sein. Weiß niemand mehr etwas über den Beitrag, den Deutsche jahrhundertlang zur nationalen Selbstbesinnung der Albaner und zur staatlichen Konstituierung ihres Landes geleistet haben?

Wenn in Deutschland — selten einmal — von Albanien die Rede ist, dann meist in einem Kontext, der schaudern macht: Albanien erscheint als Land, das Hunde, Diebe und Religion abschaffte — mit harschesten Mitteln; als starrköpfiges Land, das sich von Peking über Moskau bis Washington mit allen Großen dieser Welt überworfen hat und nun in selbstgewählter Totalisolation dahindämmert;

als Land, wo „Klassenkampf“ gesagt und Blutrache praktiziert wird; als Drahtzieher irredentistischer Regungen, die zum Beispiel den Bestand des benachbarten Jugoslawien bedrohen; als ideologische „Heimat“ wunderlicher „K-Gruppen“ der Bundesrepublik und ähnliches mehr. Was ist Albanien für ein Land, welchen Weg hat es zurückgelegt?

Albanien ist klein, seine Bevölkerung ist gering an Zahl, seine Industrie unterentwickelt, seine Wirtschaftskraft nicht sonderlich hoch. Außenpolitisch scheint Albanien eine zu vernachlässigende Größe zu sein — isoliert von der restlichen Welt und von dieser gewissermaßen übersehen. Ist ein solches Land nicht ein unwichtiger Partner? „Lohnen“ sich diplomatische Beziehungen zu ihm?

Das sind nur einige der Fragen, die sich zu dem Land ergeben, mit dem die Bundesrepublik jetzt diplomatische Beziehungen aufgenommen hat. Der folgende Überblick bemüht sich um Antworten. Wie immer diese auch ausfallen mögen, eins ist sicher: Es gab in Deutschland einmal Zeiten, in denen Albanien erheblich weniger unbekannt, ja fremd als heute war. Diese Zeiten sind noch nicht so lange vorbei. Und wenn die jetzt neugeknüpften Beziehungen dazu verhelfen, daß die Deutschen die Albaner — Nachfahren der balkanischen Ureinwohner — besser kennenlernen und verstehen, dann haben sie schon einen wesentlichen Zweck erfüllt.

II. Albanien's Weg in die Neuzeit

Gut zwei Jahrtausende lang sind die Regionen an der östlichen Adria, die das heutige Albanien bilden, in Europa ein Begriff. Etwa tausend Jahre lang gehörten sie zu Rom bzw. Byzanz. Später wurden sie von Normannen und Venetianern beherrscht, im 14. Jahrhundert dem Reich des serbischen Caren Dušan zugeschlagen und im 15. Jahrhundert von den Türken erobert. Gegen die Türken wehrten sich die Albaner lange und hartnäckig, in den Jahren 1443—1468 erfolgreich geführt von Skanderbeg (Iskender Bey), der dabei den Mythos eines Nationalhelden erlangte²⁾.

Zwei Dinge kamen den Albanern in der Auseinandersetzung mit dem Osmanischen Imperium zu Hilfe. Zum einen verhinderten die gebirgige Oberfläche des Landes und der kriegerische Charakter seiner Bevölkerung, daß Albanien völlig unterworfen wurde; anders als etwa die balkanischen Slaven genossen die Albaner gewisse Freiheiten. Zum zweiten half die Anpassungsfähigkeit der Albaner, speziell derer aus dem Süden, dabei, sich mit den neuen Herren zu arrangieren. Das Gros der Albaner übernahm den Islam, und albanischer Herkunft waren zahlreiche Wesire, Vizekönige von Ägypten, Richter, Offiziere und andere Würdenträger der Hohen Pforte³⁾.

¹⁾ Meldung in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 17. September 1987.

²⁾ Theodor Berkes, Albanien bereit zur Königshochzeit, in: Berliner Tageblatt vom 24. April 1938.

³⁾ Albanien und der Albaner, in: Hamburger Fremdenblatt vom 10. Februar 1944.

Ganz offenkundig haben die Türken die Albaner bis zum letzten Moment nicht verstanden: „Arnautluk“, wie sie die von Albanern bewohnten „vilajets“ nannten, erschien ihnen als Summe profillosen, untereinander verfeindeter Stämme, deren Führer Karriere machen wollten — und das doch nur unter den Türken konnten. Selbst die bereits 1879 entstandene „Albanische Liga“ wurde von den Türken nicht als erstes Anzeichen einer albanisch-nationalen Erweckung erkannt, vielmehr als willkommenes Instrument genutzt, die Beschlüsse des Berliner Kongresses von 1878 (mit denen der Russisch-Türkische Krieg 1877/78 sein offizielles Ende fand) zu unterlaufen. Den Albanern war das zeitweilig durchaus recht: Erst kooperierten sie mit den „Jungtürken“, später konspirierten sie gegen diese. Damals zeigten die Albaner ihr spezifisches „Talent“, Partner nach eigenem Ermessen und zum selbstgewählten Zeitpunkt zu wechseln. 1912 brach der Erste Balkankrieg aus, in welchem die Albaner neutral blieben — um sich insgeheim der Unterstützung Österreich-Ungarns und Italiens zu versichern. Mit dieser Absicherung verkündete am 28. November 1912 Ismail Kemal Flora im südalbanischen Valona (Vlore — s. Karte S. 38) die Unabhängigkeit Albanien; diese wurde bereits am 20. Dezember 1912 von der Londoner Botschafter-Konferenz anerkannt. Dem neuen Land klare Grenzen zuzuweisen, schafften die Botschafter nicht, dafür besorgten sie ihm einen regierenden Fürsten — den deutschen Prinzen Wied, der am 7. März 1914 in Durrazzo (Durrës) eintraf⁴).

Bis dahin hatte Albanien wohl niemand besonders ernst genommen, und in Frankreich witzelte man: „L'Albanie est un pays du vide: les caisses sont vides, le prince s'appelle de Wied, c'est un pays du vide.“ Bevor Albanien seine neuerworbene Souveränität nutzen konnte, war der Erste Weltkrieg da, und Prinz Wilhelm zu Wied verließ am 3. September 1914 Albanien wieder — ohne formell abzudanken. Das bis dahin unbedeutende Fürstentum Albanien wurde nun zu einem Objekt, das die Begierden vieler erregte. Am 25. April 1915 signierten in London England, Frankreich und Rußland einen Geheimvertrag mit Italien, das in den Krieg eintreten sollte und dafür das albanische Valona bekam; Mittelalbanien sollte ein neutraler Staat werden, der Süden unter Serbien, Montenegro und Griechenland aufgeteilt werden. Daraus wurde nichts, weil Albanien bereits von allen Seiten angegriffen und besetzt wurde — im Norden von Serbien, in der Mitte von Italien und im Süden von Griechenland. Später kam noch eine französische Zone hinzu, und nach einer erfolgreichen Balkanoffensive wurde Albanien größtenteils von österreichisch-ungarischen und bulgarischen Truppen besetzt. Jeder Okkupator schuf gewissermaßen „sein“ Albanien: Im Norden ließen die Österreicher die albanische Verwaltung intakt und versprachen die Autonomie, in Argyrokastron (Gjirokaster) riefen die Italiener ein

autonomes Albanien aus, und in Korçe proklamierten die Franzosen eine „Republique autonome de Corizza“.

Das Kriegsende brachte Albanien keine Ruhe. Im Juli 1919 vereinbarten Griechenland und Italien, daß sie sich gegenseitig bei ihren Gebietsansprüchen gegen Albanien unterstützen würden — nur am Einspruch des amerikanischen Präsidenten Wilson scheiterte der Kuhhandel. Den Rest besorgten die Albaner selber: 6 000 schlecht bewaffnete albanische Zivilisten warfen die mehrfach überlegenen italienischen Streitkräfte, die zudem noch Flottenunterstützung hatten, aus Valona hinaus, womit 1920 auch die italienische Präsenz in Albanien endete. Im Norden sorgten albanische Freischärler, die von dem jungen Achmed Zogu umsichtig geführt wurden, durch raschen Zugriff dafür, daß Skutari (Shkoder) bei Albanien verblieb⁵).

Ungelöst blieb indessen das Problem der albanischen Grenzen, die 1913 nicht endgültig abgesteckt worden waren. Jugoslawien und Griechenland erhoben Ansprüche auf albanisches Territorium und unterstrichen dies durch die Präsenz ihrer Armeen, die bis Ende 1921 in Albanien standen. Dabei kam dem Land zustatten, daß es seit dem 13. Dezember 1920 Mitglied des Völkerbunds war und von diesem jede Unterstützung bekam; ständige Proteste, Drohungen und Initiativen des Völkerbunds bewirkten den Abzug der fremden Truppen und verschafften Albanien endlich auch feste Grenzen⁶).

Die äußere Ruhe war zwar hergestellt, aber desto heftiger brachen innere Gegensätze auf. Das war wohl unvermeidlich in einem rückständigen Land, in dem sich noch kein richtiges National- und Staatsbewußtsein hatte entwickeln können. Die rund 800 000 Albaner waren zunächst in die beiden Großstämme der „Gegen“ im Norden (54 Prozent) und der „Tosken“ im Süden (46 Prozent) aufgespalten, wobei jede Gruppe noch eine vielfältige Binnendifferenzierung in weitere Stämme, Dialekte etc. aufwies. Hinzu kamen die religiösen Unterschiede: Die Masse der Albaner (70 Prozent) hing dem Islam an, etwa 10 Prozent waren Katholiken (vorwiegend im Norden um Skutari) und 20 Prozent Orthodoxe (im Süden)⁷.

Gerade 1921 wurde deutlich, daß Stammes- und Glaubensunterschiede erhebliche politische Sprengkraft entfalten konnten. Verschiedentlich tauchten Pläne auf, Albanien in eine „Schweiz“ zu verwandeln, in der die einzelnen Konfessionen autonome „Kantone“ besiedeln würden⁸). Ernster war die irredentistische Gründung der „Republik der Miridi-

⁵) Eugen Oberhummer, Skutari und die albanesische Frage, in: Neue Freie Presse (Wien) vom 11. November 1920.

⁶) Nach Meldungen in: Pester Lloyd (Budapest) vom 9. November 1921; Neue Freie Presse (Wien) vom 15. September 1921; Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin) vom 3. September 1921; Prager Tageblatt vom 18. November 1921.

⁷) Theodor v. Uzorinac, Albanien gestern und heute, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 1. Oktober 1943.

⁸) Bericht in: Pester Lloyd vom 15. Oktober 1921.

⁴) Albanien als selbständiges Staatswesen, in: NZZ vom 16. Mai 1922; R. v. Mach, Politischer Reisebrief aus Albanien, in: Kölnische Zeitung vom 15. April 1928.

ten“, die im Juli 1921 in Nordalbanien ausgerufen wurde. Jugoslawien und Griechenland erkannten sie augenblicklich an, und in Genf bemühte sich die „Republik“ um die Anerkennung durch den Völkerbund. Bevor sie diese erlangen konnte, wurde die „Republik“ von aus Tirana anrückenden Truppen liquidiert⁹⁾.

In die gesamte albanische Politik der Nachkriegszeit spielten auch soziale Gegensätze hinein. In der — im Januar 1920 gewählten — Nationalversammlung gaben zwei Parteien den Ton an. Da war zum einen die konservative „Volkspartei“, die die alten Besitzverhältnisse der Türkenzeit mit ihren Großgrundbesitzern, mohammedanischen Beys u. a. repräsentierte. Ihr gegenüber standen die „Liberalen“, die von Bischof Fan Noli geführt wurden, ehemals Albanien temperamentvoller und geschickter Vertreter beim Völkerbund. Einig waren sich beide Parteien in der Ablehnung einer Rückkehr zur Monarchie, doch wurde das Problem vertagt: Man legte die Exekutive in die Hände eines vierköpfigen „Regentschaftsrats“, der aus zwei Mohammedanern und zwei Christen bestand¹⁰⁾.

1923 sollten die Regentschaftsräte gewechselt werden, was zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen führte. Aus den allgemeinen Wirren ging Achmed Zogu als Sieger hervor, der ein halbdiktatorisches Regime errichtete. Aber die Ruhe kam nicht zurück, und wachsende Finanznöte schürten die allgemeine Unzufriedenheit. Als Ausweg berief Zogu Anfang 1924 eine Verfassungsgebende Versammlung, die ihren Zweck nicht nur nicht erfüllte, sondern das politische Leben dergestalt polarisierte, daß sich quer durch Volkspartei und Liberale eine heimliche Koalition gegen Zogu formierte. Die Ermordung des allseits beliebten Nationalisten Avni Rustem war der Funke im Pulverfaß — im Juni 1924 brach die „Revolution“ aus, die in wenigen Tagen das ganze Land erfaßte und Zogu zur Flucht nach Belgrad zwang.

Neuer starker Mann Albanien war Fan Noli — Bischof der autokephalen Albanischen Orthodoxen Kirche, Shakespeare-Übersetzer, Inspirator einer Organisation albanischer Emigranten in den USA usw. Als Politiker hatte er indessen wenig „Fortüne“: Die groß angekündigte Landreform blieb aus, verzögerte allgemeine Wahlen erschütterten das internationale Vertrauen in Albanien, das keine Finanzhilfen mehr bekam; eine überaus leidenschaftliche Rede Fan Nolis in Genf brachte den ganzen Völkerbund gegen ihn auf, und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland ließ Albanien vollends als Gefahrenherd auf dem Balkan erscheinen. Zwar bemühte sich Fan Noli, die meisten seiner unüberlegten Schritte rasch zu korrigieren — unter anderem wurde der sowjetische Gesandte wieder nach Moskau geschickt —, aber es war zu spät: Aus Jugoslawien kam Achmed Zogu zurück — unterstützt von Truppen und Söldnern

der ehemaligen russischen Wrangel-Armee. Auf dem Weg nach Tirana schlossen sich ihm immer mehr Menschen an, und zu Weihnachten 1924 war die Sache der „Juni-Revolutionäre“ bereits wieder zu Ende¹¹⁾.

Der 24. Dezember wurde fortan in Albanien als Feiertag „Sieg der Gesetzlichkeit“ begangen. Im Januar 1925 rief Zogu überraschend die Republik aus und ließ sich zu ihrem Präsidenten wählen. Die innere Ruhe war wiederhergestellt, und in außenpolitischer Hinsicht konnte Albanien eine wichtige Etappe abschließen: Am 2. August 1926 legte der Pariser Vertrag die Grenzen des Landes endgültig fest.

Von Anfang an war deutlich, daß Zogus Ehrgeiz mit dem Präsidentenamt nicht gestillt sein würde, und am 1. September 1928 ließ er sich als Zogu I. zum „König der Albaner“ krönen¹²⁾. Der Titel enthielt eine Provokation für alle die Balkanstaaten, die albanische Territorien und albanische Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen hatten, also vor allem Jugoslawien und Griechenland. Zogu konnte sich das leisten; zwar war er mit jugoslawischer Hilfe wieder an die Macht gekommen, aber er dachte gar nicht daran, sich dem Nachbarland erkenntlich zu zeigen — hierin absolut einig mit allen Landsleuten, die es nicht verschmerzen konnten, daß das fruchtbare, mehrheitlich von Albanern bewohnte Kosovo zu Jugoslawien gehörte. Zogu sah sich nach neuen Partnern um und betrieb zielstrebig eine Anlehnung an Italien. Diese war zumindest wirtschaftlich seit 1925 vorgegeben; in diesem Jahr gründete eine italienische Finanzgruppe die Albanische Staatsbank und erhielt für fünfzig Jahre das Recht, Banknoten und Münzen in Albanien auszugeben — die albanische Finanzhoheit lag also in Italien. Ebenfalls 1925 entstand in Italien die SVEA (Società per lo sviluppo economico dell'Albania), die Albanien eine Anleihe von 50 Mio. Goldfranken verschaffte¹³⁾. Der wirtschaftlichen folgte die politische Bindung: Am 27. November 1926 wurde eine albanisch-italienischer Freundschafts- und Sicherheitsvertrag geschlossen („Erster Tirana-Vertrag“), dem am 22. November 1927 — als „Antwort“ auf den französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag — ein auf zwanzig Jahre terminiertes Defensivbündnis folgte („Zweiter Tirana-Vertrag“)¹⁴⁾. Die Italiener wußten, warum sie sich in Albanien derart engagierten. Zwar war das Land noch immer arm und rückständig, dabei aber relativ reich an Bodenschätzen, die sich italienische Konzessionäre nun sicherten¹⁵⁾.

¹¹⁾ Die albanische Revolution. in: Bohemia (Prag) vom 13. Juni 1924; Alfred Rappaport. Die Republik Albanien. in: Frankfurter Zeitung vom 8. Februar 1925.

¹²⁾ Alfred Rappaport. Albanien und Achmed Zogu. in: Frankfurter Zeitung vom 3. September 1928.

¹³⁾ Albanien: Das große Fragezeichen auf dem Balkan. in: Wiener Wirtschafts-Woche vom 26. Mai 1937.

¹⁴⁾ Hermann Groß. Albanien, ein Land im Umbruch. in: Erwachendes Europa. (1934) 9. S. 279—286.

¹⁵⁾ Hermann Gross. Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsbeziehungen Albanien. in: Weltwirtschaftliches Archiv. (1933) 2. S. 505—552; Minerale grondstoffen in Albanie. in: Algemeen Handelsblad (Amsterdam) vom 17. Dezember 1940.

⁹⁾ Bericht in: Pester Lloyd vom 27. Juli 1921.

¹⁰⁾ Republik oder Monarchie in Albanien?, in: Berliner Börsen Zeitung vom 28. Dezember 1923.

Zogus diplomatisches Meisterstück bestand darin, daß er sich zwar eng an Italien anlehnte, von diesem auch faktisch zinslose Kredite nahm, dabei aber stets rein nationale Interessen im Auge behielt und sein Land in keinem Fall als gewissermaßen transadriatische Provinz Italiens behandelt sehen wollte. 1931 kam es deswegen zu einer schweren Krise. Der Erste Tirana-Vertrag stand zur Verlängerung an — auf die Rom drängte, die Tirana aber nicht wollte. Die nächste Abfuhr holte Italien sich im Dezember 1932, als es Albanien erfolglos für eine Zollunion zu gewinnen suchte. Anfang 1933 schloß Albanien zudem alle Privatschulen, womit der italienische Kultureinfluß empfindlich geschwächt wurde. Italien reagierte mit wirtschaftlichen und militärischen Pressionen — Flottenmanöver vor Durazzo im Juni 1934 unter anderem —, erreichte damit aber nur, daß Albanien sein traditionell gespanntes Verhältnis zu Jugoslawien und Griechenland nachhaltig und vorteilhaft verbesserte, bei dieser Gelegenheit auch Wege zur Tschechoslowakei und anderen Ländern Osteuropas fand¹⁶⁾.

1935 kam Zogu in innenpolitische Schwierigkeiten: Das Parlament verweigerte ihm die bisherige bedingungslose Gefolgschaft, und unter der Führung von Nur-ed-Din Bey Vlora wagten toskische Adlige einen Aufstand. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse machte Zogu rasch Frieden mit Italien — was für Rom teuer wurde, da es „Nachzahlungen“ seit 1931 zu leisten hatte. Dafür bekam es aber territoriale und strategische Konzessionen und konnte wirtschaftlich in seine alten Rechte eintreten: Die Gesellschaft AIPA (Azienda Italiana Petroli d'Albania) erschloß Ölfelder und baute eine Pipeline nach Valona¹⁷⁾.

In Rom dürfte man sich über die Lage in Albanien klar gewesen sein: Dessen „Durchdringung“ stieß vor allem auf den Widerstand Zogus und seines engsten Kreises — aber derselbe Zogu war auf die italienischen Gelder angewiesen. Auch hatte man nicht die Aufständischen im Süden vergessen, deren Aktion bewies, daß es gewichtige Widerstände gegen den — familiär und politisch dem Norden verbundenen — König gab. Wieviel einfacher konnte Italien in Albanien agieren, wenn es diesen lästigen „König der Albaner“ loswürde?

In den ersten Apriltagen 1939 handelte Italien. Die italienische Presse eröffnete ein ganzes Sündenregister Zogus, das in dem Vorwurf gipfelte, er habe militärische Aktionen gegen das Kosovo geplant — „mit der offenkundigen Absicht, die guten Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien zu stören“¹⁸⁾. Dem neutralen Ausland schien das absurd und nur ein Zeichen für römische Argumentationsnot zu sein¹⁹⁾. Tatsächlich war das nur ein Vorwand, denn am 7. April hatte Rom — nachdem

ihm „vollstes Verständnis Deutschlands“ signalisiert worden war²⁰⁾ — Albanien überfallen und rasch besetzt²¹⁾. Bereits eine Woche später beschloß eine neugebildete Regierung die „Personalunion mit Italien“²²⁾, und als Zeichen dessen übernahm der italienische König Viktor Emanuell III. auch die albanische Krone²³⁾.

Schon im Sommer 1939 war in Albanien äußerlich Ruhe eingekehrt²⁴⁾. 1941 überfielen deutsche, italienische, ungarische und bulgarische Truppen Jugoslawien und zerschlugen es — Slowenien fiel an Deutschland und Italien, Serbien wurde deutsche Besatzungszone, Kroatien und Bosnien bildeten den „Unabhängigen Staat Kroatien“, und Montenegro, Kosovo und West-Mazedonien wurden Albanien zugeschlagen, das damit eine enorme Größe erreichte²⁵⁾.

Wenn jugoslawische Historiker recht haben, dann hat es vielen Albanern durchaus gefallen, daß ihr Land eine gewisse (Schein-)Souveränität genoß und zudem zu einem „Groß-Albanien“ erweitert worden war. Diese Stimmung erschwerte den Widerstand, speziell bei den Kommunisten. Aber auch ohne diesen Umstand wäre es mit ihnen schwer gewesen — Albanien kommunistische Gruppen waren untereinander so zerstritten, daß nicht einmal die Komintern es schaffte, hier für Ordnung zu sorgen. Die erste kommunistische Gruppe war von Ali Kelmendie 1928 in Korca gegründet worden, andere Gruppen entstanden in Skutari und Tirana. Zur Korca-Gruppe stieß 1936 — nach seinem Dienst an der albanischen Botschaft in Brüssel — ein junger Intellektueller, der später vielfach „Talleyrand des Balkankommunismus“ genannt wurde: Enver Hoxha. Zunächst ging aber auch mit ihm die Rivalität der Gruppen weiter, und aus Moskau bekam Tito den Auftrag, endlich die „Kommunistische Partei Albanien“ zu schaffen. Er gab ihn an den Gebietssekretär für das Kosovo, Miladin Popović, weiter, der am 8. November 1941 wirklich den ersehnten Gründungskongreß organisieren konnte.

Bereits im Frühjahr 1941 hatten die Kommunisten kleine Widerstandsgruppen gebildet. Ein machtvoller Konkurrent erwuchs ihnen mit der „Balli Kombetar“ (Nationale Front), die im November 1942 entstand und mit ihrem Programm für ein „freies, demokratisches, ethnisch reines Groß-Albanien“ Wirkung erzielte. Anfänglich betrachteten die Kommunisten diese Organisation als Rivalen, aber am 2. August 1943 vereinbarten sie mit ihr eine

²⁰⁾ Rom schafft Ordnung in Albanien, in: Völkischer Beobachter vom 8. April 1939.

²¹⁾ Vgl. die Proteste Zogus und der albanischen Regierung, in: Le Messenger d'Athènes vom 8. April 1939.

²²⁾ Friede um die Adria, in: Pester Lloyd vom 13. April 1939.

²³⁾ Bericht in: Pester Lloyd vom 16. April 1939.

²⁴⁾ Albanische Größe und Italien, in: Der Neue Tag (Prag) vom 3. Juli 1939; Albania under the Lictor, in: The Times (London) vom 14. Dezember 1939.

²⁵⁾ Il Presidente del Consiglio albanese espone il programma del nuovo Governo, in: Il Popolo d'Italia (Mailand) vom 12. Dezember 1941.

¹⁶⁾ H. Groß (Anm. 14).

¹⁷⁾ Italiens Leistungen in Albanien, in: Frankfurter Zeitung vom 9. April 1939.

¹⁸⁾ Bericht in: Pester Lloyd vom 7. April 1939.

¹⁹⁾ Das Ziel der italienischen Aktion, in: NZZ vom 8. April 1939.

Zusammenarbeit, die in einer „Deklaration der Einheit“ besiegelt wurde; den jugoslawischen Lehrmeistern der albanischen Kommunisten erschien dieses Dokument als faktische „Kapitulation“.

Am 8. September 1943 hatte Italien kapituliert, und als neuer Besatzer Albaniens zogen die Deutschen ein. Sie führten sich recht gut ein. Bereits am 11. September proklamierten Albanien und Montenegro ihre „Unabhängigkeit“²⁶⁾. Am 10. Oktober wurde ein „provisorisches Exekutivkomitee“ gebildet, das umgehend eine „Nationalversammlung“ einberief. Diese wiederholte die Unabhängigkeitserklärung und beschloß einstimmig die Auflösung der „Personalunion“ mit Italien²⁷⁾. Unter deutscher Aufsicht wurde die alte Institution des Regenschaftsrats wiederbelebt, in dem vier Prominente Platz nahmen: Die Leitung lag bei Mehdi Frasheri, der noch im Osmanischen Reich Hoher Kommissar in Ägypten und Gouverneur von Palästina gewesen war. Der ehemalige Minister Fuad Dibra vertrat im Rat die Mohammedaner, der Wissenschaftler Lef Nosi die Orthodoxen und der Franziskanerpater Anton Harapi die Katholiken. Innenminister wurde der energische Djafer Deva, der vorwiegend aus Kosovo-Albanern eine „Gendarmeriegarde“ bildete, die mit den Deutschen eng zusammenarbeitete²⁸⁾. Wie gut die deutsche Taktik anfänglich wirkte, belegt u. a. ein förmliches „Dankschreiben“, das der Regenschaftsrat in den letzten Dezembertagen 1943 an Hitler schickte — bei den Italienern hatten sich die Albaner niemals für irgendetwas bedankt²⁹⁾. Hinzu kam, daß die Propaganda der Partisanen und der Kriegsgegner Deutschlands Albanien als „künstliches“, von Deutschen geschaffenes Gebilde bezeichneten, von dem das Kosovo und andere Teile wieder abgetrennt werden müßten — was viele nationalistische Albaner an die Seite der Deutschen trieb³⁰⁾.

Dennoch verstärkten sich die verschiedenen Partisanenbewegungen. Die geringste Rolle spielten die von Abas Kupa geführten Monarchisten. Erheblich mehr Gewicht hatte „Balli Kombetar“, und auf 20 000 Mann war schließlich der kommunistische Widerstand angewachsen; er war völlig nach dem Vorbild der Tito-Partisanen organisiert: 13 000 Mann waren in zwölf „Brigaden“ zusammengefaßt, 7 000 in „örtlichen Kampfgruppen“³¹⁾. Ihre Kooperation mit „Balli Kombetar“ war bereits wieder beendet, und deren Einheiten beteiligten sich an der deutschen Offensive gegen die Kommunisten, die am 5. November 1943 begann.

²⁶⁾ Meldung in: NZZ vom 13. September 1943.

²⁷⁾ Die Unabhängigkeitserklärung Albaniens, in: NZZ vom 30. Oktober 1943.

²⁸⁾ Nikolaus Benckiser, Albaniens neuer Start, in: Das Reich (Berlin) vom 6. Februar 1944.

²⁹⁾ Deutschland und die kleinen Nationen, in: Neues Wiener Tagblatt vom 30. Dezember 1943.

³⁰⁾ Theodor v. Uzorinac, Albaniens Weg, in: Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin) vom 31. Juli 1944.

³¹⁾ Albanische Partisanen, in: NZZ vom 13. Juni 1944.

Es muß der jugoslawische Einfluß auf die Kommunisten gewesen sein, der beide Gruppen trennte, denn im Grunde waren die Kommunisten auch Nationalisten. Gegenüber dem jugoslawischen Partisanenführer Vukmanović-Tempo erklärte Hoxha zum Beispiel im Juni 1943: „Wir haben niemals die Frage nach einem ‚Groß-Albanien‘ oder einem ‚Klein-Albanien‘ gestellt, und wir stellen sie auch jetzt nicht. Über diese Sache diskutieren wir nicht . . . Es bestand und besteht nur ein Albanien, das . . . zerschnitten, zerstückelt, beschädigt sein kann und dennoch eins bleibt als Nation und als Land, gebildet von Menschen gleichen Bluts, gleicher Sprache, gleicher Kultur, gleicher Geschichte, gleicher Psyche und gleichen Nationalgefühls . . . Wir sind weder für ein ‚großes‘ noch für ein ‚kleines‘ Albanien, sondern wir sind für ein Albanien, das als Land und Nation ein und nur ein Ganzes darstellt.“³²⁾

Und so kam Albanien aus dem Krieg heraus — neben Jugoslawien das einzige Land, das sich aus eigener Kraft befreit hatte, von Politikern geführt, die Partisanenmythos und Nationalgefühl zu einer engen Einheit verschmolzen hatte. Die ersten Nachkriegsjahre standen im Zeichen intensiver Kooperation mit Jugoslawien — Albanien wurde praktisch dessen Kopie. Das konnte es werden, weil Moskau weder Interesse noch irgendwelche Absichten in Albanien hatte. Milovan Djilas, damals noch enger Vertrauter Titos, berichtete von Äußerungen Stalins dieser Art: „Was geht dort unten eigentlich vor? Was für Leute sind die Albaner? . . . Ich hatte gehofft, daß die Albaner wenigstens ein bißchen slawisch wären.“³³⁾

Erst in den späteren vierziger Jahren änderte sich das. Jugoslawien stieß auf albanischen Widerstand, verkörpert vor allem in der Person des Wirtschaftsministers Naku Spiru. Noch aber war der jugoslawische Einfluß so stark, realisiert besonders über den Innenminister Koci Xoxe, daß Spiru in die Isolation geriet und sich das Leben nahm. Damit kam der Stein ins Rollen: Die Sowjets wollten Belgrads Stellung in Albanien einnehmen und erhoben immer lautere Klagen über jugoslawische Aktionen dort. Dennoch machte Stalin Djilas ein zynisches Angebot: „Wir haben kein besonderes Interesse an Albanien. Wir sind damit einverstanden, daß Jugoslawien Albanien schluckt! Ja, ja. Schlucken! Aber wir gehen ja da mit euch einig: ihr sollt Albanien schlucken — je früher, desto besser.“³⁴⁾

Gewiß hätte Stalin das kleine Albanien gern geopfert, hätte er damit Jugoslawien bei der Stange halten können. Aber es kam zum offenen Bruch zwischen Moskau und Belgrad — das rettete Hoxha

³²⁾ Detailliert zur Geschichte der albanischen Partisanenbewegung vgl. die Serie von Miodrag Marović, *Albanci i revolucija* (Die Albaner und die Revolution), in: NIN vom 3. Februar 1985 und vom 24. März 1985.

³³⁾ Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt/M. 1962, S. 104.

³⁴⁾ Ebda., S. 183 ff.

das politische Leben. Die Sowjets gingen nunmehr in Albanien ein und aus, wie es früher die Jugoslawen getan hatten. Was sie da taten, läßt sich nicht mehr genau rekonstruieren: Nach sowjetischen Angaben unterstützten sie das Land in jeder Weise, ließen ihm im Verlauf von elf Jahren Finanzspritzen im Gegenwert von 400 Mio. US-Dollar zukommen; nach albanischen Angaben beuteten sie das Land in der unverschämtesten Art aus³⁵⁾.

Diese albanischen Anklagen stammten aus den frühen sechziger Jahren. Tirana hatte die Aussöhnung zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion mit mißtrauischen Blicken gesehen und planmäßig seine Bindung an Moskau gelockert, wobei es sich geschickt die beginnenden Auseinandersetzungen zwischen Sowjets und Chinesen zunutze machte. Bereits 1960/61 wagte Hoxha den offenen Konflikt mit dem großen Bruder, schloß sowjetische Stützpunkte an der Adriaküste, eskalierte während der sechziger Jahre den Streit (den er auch auf das übrige Osteuropa ausdehnte) und trat nach der sowjetischen Invasion der Tschechoslowakei am 13. September 1968 förmlich aus dem Warschauer Pakt aus³⁶⁾.

Albanien wurde Chinas treuester Allierter in Europa, bei dem man sich nur noch fragte, ob die ideologische oder die wirtschaftliche Abhängigkeit größer war³⁷⁾. Aber nach Maos Tod vollzog Albanien einmal mehr einen überraschenden Schwenk: Die neuen Pragmatiker in Peking sahen sich ab 1977 immer drängenderen ideologischen Mahnungen aus Tirana ausgesetzt, die albanische Kritik wurde immer schärfer — unbekümmert um politische und wirtschaftliche Folgen. Mit einer Note vom 7. Juli 1978 stoppte China jegliche Wirtschafts- und Mili-

tärhilfe und rief seine Experten zurück. Albaniens Isolation schien vollkommen³⁸⁾.

Am 11. April 1985 starb Enver Hoxha. Zu diesem Zeitpunkt war bereits wieder überholt, was in Serbien so ironisiert wurde: „Durch Albanien kommt man allein mit drei trockenen Dingen — trockene Strümpfe, trockenes Gold, trockenes Pulver.“ Das Land war längst dabei, seine Isolation vorsichtig aufzugeben: Jugoslawien war sein wichtigster Außenhandelspartner, über jugoslawische Schienen- und Luftwege fand auch Albanien wieder zu europäischen Verbindungen³⁹⁾.

Nachfolger Hoxhas wurde Ramiz Alija, der die albanische Politik zwar nicht grundsätzlich änderte, sie aber erträglicher machte. In den letzten fünfzehn Jahren seines Lebens hatte Hoxha 43 Bände Memoiren veröffentlicht, in denen er sein Land immer wieder als eine von „Feinden, Spionen, Revisionisten, Imperialisten etc.“ bedrohte Insel der reinen Lehre beschrieb⁴⁰⁾.

Hier scheint es einen Wechsel gegeben zu haben; neueste Albanien-Berichte aus jugoslawischen Medien beschreiben das Land als erfreulich offen: Wenige Probleme und Kontrollen an den Grenzen, zu offener Gesprächsbereite Menschen, liebevoll gebaute Privathäuser, DDR-Mopeds und italienische Motorroller in immer größerer Dichte auf albanischen Straßen. Dabei aber bleibt das Land bemüht, seine Unabhängigkeit zu bewahren — jeder verfügbare Quadratmeter Boden wird landwirtschaftlich genutzt (um eine wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen?), und außenwirtschaftlich ist Tirana geradezu ängstlich bemüht, keine Schulden zu machen⁴¹⁾.

III. Deutsche und Albaner

Selbst in den Zeiten, da Deutschland noch die kulturelle Brücke zwischen Ost- und Westeuropa war, blieb Albanien den Deutschen fremd und unbekannt — obschon es seit Jahrhunderten wechselseitige Bindungen gab. Aus alten Chroniken ist beispielsweise bekannt, daß bei den Truppen Skanderbegs auch eine Abteilung deutscher Landsknechte kämpfte. Deren Wirken wird neuerdings zwar an-

gezweifelt, doch verweisen in Albanien gewisse Familien- („Alamani“) und Ortsnamen („Germani“) auf eine frühe deutsche Präsenz.

Im 17. Jahrhundert bemühten sich deutsche Fürsten und Feldherren, unter letzteren auch Wallenstein, die Albaner zu Aufständen aufzuwiegeln, um dadurch leichter an die Krone von Byzanz zu gelangen. Hundert Jahre lang, von 1638 bis 1737, haben immer wieder deutsche Heerführer mit Albanern zusammengekämpft und dabei große Teile des Landes von Türken und Venezianern zurückerobert⁴²⁾.

Im Ersten Weltkrieg richtete sich vermehrtes deutsches Interesse auf Albanien, und schon 1913 ver-

³⁵⁾ Detailliert Otto Rudolf Ließ/Robert Schwanke, Albanien — Ein Vierteljahrhundert Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/69, S. 29—55.

³⁶⁾ Zur Vorgeschichte vgl. Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer — Erinnerungen, Tirana 1980.

³⁷⁾ Leslie Gardiner, Albanian Survey, in: Contemporary Review, (1969) 1239, S. 188—193.

³⁸⁾ David Carlton/Carlo Schaerf (Hrsg.), South-Eastern Europe after Tito — A Powder-Keg for the 1980s?, New York 1983, S. 190 ff.

³⁹⁾ Zvonko Simić, Veštačke barijere (Künstliche Barrieren), in: NIN (Belgrad) vom 21. April 1985, S. 41—42.

⁴⁰⁾ Arso Milatović, Enverovi razlozi (Envers Gründe), in: NIN (Belgrad) vom 21. April 1985, S. 44—45.

⁴¹⁾ Aleksandar Tijanić, Albanija iz Autobusa — Mi i oni (Albanien aus dem Autobus — Wir und sie), in: NIN (Belgrad) vom 27. September 1987, S. 47—48.

⁴²⁾ Soweit nicht anders ausgewiesen, sind die folgenden Arbeiten: Deutsche Arbeit in Albanien, in: Der Auslandsdeutsche, (1930) 8, S. 252—255; Karl Josef Schukalla, Albanien im deutschen Schrifttum, in: Karl Reddemann u. a. (Hrsg.), Albanien — Beiträge zur Geographie und Geschichte, Berichte aus dem Arbeitsgebiet Entwicklungsforschung am Institut für Geographie Münster, Heft 12, Münster 1986, S. 278—284.

öffentliche Egon Erwin Kisch seine „Eilige Balkanfahrt“, die bis heute als die wohl eindringlichste Albanien-Reportage überhaupt angesehen wird. Zehn Jahre nach dem Krieg — 1927/29 — waren es zwei weitere deutschsprachige Autoren, die publizistisch-belletristische Bücher und Reportagen über Albanien veröffentlichten: der Österreicher Adolf Bernatzik und Joseph Roth.

Zu dieser Zeit konnte man bereits von einer deutsch-albanischen Wechselseitigkeit sprechen. Österreich hatte 1615 das Protektorat über die albanischen Katholiken übernommen und diese Rolle vor allem mit der Gründung von Konfessionsschulen unterstrichen. In diesen Schulen fand Unterricht in albanischer Sprache statt (was von türkischen Behörden anderweitig nicht gestattet wurde) — und in deutscher. Nach Albanien staatlicher Konstituierung stieg laufend die Zahl von Albanern, die nach Absolvierung solcher Schulen nach Deutschland zum Studium kamen, und diese Entwicklung wurde auch durch den Krieg nur kurzfristig unterbrochen.

Nach dem Ersten Weltkrieg bemühte sich Albanien um Entwicklungshilfe. Italien hätte ihm gern alles Notwendige gegeben, aber gegenüber diesem Helfer hegte Tirana begründetes Mißtrauen. blieb also vor allem Deutschland, von dem man sich Hilfe bei drei grundlegenden Aufgaben erhoffte: Förderung der Landwirtschaft, verkehrsmäßige Erschließung

des wegelosen Landes und Erkundungsarbeiten zu Bodenschätzen⁴³). Die Deutschen führten diese Arbeiten erfolgreich durch, wobei sie sich auch gegen internationale Mitbewerber durchsetzten⁴⁴). Ihnen kam dabei zugute, daß sie auf wissenschaftliche Vorarbeiten von Landesleuten zurückgreifen konnten, die das Land jahrelang durchstreift hatten. Oftmals waren sie nach Albanien gerufen worden — etwa jene deutschen Geologen, die Zogu 1921 holte, damit sie Lagerstätten von Erdöl ausfindig machten; meist führte diese Suche nicht nur zu wirtschaftlich verwertbaren Erfolgen, sondern auch zu wissenschaftlichen, zum Beispiel in Gestalt exakter geologischer Karten⁴⁵). In der deutschen Presse der Zwischenkriegszeit wird mehrfach ein geheimnisvoller „Professor N.“ erwähnt, der in dieser Hinsicht geradezu Fabeldinge vollbracht haben muß; hierbei kann es sich nur um Franz Baron Nopcsa gehandelt haben, der zwölf Jahre als Geologe in Albanien verbrachte und sich um die geologische und volkskundliche Bestandsaufnahme des Landes bleibende Verdienste erwarb.

Mit einem Satz: Deutsche waren in Albanien gut eingeführt, und das schlug sich wirtschaftlich nieder — von der Straßenbeleuchtung in Tirana (Siemens-Schuckert) bis zur albanischen Luftfahrt (Deutscher Aero-Lloyd 1925) fanden sich auf Schritt und Tritt die Spuren deutscher Aktivitäten.

IV. Tirana — Ost-Berlin — Bonn

Jeder der beiden deutschen Staaten mußte sich auf seine Weise davon überzeugen, daß Albanien — „das isolierteste, das eigenwilligste, das rückständigste, das totalitärste und zugleich das unabhängigste Land Europas“ ist⁴⁶). Anfänglich schien die DDR dabei in der besseren Position zu sein; am 2. Dezember 1949, acht Wochen nach ihrer Gründung, nahm sie diplomatische Beziehungen zu Albanien auf. Das geschah zunächst auf dem Niveau von Gesandtschaften, die erst in Botschaften umgewandelt wurden, nachdem die albanische Volksversammlung am 18. März 1955 den „Kriegszustand“ mit Deutschland als beendet erklärt hatte.

Zuvor aber waren die Wirtschaftsbeziehungen in Gang gekommen. 1951 schlossen beide Länder ein Kooperationsabkommen, bei dem die DDR einen Kredit von 50 Mio. Rubel einbrachte; diesem Abkommen folgten rasch weitere — 1952 Vertrag über technische Zusammenarbeit, 1953 Kulturabkom-

men, 1957 Abkommen über Zusammenarbeit beim Pflanzenschutz, 1958 Schiffsabkommen und Konsularverträge. Im November 1959 kam Enver Hoxha in die DDR, und dieser Besuch markierte den Höhepunkt der bilateralen Beziehungen.

Bereits ein Jahr später begann die rapide Verschlechterung des Verhältnisses Tirana-Moskau, von der auch Ost-Berlin betroffen war. Unter Bruch der bestehenden Verträge wies es seine Techniker und Entwicklungshelfer an, bis zum 31. August 1961 Albanien zu verlassen. Nachdem die Sowjetunion am 3. Dezember 1961 ihre diplomatischen Beziehungen zu Albanien völlig abgebrochen hatte, schraubte die DDR zwei Wochen später die ihrigen auf ein Mindestmaß zurück — Botschafter wurden zurückgerufen, Botschaften personell stark verkleinert.

Tirana ließ sich davon nicht beeindruckt. Es sah die DDR in der Gewalt einer „Revisionistenclique“, die hinweggefegt werden mußte — im Januar 1962 regneten auf Thüringen Flugblätter der „Partei der Arbeit Albaniens“ herab, die eben dazu aufriefen; abgeworfen hatte sie ein Flugzeug unbekannter Nationalität aus großer Höhe.

Erstaunlicherweise aber hatte das politische Zerwürfnis nur geringen Einfluß auf die Handelsbeziehungen. Der Handel war während der sechziger Jahre weitergegangen, und 1971 wurde erneut ein

⁴³) Deutschland und Albanien, in: Industrie- und Handelszeitung (Berlin) vom 23. März 1922.

⁴⁴) Eine friedliche Eroberung — Erfolge deutscher Kulturarbeit in Albanien, in: Industrie- und Handelszeitung vom 18. März 1925.

⁴⁵) Bernd Huffschild, Auf den Spuren des albanischen Erdöls, in: Deutsche Bergwerkszeitung (Düsseldorf) vom 25. April 1944.

⁴⁶) Dazu und zum folgenden Henning von Löwis of Menar, Liebeswerben um Tirana, in: Deutschland Archiv, (1987) 3, S. 232—237.

langfristiges Abkommen geschlossen. Seit Ende der siebziger Jahre mühte sich die DDR auch, die politischen Beziehungen zu Tirana zu normalisieren. Entsprechende „Winke“ kamen jedes Jahr mehr, und des Todes von Enver Hoxha wurde in den DDR-Medien aufwendig gedacht. Im Sommer 1986 wurde erneut ein Handels- und Zahlungsabkommen geschlossen, bei dem man auch verabredete, „die Beziehungen zwischen der DDR und der SVRA, insbesondere auf ökonomischem Gebiet, im Interesse des Friedens und zum Nutzen beider Seiten kontinuierlich zu entwickeln“.

Auch die Bundesrepublik hatte ihre Probleme mit den eigenwilligen „Adlersöhnen“. Daß man zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit sei, signalisierte die Regierung Brandt-Scheel bereits 1969. Kühl replizierte der albanische Außenminister Nase, Bonn möge zuvor erst einmal „verschiedene Milliarden US-Dollar Reparationen“ zahlen. Im September 1973 wurde die Mahnung wiederholt, nachdem beide deutschen Staaten in die UNO aufgenommen worden waren. Wieviel Geld Tirana genau verlangte, teilte es im Juli 1975 der deutschen Botschaft in Belgrad mit: „zwei Milliarden US-Dollar nebst Zinsen zum Dollarwert von 1938“⁴⁷⁾.

In Bonn war man verblüfft — hatte doch selbst die Sowjetunion sich mit Reparationen von rund 13 Mrd. US-Dollar zufriedengegeben. Immerhin rechnete man die albanischen Forderungen nach und kam auf höchstens 440 Mio. US-Dollar — die Albanien gemäß den Bestimmungen des Pariser Reparationsabkommens (1946) und des Londoner Schuldenabkommens (1953) frühestens nach einem Friedensvertrag mit Deutschland bekommen könnte⁴⁸⁾.

Bis 1980 wurde dieses kaufmännische Historisieren fortgeführt: Albanische Historiker warteten mit immer neuen Schadensberechnungen auf — deutsche Politologen gaben Tirana Nachhilfeunterricht in Währungsparitäten und Goldstandards; auch fehlte nicht der Hinweis darauf, daß Albanien bei Kriegsende deutsche Vermögen im Gegenwert von einer Mrd. Reichsmark entschädigungslos übernommen habe⁴⁹⁾.

Immerhin fehlte es aber auch nicht an Hinweisen, daß Tirana das Tischtuch zu Bonn nicht völlig zerschnitten hatte. Die Bundesrepublik wurde nach Italien zweitgrößter Handelspartner Albanien, und 1977 tauchten albanische Verlagshäuser erstmals auf der Frankfurter Buchmesse auf. Auch die Reparationsforderungen waren wohl nicht mehr ernst gemeint — nachdem sie immer häufiger in

Mark (statt in US-Dollar) beziffert wurden. Klärung brachte erst der 8. Parteitag der PAA im November 1981, als Hoxha erklärte, „er sehe keine unüberwindlichen Hindernisse zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn“. Damit war die alte Milliardenforderung offenkundig vom Tisch geräumt⁵⁰⁾.

Dennoch tat sich zunächst gar nichts, und deutsch-albanische Kontakte, die über die albanische Botschaft in Wien angeknüpft wurden, führten nicht einmal zu Vorverhandlungen. Ende 1982 mahnte Albanien die Bundesrepublik geradezu, aktiver zu werden: „Der Ministerrat hat seine Einstellung zur Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland bekanntgegeben. Zwischen den beiden Ländern besteht bereits ein zufriedenstellender Handelsaustausch auf der Grundlage des beiderseitigen Nutzens. Wir glauben, daß die alten Streitfragen, die es zwischen unseren Ländern gibt, mit gutem Willen gelöst werden können. Jetzt liegt es an der westdeutschen Seite, konkrete und konstruktive Schritte zu unternehmen, nachdem wir zur Herstellung diplomatischer Beziehungen Stellung bezogen haben.“⁵¹⁾

Aus der Bundesrepublik kam der bayerische Ministerpräsident Strauß 1984 und 1986 zu „Privatbesuchen“ nach Albanien, die jedoch in der albanischen Presse als hochpolitische Ereignisse behandelt wurden und es wohl auch waren⁵²⁾. Deutsche Firmen folgten, die erfolgreich Kontrakte mit Albanien schlossen. Im Juni 1987 verlautete schließlich aus Bonn, die Aufnahme der Beziehungen sei „in Sicht“⁵³⁾. Als es schließlich so weit war, wurde das Ereignis in der albanischen Presse unüberschaubar herausgestellt⁵⁴⁾.

Mit seinen drei Millionen Einwohnern ist Albanien ein kleines Land. Der deutsche Handelsumsatz mit ihm ist gering und zeigte zudem in den letzten Jahren rückläufige Tendenz. Ist Albanien, zu dem Bonn jetzt diplomatische Beziehungen aufgenommen hat, ein unwichtiger Partner? Bereits im Februar 1982 hat ein deutscher Journalist und Balkankenner diese Frage in sehr eindeutiger Weise beantwortet: „Bonn kann durch albanische Exporte sicherlich keinen großen Vorteil erwerben. Politisch aber ist der sich in Albanien seit dem Abzug der Chinesen bildende Spielraum keineswegs ausgenutzt worden. Die gesellschaftliche Ordnung Albanien entspricht sicher nicht westlichen Vorstellungen. Diese Ordnung unterscheidet sich aber auch

⁵⁰⁾ Wolfgang Libal, Albanien streckt Fühler zur Bundesrepublik aus, in: Die Welt vom 26. Mai 1982; Kontakte Bonn-Tirana, in: NZZ vom 31. Juli 1982.

⁵¹⁾ Dieser Text wurde von der albanischen ATA am 23. November 1982 in französischer Sprache verbreitet.

⁵²⁾ Louis Zanga, The Establishment of Diplomatic Relations between the FRG and Albania, in: RFE Research — RAD Background Report 165 (Albania) vom 18. September 1987.

⁵³⁾ Wolf Oschlies, Stolz und ganz allein — Bonn nimmt Beziehungen zu Albanien auf, in: Rheinischer Merkur — Christ und Welt vom 19. Juni 1987.

⁵⁴⁾ Vgl. Zeri i Popullit vom 16. September 1987.

⁴⁷⁾ Heinz-Günther Börner, Enver Hoxhas Milliarden-Poker mit Bonn, in: Deutschland Archiv, (1975) 9, S. 903—905.

⁴⁸⁾ Wolf Oschlies, Wachsendes Interesse Albanien am Westen, in: Der gemeinsame Weg, (1983) 31, S. 18—20.

⁴⁹⁾ Bernhard Tönnies, Tiranas Reparationsforderungen an Bonn, in: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, (1980) 6—7, S. 169—170; Louis Zanga, Tirana Renews Demands for Reparations from West Germany, in: RFE-Research — RAD Background Report 238 (Albania) vom 7. Oktober 1980.

nicht so sehr von der anderer sozialistischer Länder, mit denen Bonn gute Kontakte aufrecht erhält. In seiner Politik, den Status quo auf dem Balkan möglichst zu erhalten und damit Moskaus Einfluß zu begrenzen, setzt Bonn in erster Linie auf Jugoslawien. Aber es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß ein von Moskau unabhängiges Albanien

zur Stabilität auf dem Balkan ebenso beiträgt wie das blockfreie Jugoslawien. Es wäre ein schwerer politischer Fehler, diese Tatsache auf Dauer zu übersehen.“⁵⁵⁾

⁵⁵⁾ Heiko Flottau, Albanien Werben wird von Bonn nicht ernst genommen, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Februar 1982.

Albanische Chronik*)

11. Jahrhundert:	Albaner erstmals urkundlich erwähnt
1041–1042	Aufstand der Albaner gegen Byzanz
1081–1185	Normannen in Albanien
1204–1214	Unabhängiges Fürstentum „Albanon“
1304	Proklamation des Regnum Albaniae um Durres
1343–1347	Albanien wird Teil des Großserbischen Reichs unter Dušan
1392	Venedig besetzt Durres
1393	Osmanen besetzen Skutari
1405–1468	Geogr Kastrioti Skanderbeg
1478/79	Osmanen erobern endgültig Albanien
1847	Aufstand in Südalbanien
1876/77	Aufstand in Nordalbanien
1878 (10. 6.)	Gründung der albanischen „Liga von Prizren“
1881 (21. 4.)	Schlacht bei Štimle, in der die Truppen der Albanischen Liga von den Türken geschlagen werden
1887 (7. 3.)	Eröffnung der ersten albanischen Schule (Korça)
1908 (24. 2.)	Fan Noli (1882–1965) gründet in den USA die Albanische Othodoxe Kirche
1908 (16. 10.)	Enver Hoxha in Gjirokastra geboren
1912 (8. 10.–30. 5.)	I. Balkankrieg
1912 (28. 11.)	Nationalrat von Valona ruft Unabhängigkeit Albaniens aus
1912 (17. 12.)	Londoner Botschaftskonferenz erkennt Unabhängigkeit Albaniens an, zunächst unter Oberhoheit des Sultans
1913 (Dez.)	Großmächte garantieren albanische Unabhängigkeit
1913 (17. 12.)	„Protokoll von Florenz“ legt Grenzen Albaniens fest
1914 (7. 3.–3. 9.)	Prinz Wilhelm zu Wied in Albanien
1914 (28. 7.)	Beginn des I. Weltkriegs
1915 (Juni)	Serbisch-Montenegrinische Truppen dringen in Albanien ein
1918 (11. 11.)	Ende des I. Weltkriegs
1920 (21. 1.)	Kongreß von Lushnja, Bildung einer Regierung
1924 (16. 6.)	Fan Noli übernimmt Regierung
1924 (24. 12.)	Rückkehr Achmed Zogus nach Tirana
1925 (21. 1.)	Ausrufung der Republik
1928 (1. 9.)	Krönung Zogus zum „König der Albaner“
1932	Beginn von Spannungen mit Italien
1934 (17. 9.)	Albanien nimmt diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf
1939 (7. 4.)	Italien besetzt Albanien
1941 (Aug.)	Bildung „Groß-Albaniens“ durch Anschluß des Kosovo
1941 (8. 11.)	Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens
1942 (Nov.)	Gründung des „Balli Kombetar“
1943 (März)	Hoxha Generalsekretär der KPA
1944 (Nov.)	Befreiung Tiranas, Rückzug deutscher Truppen aus Skutari
1945 (Jan.)	Jugoslawien erkennt albanische Regierung unter Hoxha an, Aufnahme diplomatischer Beziehungen
1945 (28. 8.)	Agrarreform, Enteignung des Großgrundbesitzes

1945 (10. 11.)	Die Großmächte erkennen die albanische Regierung an
1946 (14. 3.)	Proklamierung der Volksrepublik Albanien (VRA)
1946 (14. 3.)	Proklamierung der neuen Verfassung
1947 (Jan.)	Jugoslawien bemüht sich verstärkt um Integration Albaniens in die jugoslawische Föderation
1948 (Juni)	Bruch Moskau—Belgrad
1948 (Nov.)	KPA in „Partei der Arbeit Albaniens“ umbenannt
1949 (Mai/Juni)	„Titoist“ Xoxe vor Gericht, Hinrichtung
1951/55	1. Fünfjahresplan
1953/54	Hoxha verzichtet nach dem Beispiel der „kollektiven Führung“ Chrusčevs auf seine Regierungsämter
1954	Moskau verweigert Albanien Industrie und empfiehlt Spezialisierung auf Zitrusfrüchte
1955 (Mai)	Albanien tritt dem Warschauer Pakt bei
1955 (14. 12.)	Albanien UNO-Mitglied
1957	erste Konflikte mit Moskau um Entstalinisierung und Annäherung an Jugoslawien
1960 (Juni)	Albanien verteidigt China auf dem Bukarester Parteitreffen
1960 (Nov.)	Moskau stoppt Kredite und Wirtschaftshilfen für Albanien
1961 (Dez.)	Moskau bricht Beziehungen zu Albanien ab
1962—1967	Albanien im Konflikt mit den osteuropäischen Staaten, schwere wirtschaftliche Probleme, Umorientierung auf China
1967 (Sept.)	Albanien proklamiert sich als „erster atheistischer Staat der Welt“
1968 (13. 9.)	Albanien tritt aus dem Warschauer Pakt aus
1970 (Okt.)	Albanien ist vollständig elektrifiziert
1971 (Mai)	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Griechenland
1973/75	„Zerschlagung konterrevolutionärer Gruppen in Partei und Führung“
1974 (Juli)	Amtsenthörung, Prozeß und Hinrichtung von Verteidigungsminister Bequir Baluku
1975	China halbiert Wirtschaftshilfen, schwere Wirtschaftssorgen in Albanien
1976 (28. 12.)	Neue Verfassung proklamiert „Sozialistische Volksrepublik Albanien“
1977 (7. 7.)	Veröffentlichung der ersten offenen Polemik mit China
1977	Bruch mit China
1981 (März/Apr.)	Unruhen im jugoslawischen Kosovo
1982 (17. 12.)	Liquidierung von Ministerpräsident Mehmed Shehu
1983 (Okt.)	Liquidierung des Shehu-„Clans“
1985 (11. 1.)	Einweihung der Bahnlinie Skutari—jugoslawische Grenze
1985 (12. 1.)	Eröffnung des seit 1945 ersten Grenzübergangs zu Griechenland
1985 (11. 4.)	Enver Hoxha stirbt
1985 (13. 4.)	Staatspräsident Ramiz Alia (*1925 Skutari) zum neuen PAA-Chef gewählt
1985 (26. 11.)	Eröffnung der Bahnstrecke Skutari—Titograd, Albanien an europäisches Streckennetz angeschlossen
1987 (15. 9.)	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik

*) nach Karl-Josef Schukalla. Zeittafel zur Geschichte Albaniens. in: Karl Reddemann u. a. (Hrsg.). Albanien – Beiträge zur Geographie und Geschichte. Berichte aus dem Arbeitsgebiet Entwicklungsforschung am Institut für Geographie Münster, Münster 1986. S. 285–293.

Innenpolitische Aspekte der albanischen Sicherheitspolitik

Die Volksrepublik Albanien ist nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland in höherem Maße Gegenstand öffentlichen Interesses geworden, wobei naturgemäß Fragen nach den Möglichkeiten wirtschaftlicher Kooperation im Vordergrund stehen: Albanien ist als Produzent einiger wichtiger Rohstoffe, vor allem einiger „strategischer“ Mineralien, von potentieller Bedeutung, wenn auch die hier bestehenden Möglichkeiten sowohl hinsichtlich ihres quantitativen Umfangs als auch bezüglich des für eine sinnvolle Realisierung wirtschaftlicher Kooperation erforderlichen Zeitraumes oft überschätzt werden.

Demgegenüber wird die politische, insbesondere regionalpolitische Bedeutung, die Albanien mittelfristig zuwachsen könnte, seltener thematisiert. So gut wie überhaupt nicht werden die sicherheitspolitischen Konzeptionen, auf denen das Außenverhal-

ten der Volksrepublik Albanien beruht, diskutiert. Das mag seinen Grund einmal darin haben, daß das sicherheitspolitische Denken der albanischen Führung Reflex komplizierter sozialer, wirtschaftlicher und sogar kulturgeschichtlich-ethnischer Sachverhalte ist, die lange Zeit nur von einem sehr kleinen Kreis von Spezialisten berücksichtigt worden sind. Zum anderen erschwerten die ungünstige Quellenlage, das Fehlen zuverlässiger Daten und die starke Introversität der albanischen Führung eine seriöse Hypothesenbildung.

Aus diesen Gründen können die nachfolgenden Gedankengänge nur Erklärungsangebote sein, die, ohne über strenge „Beweis“-Kraft zu verfügen, die möglicherweise in Zukunft verstärkt einsetzende politikwissenschaftliche Diskussion hier und da mit Richtungsweisern versehen können.

I. Die innenpolitische Dimension der Sicherheitspolitik

Die albanische Sicherheitspolitik¹⁾ ist in höherem Maß als Reflex auf innere Legitimationsprobleme zu verstehen denn als Konsequenz der Perzeption äußerer Bedrohung. Am 28. November 1944 zog die „demokratische Regierung“, das oberste Exekutivorgan der kommunistisch dominierten „Nationalen Befreiungsbewegung“ (Lëvizja Nacional-Çlirimtare), in Tirana ein. Vorausgegangen waren Jahre des Guerillakampfes, erst gegen italienische und deutsche Truppen, vor allem aber gegen konkurrierende nicht-marxistische Widerstandsgruppierungen²⁾. Die Gründe dafür, warum sich die Partisanen der Kommunistischen Partei Albanien (KPA)³⁾ letztlich in diesen Auseinandersetzungen durchsetzen konnten, waren neben einer konse-

quenteren militärischen Strategie, klareren Zielvorstellungen, besserer Organisation und Disziplin vor allem die Unterstützungen, die die kommunistischen Partisanen nicht etwa von der Sowjetunion, sondern von den westlichen Alliierten, vor allem den Engländern, erhielten. Man sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß die Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zwischen Albanien und der Sowjetunion erst 1953, also fünf Jahre nach dem Kominformstreit, erfolgte. Stellt man die Frage, warum ausgerechnet die Partisanen der KPA westliche Hilfe erhielten, so stößt man auf die lapidare Aussage ehemaliger westlicher Verbindungsoffiziere, die berichten, daß die Kommunisten die Deutschen wesentlich nachdrücklicher bekämpften als andere Gruppierungen und deshalb mehr Hilfe erhielten. Sucht man nach Hypothesen, warum das so war, so bietet sich folgende Erklärung an:

Neben den kommunistischen Partisanen sind nur noch zwei Gruppierungen für die Geschichte des Widerstandes gegen die Besetzung während des Zweiten Weltkrieges von Bedeutung: der im Süden, in der Region Vlora entstandene „Balli Kombëtar“ (Nationale Front) und der vorwiegend im Norden operierende „Legaliteti“. Die erste Organisation war eine mehr politische, weniger militärisch ausgerichtete, sehr lockere Verbindung vor allem südalbanischer Honoratioren. Militärisch erster zu nehmen war neben den kommunistischen Partisanen aber nur der „Legaliteti“, der seine Basis vor

¹⁾ „Sicherheitspolitik“ wird hier verstanden als die Summe der staatlichen Politik, die die Reduzierung der Wahrscheinlichkeit von äußerer Beeinträchtigung staatlicher Handlungssouveränität zum Ziel hat. Für Albanien gilt noch besonders, daß in dem Maß, in dem innere Sachverhalte einem potentiellen Einflußversuch besondere Ansatzpunkte liefern. „Sicherheitspolitik“ auch innenpolitische Maßnahmen zur Beilegung entsprechender Ansätze einschließen muß.

²⁾ Bis 1943 gehörten — jedenfalls pro forma — alle wesentlichen Widerstandsgruppen einer schon genannten, im September 1942 gegründeten „Nationalen Befreiungsbewegung“ an, die sich auf ihrer Zweiten Konferenz (4. bis 8. September 1943) faktisch wieder auflöste bzw. zu einer ausschließlich von der KP dominierten Institution wurde.

³⁾ Die „Kommunistische Partei Albanien“ wurde nach dem Kominformstreit 1948 in „Partei der Arbeit Albanien“ (Partia Punës së Shqipërisë) umbenannt.

allem bei den mittel- und nordalbanischen gegischen Stämmen hatte. Diese Stämme hatten sich jahrhundertlang, das heißt auch während der Zeit der osmanischen Herrschaft, einer faktischen Autonomie erfreut, die auch von der deutschen Wehrmacht klugerweise meist nicht angetastet wurde. Es gab allerdings vereinzelt Übergriffe des SD, die dann jeweils zu gefährlichen Spannungen führten. Die gegischen Stämme, deren Siedlungsgebiet etwa bis zum Fluß Shkumbi reicht, hatten mehrheitlich mit den Deutschen eine Art Friedensvertrag oder Burgfrieden, nach ihrem Wohnheitsrecht „Besä“ genannt, abgeschlossen. Damit aber war auch der Erwerb einer Art Gastfreundschaft verbunden, die nicht nur die militärische Bekämpfung ausschloß, sondern sogar gewisse Schutzpflichten implizierte. Es hatte also etwas mit der Verfaßtheit der gegischen Stammesgesellschaft und ihres Wohnheitsrechtes zu tun, daß die Aktionsmöglichkeiten des „Legaliteti“ auf nur punktuelle Reaktionen nach punktuellen Übergriffen beschränkt waren. Mit solchen Einschränkungen waren die Aktivitäten der kommunistischen Partisanen dagegen nicht bela-

stet. Die KPA und ihre militärischen Gruppierungen wurzelten ausschließlich im toskischen Bevölkerungsteil, das heißt sie entwickelten sich in dem Teil des Landes, in dem die traditionelle Stammeskultur seit langem in Auflösung begriffen war. Dem Fehlen fester „Spielregeln“ für Krieg und Frieden in der toskischen Gesellschaft entsprach die ungleich größere operative Flexibilität der toskisch-kommunistischen Partisanen, ein Vorteil, der schließlich die Unterstützung durch die Alliierten und damit den innenpolitischen Erfolg brachte.

Dieser Erfolg ermöglichte dennoch keine echte Kontrolle vor allem der gegischen Siedlungsgebiete. Die Herrschaft einer vorwiegend toskischen Partei über ein Land, dessen Bevölkerung zu fast 60 Prozent einem anderen soziokulturellen Bezugsrahmen verpflichtet war, mußte und muß ein gravierendes und für die innere Stabilität gefährliches Legitimationsdefizit mit sich bringen. Diese Zusammenhänge erklären zu einem wesentlichen Teil die Introvertiertheit der albanischen Sicherheitspolitik.

II. Die sozialpolitische Komponente der Sicherheitspolitik

Dementsprechend hat „Sicherheitspolitik“ im albanischen Kontext eine Bedeutung, die umfassend auf soziale Kontrolle abhebt und bei welcher die militärische Komponente nur eine vergleichsweise begrenzte Funktion besitzt. In dem Maß, in dem der toskisch-kommunistische Herrschaftsanspruch, das heißt vor allem der Anspruch des Zentralismus in einem ethnisch, sozial und religiös vergleichsweise heterogenen Land, eingelöst werden sollte, wuchs der Widerstand, insbesondere in den nördlichen Landesteilen. Es hat dort seit 1944 bis heute immer wieder auch bewaffneten Widerstand gegen Tirana gegeben, so daß von einer landesweiten Absicherung des Herrschaftsanspruches der kommunistischen Partei nie die Rede sein konnte. Vielmehr legt die für die albanische Parteihetorik so typische Unermüdlichkeit der Beschwörung der „stählernen Einheit von Partei und Volk“ geradezu den Schluß nahe, daß gar nicht existiert, was so nachdrücklich apostrophiert wird⁴⁾. „Sicherheitspolitik“ schließt vor diesem Hintergrund für die Partei der Arbeit Albaniens (PAA) deshalb unter anderem alle jene Maßnahmen ein, die geeignet erscheinen, dem gegischen Regionalismus und dem traditionellen gegischen Autonomismus die Grundlagen zu entziehen. Neben Versuchen, in den unsicheren Gebieten die Parteiorganisationen auszubauen, neben kulturpolitischen Offensiven, etwa der Verbreitung einer auf dem Toskischen beruhenden Amtssprache, bemühte sich die PAA vor allem mittels „Kollektivierung der Berggegenden“, wie der auf den ersten Blick unverfängliche Terminus *technicus* heißt,

jene Sozialstrukturen zu ändern, deren sozialpolitische Implikationen in Widerspruch zu dem nationalistischen Sozialismus der PAA stehen bzw. aus denen das gegische Autonomiestreben erwächst. So oft man in offiziellen Erklärungen die Forderung nach „Kollektivierung der Berggegenden“ finden kann — zuletzt in der Rede von Ramiz Alia vor dem 9. Parteitag am 3. November 1986 —, so sehr wird auch deutlich, daß dieses Ziel immer noch nicht in einem dem Sicherheitsbedürfnis der Partei entsprechenden Maß erreicht ist.

An diesem Punkt muß auch die albanische Bündnispolitik erwähnt werden, die nicht zuletzt über lange Zeit als unveräußerliche Absicherung der Unterdrückung von Regionalismus und Autonomiestreben verstanden werden kann: Ohne die fast bis zum Anschluß gehende Liaison mit Jugoslawien, die 1948 mit dem Sieg der nationalistischen Gruppe um Enver Hoscha beendet wurde, wäre die Herrschaft der PAA in den nördlichen Landesteilen kaum zu halten gewesen. Die jugoslawische Armee kontrollierte die nördlichen Grenzgebiete und unterband „Los-von-Tirana!“-Aktionen schon deshalb, weil man im Zuge des geplanten Anschlusses Albaniens einen albanischen Zentralismus ohnehin als historisch überholt und Widerstand gegen einen solchen als unnötig störend ansah.

Der Bruch mit Jugoslawien 1948 und die Hinwendung zum nächsten „Paten“, der Sowjetunion, verhinderte die Eingliederung Albaniens in den jugoslawischen Staat, wodurch die faktische Stärkung des gegischen Elementes durch die in einem solchen Fall erfolgte Vereinigung des Kosovo mit Albanien verhindert wurde. Darüber hinaus wurde Jugoslawien dann zunehmend als Bedrohung empfunden,

⁴⁾ Vgl. zur geistesgeschichtlichen Tradition kommunistischer Homogenitätsbeschwörungen in Albanien Klaus Lange, Grundzüge der albanischen Politik, München 1973.

als man dort nach 1950 mit Dezentralisierung und Arbeiterselbstverwaltung zu experimentieren begann: In den Ausstrahlungen jugoslawischer Dezentralisierungskonzeptionen mußten die Führer der PAA eine gefährliche Ermunterung des Regionalismus im eigenen Land sehen. Als deshalb die Sowjetunion nach einem kurzen „Zwischenfrost“ im Gefolge des Ungarnaufstandes die Wiederaufwertung Jugoslawiens betrieb, mußte man einen neuen Partner suchen. Die enge Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China dauerte etwa von 1960⁵⁾ bis 1976. Das Leitmotiv dieser Partnerschaft, wie es die Albaner sehen wollten, war bereits in einem in „Zëri i Popullit“ erschienenen Artikel vom 1. Oktober 1958 formuliert: „Die Kommunistische Partei von China und das chinesische Volk kämpfen mit Entschlossenheit für die Bewahrung der Reinheit des Marxismus-Leninismus vor den verzweifelten Anschlägen der jugoslawischen Revisionisten.“ Beendet wurde die Zusammenarbeit 1976, als die Chinesen auf eine Öffnung Albanis gegenüber Westeuropa drängten. Man fürchtete seitens der Albaner das schwer kontrollierbare Einströmen von Informationen in ein durch die genannten Legitimationsprobleme ohnehin eher instabiles System. Schwerwiegender aber mußte die in einer Hinwendung zu Westeuropa angelegte Abkehr von der so nützlichen „Zwei-Welten-Theorie“ Shdanow-Stalinscher Prägung empfunden werden: Wenn man glaubt, mit aller Kraft den Deckel auf einen „Dampfkochtopf“ pressen zu müssen, dann erscheinen „Zusatzhalterungen“ eines streng dualistischen Politikverständnisses nützlicher für eine Legitimierung.

Die Geschichte der albanischen Bündnispolitik ist wesentlich die Geschichte des Versuches, die im obigen Sinn zentrifugalen Kräfte einzudämmen. Tatsächlich waren aber echte militärische Bedrohungen von außen von sehr geringer realer Bedeu-

tung: Tito konnte es 1948 mit Blick auf die Sowjetunion keinesfalls wagen, „seiner“ Fraktion innerhalb der PAA militärisch beizustehen. Eine sowjetische Militäraktion, etwa 1964, als die Albaner den Hinauswurf der sowjetischen Berater mit der Einkassierung der bei Vlora stationierten U-Boote krönten, war dagegen deshalb nicht möglich, weil die sowjetische Führung der Volksrepublik China keinen Gesichtsverlust zumuten wollte, da man immer noch auf eine Wiedereinbindung hoffte. Außerdem erwartete man seitens des Kreml früher oder später ohnehin einen prosowjetischen Umsturz, und schließlich war Albanien noch Mitglied des Warschauer Paktes. Eine Aktion wie die von 1968 gegen die Tschechoslowakei, wurde zwar später diskutiert aber auf Grund militärstrategischer Probleme fallengelassen: Eine „brüderliche Hilfe“ für Albanien hätte einen größeren Flottenaufmarsch an der schmalsten Stelle der Adria erforderlich gemacht, da Jugoslawien keine Durchmarschgenehmigung erteilt hätte. Außerdem hätte ein solcher Flottenaufmarsch zu schweren Spannungen mit der NATO geführt, ganz abgesehen von der verheerenden Wirkung in der Dritten Welt, deren politische Durchdringung auf der Liste sowjetischer Prioritäten ganz oben stand, vor allem auch vor dem Hintergrund der sowjetisch-chinesischen Rivalität. Eine militärische Bedrohung seitens der Sowjetunion bestand für Albanien nur für den Fall eines Angriffes auf Jugoslawien. Sonstige militärische Bedrohungen im Zeitraum 1948 bis 1976 sind zu vernachlässigen, wenn man von gelegentlichen albanisch-jugoslawischen Grenzscharmützeln und dem wortreich, aber tatenarm vorgebrachten Anspruch Griechenlands auf den „Nordepirus“ einmal absieht. Nur die latente innere Destabilisierung ließ die Sicherung Albanis durch eine Schutzmacht und damit die Ausnutzung durch eine größere Macht notwendig erscheinen.

III. Der Antagonismus der Supermächte und die Sicherheit Albanis

Die heutige albanische Sicherheitspolitik, wie sie sich seit dem Abbruch der engen Kooperation mit der Volksrepublik China, also etwa seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre herausbildete, lebt letztendlich vom Gegensatz der Supermächte und der zwischen diesen bestehenden strategischen Parität. Eine echte Entspannungsphase, die eine Ausdünnung der militärischen Potentiale in Europa einschließt — damit würde auch kleineren Ländern wieder mehr Eigendynamik verliehen —, würde die albanische Sicherheitspolitik vor neue Probleme stellen, deren Behandlung auch Konsequenzen für den innenpolitischen Status quo haben müßte.

Bis etwa 1976 basierte die albanische Sicherheitspolitik auf den Garantien der jeweiligen Schutzmacht. Von dieser Grundlage begann man sich in dem Maß zu entfernen, im dem die nachlassende Ausstrahlung des „jugoslawischen Modells“ zentrifugale Bestrebungen in Albanien nicht mehr verstärkten.

Grundlage der heutigen albanischen Sicherheitspolitik ist der Glaube, daß die zwischen den Supermächten bestehende strategische Parität diese dazu veranlassen wird, jedes Stochern in „Grauzonen“ als gefährlichen Akt sofort zu unterbinden. Diese Sicht ist nicht unrealistisch: Der Nutzen einer außen gesteuerten Veränderung in Albanien ist auf keinen Fall die damit verbundenen Risiken wert.

⁵⁾ Eine gewisse Annäherung an die Volksrepublik China setzte allerdings schon vorher ein: In „Zëri i Popullit“ vom 25. Mai 1958 wurde Material gegen den „modernen Revisionismus Jugoslawiens“ veröffentlicht, das in China zusammengestellt worden war; am 25. September 1958 veröffent-

lichte „Zëri i Popullit“ einen provozierend positiven Artikel über die chinesischen Volkskommunen, und im September 1958 besuchte eine albanische Militärdelegation die Volksrepublik China.

Sowohl die UdSSR als auch die USA sind deshalb an der Bewahrung der albanischen Blockfreiheit interessiert. Die Albaner wissen das, auch wenn sie gerne die „wilde Einkreisung durch Sowjetrevisionisten und US-Imperialisten“ beschwören.

Welche konkreten Bedrohungsszenarien spielen im militärischen Denken der Albaner dann eigentlich eine Rolle? Im Falle des Versagens der reziproken Neutralisierung der Supermächte hat die albanische Armee den Auftrag, gegen den Angreifer solange Widerstand zu leisten, bis sich die jeweils andere Supermacht doch noch auf ihr Interesse an einer Erhaltung des Status quo besinnt.

Wäre die albanische Armee in der Lage, in einem solchen Fall hinreichend Widerstand zu leisten? Zweifel sind angebracht. Aufgrund der geographischen Gegebenheiten käme seitens eines potentiellen Angreifers wahrscheinlich nur eine kombinierte See-Luftlandeaktion in Frage. Das Rückgrat der albanischen Marine bilden dreißig chinesische Tragflügelboote, die vor allem für den Torpedoeinsatz bestimmt sind. Diese Boote müßten dicht an der Küste operieren, um nicht feindlichen Luftstreitkräften zum Opfer zu fallen. Ein Schutz durch die albanische Luftwaffe ist kaum vorstellbar: Ernstzunehmen wären allenfalls die ca. 30 Mig 19 und 20 chinesische F 7. Die übrigen ca. 20 Mig 15 (nicht allwettertauglich) und 30 Mig 17 stellen keinen wesentlichen Verteidigungsbeitrag dar. Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe liegt nach Schätzung von Fachleuten außerdem permanent bei unter 50 Prozent. Grund dafür sind in erster Linie Ersatzteilmängel, die bisher nur unzureichend, vor allem durch nordkoreanische Importe, ausgeglichen werden konnten. Die Luftabwehr besteht neben Flak vom Kaliber 37, 57, 85 und 100 mm aus einigen SAM 2 Batterien. Sie ist also nach heutigen Maßstäben kaum in der Lage, Luftangriffe einer Supermacht auch nur kurzfristig zu behindern. Ähnliches gilt für das 30 000 Mann-Heer, das in einem solchen Fall wohl kaum die Zeit hätte, sich durch die vorhandenen ca. 100 000 Reservisten zu verstärken.

Die „Stolperdraht“-Hypothese ist auch unter albanischen Militärs höchst umstritten. Der in jenes Konzept passende Bau von Tausenden von Minibunkern wurde inzwischen auch gestoppt. Die in den letzten Jahren wiederholt geführte Kampagne gegen das „Spezialistentum“ in der Armee bzw. die Absolutheit, mit der der Vorrang der politischen Führung betont wird, deutet auf eine sehr bescheidene Selbsteinschätzung der militärischen Fähigkeiten der Armee hin. Heute wird die Hauptaufgabe der Armee vor allem in ihrer Funktion als antiregionalistischer Schmelztiegel und als Mittler zwischen Volk und Partei gesehen.

Diesem Ziel dient die Durchführung militärischer Übungen in der Schule (durchschnittlich ca. ein Monat pro Jahr), an der Hochschule (ca. ein Monat pro Jahr) und im Betrieb: Bis zum Alter von 40 Jahren beteiligen sich berufstätige Frauen in der Regel sieben Tage im Jahr an militärischen Übungen,

Männer bis 50 Jahre 12 Tage und die „Intelligenz“ neun Tage pro Jahr. Die Wehrpflicht dauert zwei Jahre und kann nicht verweigert werden.

Eine solchermaßen „introvertierte“ Armee macht nur dann Sinn, wenn die Führung durch die Partei absolut gesichert ist. Eine Leitung durch apolitische Militärfachleute würde den Zweck dieser Armee verfehlen. Soweit die Armee doch auch einen militärischen Auftrag hat, bezieht sich dieser auf die Garantie des Machtanspruches der PAA. Vor dem Eingreifen der Armee, wie seit 1944 wiederholt geschehen, um Subversion zu unterbinden, sind Aktionen der paramilitärischen Einheiten des Innenministeriums (ca. 5 000 Mann) geschaltet, die in enger Koordination mit dem Sicherheitsdienst („Sigurimi“) arbeiten.

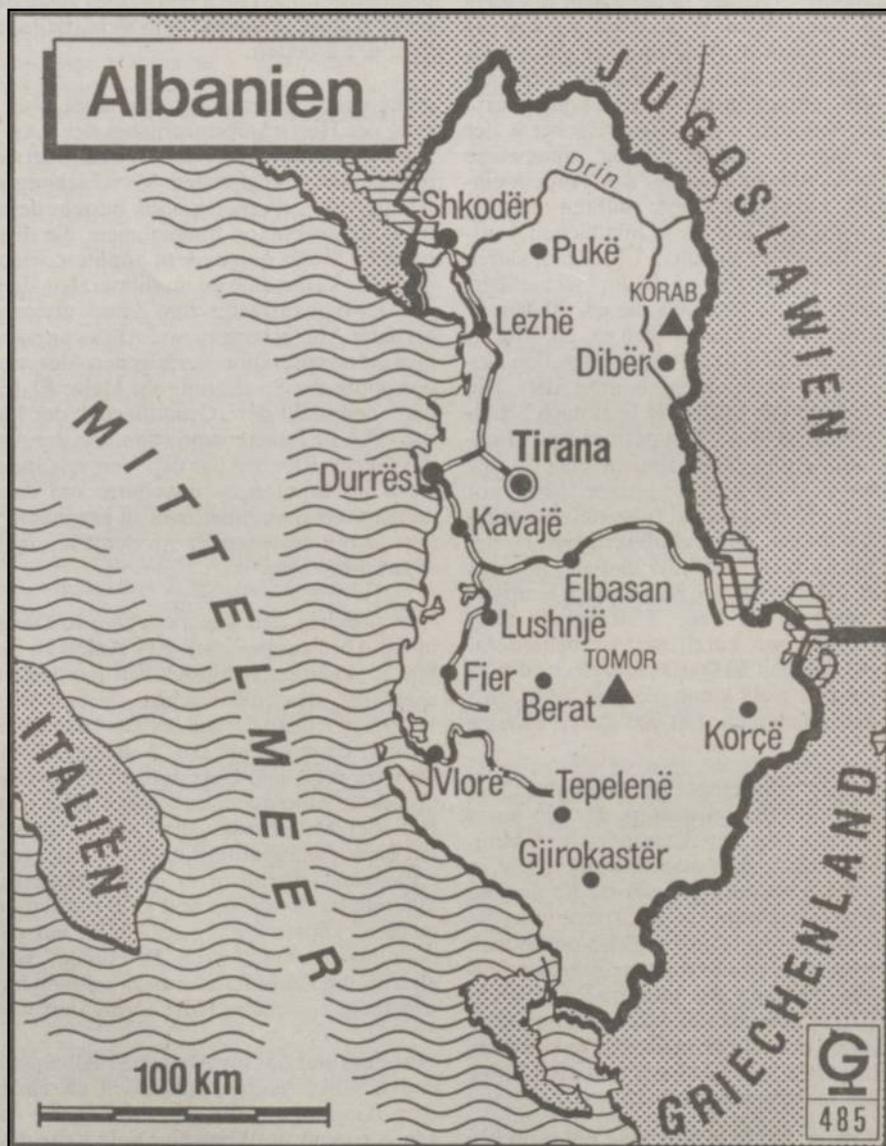
Albanische Sicherheitspolitik heißt also Absicherung des Herrschaftsanspruches der PAA im Inneren und Vertrauen darauf, daß das Patt der Supermächte keine regionalen Verschiebungen zuläßt. Albanische Sicherheitspolitik besteht deshalb auch im Unterlassen von Maßnahmen, die den internationalen Status quo ändern könnten, wie zum Beispiel der Teilnahme an multilateralen Verhandlungen der Balkanstaaten zum Zweck überregional relevanter Abmachungen und Abrüstungsfragen. Mit dieser Interpretation der eigenen Sicherheit bleibt der politische Spielraum sehr klein: Er wird zu jedem Zeitpunkt der „Grundfläche“ der Machtbasis der PAA im Land entsprechen. Ob der Amtsantritt des Gegen Ramiz Alias den Versuch andeutet, die Basis im Inneren zu erweitern, um damit jenen außenpolitischen Spielraum zu gewinnen, der Voraussetzung anstehender Modernisierung ist, wird abzuwarten sein.

Der zwischen den Supermächten in Gang gekommene Abrüstungsprozeß gibt Anlaß zu interessanten Spekulationen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des albanischen Sicherheitsdenkens: Wenn ein Abbau der nuklearen Arsenale in Europa erfolgt, dann könnte die Wahrscheinlichkeit, daß kleinere regionale Gegensätze zu begrenzten militärischen Auseinandersetzungen führen, wachsen. Bei aller Monstrosität der „strategischen Parität“ hat diese die Supermächte bisher dazu gezwungen, regionale Gegensätze in einem möglichst frühen Stadium zu beruhigen und jede Eskalation zu vermeiden. Dieser Zwang schwindet mit einer Ausdünnung der nuklearen Potentiale, wenn nicht gleichzeitig Konsultationsmechanismen für das Management regionaler Krisen installiert werden.

Was bedeutet das für Albanien? Albanische Diplomaten sehen heute Jugoslawien als einzigen möglichen Ausgangsort für eine militärische Aktion gegen Albanien an. Wenn eine tiefe Krise des jugoslawischen Staatsverbandes mit einer weiteren Zuspitzung der Situation im Kosovo zusammenfallen sollte, würde ein „ablenkender“ Schlag gegen angebliche Drahtzieher in Tirana einigen jugoslawischen Militärs und Politikern durchaus zuge-

traut werden. Wenn die albanische Sicherheit in dieser Situation nicht mehr auf der schmalen, aber festen Schneide einer nuklear „eingefrorenen“ Supermächte-Parität gegründet wäre, müßten mögliche negative Auswirkungen einer aus dem Ruder laufenden Krise Jugoslawiens anders abgefangen werden als durch eine Politik der Isolation. Dann gälte es, das Netz der Außenbeziehungen so dicht

zu knüpfen, daß es im Fall einer Bedrohung echte Abstützung geben könnte. Sind diese Überlegungen richtig, dann besitzen die vorsichtigen Öffnungsversuche Albaniens nicht nur die oft zitierte wirtschaftlich-technologische, sondern auch eine sicherheitspolitische Dimension. Das wiederum spräche für Ernsthaftigkeit und Dauerhaftigkeit der Öffnungspolitik.



Jens Reuter: Die politische Entwicklung in Jugoslawien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/88, S. 3—12

Desintegrationserscheinungen auf der Ebene von Staat und Partei sind derzeit die hervorstechenden Kennzeichen des politischen Systems in Jugoslawien. Im Bund der Kommunisten hat sich die Macht von der Zentrale auf die Republikparteien verlagert, und es ist kein Weg erkennbar, auf dem sie wieder zurückfließen könnte. Viele Spitzenpolitiker sind damit keineswegs unzufrieden, weil sie davon ausgehen, daß starke Teilrepubliken nur in einem schwachen Jugoslawien möglich sind. Die erhebliche Reduzierung der gesamtstaatlichen Handlungsfähigkeit ist der zu entrichtende Preis für die ausgeprägte Selbständigkeit der Republiken und Provinzen.

In der Provinz Kosovo sind es nicht mehr die Albaner allein, die für Unruhe sorgen. Nationalistisch gefärbte und „spontane“ Demonstrationen der Serben sorgen für zusätzlichen Zündstoff. Wegen der Nationalitätenpolitik in Kosovo kam es in Serbien zu einem parteiinternen Machtkampf, den die radikale Fraktion unter Milošević für sich entschied. Im ehemals so liberalen Belgrad fielen zahlreiche Journalisten einer Gleichschaltungskampagne zum Opfer. Serbiens Versuch, die Autonomie Kosovos und der Vojvodina entscheidend einzuschränken, ist gescheitert. Wegen der Kosovo-Politik kam es auch zu einer schweren Kontroverse zwischen der serbischen Führung und den liberalen Slowenen.

Der Dissens zwischen dem BdKJ und der Bevölkerung ist stärker geworden als in den Jahren zuvor. Die Jugend wendet sich von der Partei ab und der Friedensbewegung, dem Umweltschutz und der Kirche zu. Angesichts des sinkenden Lebensstandards hat sich die Zahl der Streiks dramatisch erhöht. Im Bereich der Außenpolitik ist eine deutliche Hinwendung zu Westeuropa zu verzeichnen. Slowenische Politiker fordern offen den Beitritt Jugoslawiens zur Europäischen Gemeinschaft.

Hans-Christian Iversen: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Jugoslawien. Die Krise in der Ära nach Tito.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/88, S. 13—23

Die seit 1980 andauernde Wirtschaftskrise in Jugoslawien äußert sich gegenwärtig nicht nur in galoppierender Inflation mit dreistelligen Preissteigerungsraten und in hoher Arbeitslosigkeit, sondern auch in einem rapiden Verfall der Reallöhne und vor allem der Währung. Diese Entwicklungen sind mit anhaltenden Verteilungskonflikten zwischen den Teilrepubliken und mit an Umfang zunehmenden Streiks verbunden.

Die Ursachen der Krise sind nicht nur politischer oder weltwirtschaftlicher Natur, sondern weitgehend durch das Wirtschaftssystem der „Verhandlungswirtschaft“ bedingt und damit hausgemacht. Die sozialistische Verhandlungswirtschaft ist eine regionaladministrativ zersplitterte „Marktwirtschaft“. In ihr fehlen organisierte Arbeits- und Finanzmärkte, und statt eines einheitlichen Binnenmarktes existieren nur unvollkommene Gütermärkte in Form monopolisierter Teilmärkte.

Die jetzige Übergangs- oder Krisenphase zwischen 1980 und 1987 ist durch eine wenig erfolgreiche Austerity-Politik der Belgrader Zentralregierung geprägt, wobei das System der Verhandlungswirtschaft grundsätzlich beibehalten worden ist. Diese Sparpolitik stellt sich als eine typische stop-and-go-Politik administrativ-interventionistischer Art dar.

Diese gravierenden Mängel des Wirtschaftssystems und der Wirtschaftspolitik haben negative Folgen auf Außenwirtschaft, Effizienz und Lebensstandard, aber auch auf die Tätigkeit der (privaten) Landwirtschaft und Kleinbetriebe.

Ein konsistentes markt- und exportorientiertes Entwicklungskonzept, wie es kroatische und slowenische Wirtschaftsexperten vorgeschlagen haben, hat angesichts regionaler, politischer und konzeptioneller Streitigkeiten kaum Aussicht auf Verwirklichung. Statt solcher „radikaler“ Reformen sind in diesem Jahr lediglich zahlreiche Ausbesserungen und Zusätze zur Verfassung und zum Betriebsgesetz zu erwarten.

Wolf Oshlies: Albanien: Bonns neuer Partner in Europas „Wettrecke“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/88, S. 24—33

Die vorliegende Darstellung verfolgt den Zweck, Bonn jüngsten außenpolitischen Partner in einigen Grundzügen vorzustellen: die „Sozialistische Volksrepublik Albanien“.

In historischer Rückschau wird Albanien gelegentlich als der „Benjamin Europas“ bezeichnet, da es sich erst 1912 als souveräner Staat konstituieren konnte. Als Volk aber sind die Albaner, Nachfahren der balkanischen Ureinwohner, erheblich älter, und in ihrer Geschichte sind immer wieder drei Wesenszüge zu erkennen: Anpassungsfähigkeit, gepaart mit natürlicher Intelligenz, Mißtrauen gegenüber fremden Herren und „Beschützern“ und schließlich die Fähigkeit, auswärtige Partner rasch und nach eigener Entscheidung zu wechseln.

Bereits in den letzten Jahren Hoxhas hatte Albanien eine vorsichtige Wiederöffnung betrieben, die nach dessen Tod (1985) verstärkt wurde. Jüngstes Ergebnis dieses Trends ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tirana. Dieses Ereignis fügt sich in eine lange Kontinuität deutsch-albanischer Wechselseitigkeit ein. Die kurzfristige deutsche Herrschaft über Albanien im Zweiten Weltkrieg hatte in Tirana einen langwährenden Unwillen hinterlassen, mit der Bundesrepublik Beziehungen aufzunehmen. Entsprechende Angebote Bonns wurden mit Forderungen nach Reparations-Milliarden beantwortet. Nahezu umgekehrt entwickelten sich die Beziehungen Albanien zur DDR: Einer an Umfang und Intensität rasch wachsenden Kooperation folgte die totale Abkühlung um 1961, zu der Ost-Berlin durch die „Funkstille“ zwischen Moskau und Tirana gezwungen war. Seit 1977 bemüht sich die DDR um eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu Albanien, wobei sie erst in jüngster Zeit bescheidene Erfolge verbuchen kann.

Albanien ist klein und wirtschaftlich unwichtig — aber ein unabhängiges Balkanland, dem politisches Gewicht als potentieller Stabilisierungsfaktor in dieser Region zukommt. Mit den neuerlich angeknüpften Beziehungen hat die Bundesrepublik Deutschland eine Möglichkeit mehr, die Geschehnisse der europäischen „Wettrecke“ positiv zu beeinflussen.

Klaus Lange: Innenpolitische Aspekte der albanischen Sicherheitspolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/88, S. 34—38

Albanische Sicherheitspolitik war und ist im wesentlichen innenpolitisch bestimmt und als Reflex auf Legitimationsdefizite der Partei der Arbeit Albanien zu verstehen. Äußere Bedrohungen sind demgegenüber von sekundärer Bedeutung und werden nur insofern als gefährlich empfunden, als sie bei anti-zentralistischen und regionalistischen Tendenzen im Inneren Anknüpfungspunkte finden könnten. Vor diesem Hintergrund ist auch der dreimalige Wechsel der Schutzmacht — Jugoslawien, Sowjetunion und Volksrepublik China — zu sehen. Die seit Ende der siebziger Jahre bestehende strategische Parität der Supermächte erlaubte einen zunehmend unabhängigen, diversifizierten Aufbau der Außenbeziehungen, wobei die militärische Absicherung dieser Politik eine relativ geringe Bedeutung besitzt. Bei einer neuen Phase von Detente, die von einer Ausdünnung nuklearer Potentiale in Europa begleitet sein könnte, ist auch aus sicherheitspolitischen Erwägungen, mit einer Forcierung des Ausbaues der albanischen Außenbeziehungen zu rechnen.